

# NEUE ZEIT



**ERNEUERUNG  
UND LENINISMUS**

ISSN 0233-8335

Reportagen aus ČSSR, DDR, Afghanistan, Indien, Österreich



# 1917-1987

## ZEIT UND MENSCHEN

Einmal auf dem Heimweg entdeckte Felja Dzierzynski auf der Straße in einem Asphaltkessel ein paar schlafende schmutzige obdachlose Kinder, darunter einen Jungen mit hoher Stirn und willbegierigem Blick, Dzierzynski, der der Gesamtrossischen Sonderkommission — der Tscheka — vorstand, forderte den Jungen auf, in die Schule zu gehen. Nach Jahren wurde der damalige Junge als hervorragender sowjetischer Genetiker und Mitglied der Akademie weltbekannt. Er hieß Nikolai Dubinin.

Die Tscheka und ihr Vorsitzender hatten die Aufgabe, die Revolution vor konterrevolutionären Machenschaften zu bewahren. Zu Beginn der 20er Jahre hatten sie aber nicht nur diese Pflicht.

Der erste Weltkrieg und der Bürgerkrieg, der Hunger und Ruin trafen

die 5,5 Millionen Waisenkinder, die es damals gab, am schwersten. Auf der Suche nach einer Bleibe und Nahrung zogen sie durchs Land und lebten vom Betteln und Stehlen. Sie übernachteten in Kellern, auf Dachböden und in Asphaltkesseln. Viele ertroren, verhungerten oder erlitten dem Typhus.

Diese Kinder mußten gekleidet, satt gemacht und eingeschult, ihre erstarrten Kinderherzen mußten durch Herzenswärme aufgetaut werden. Dzierzynski schlug vor, eine Kommission für Kinderwohlfahrt zu bilden, in der sich auch Mitglieder der Tscheka betätigen sollten. Er selbst übernahm die Leitung der Kommission. Von da an lagen auf seinem Schreibtisch außer den Meldungen über aufgedeckte Verschwörungen und gesprengte Banden rührende Briefe geretteter Kinder.

In jenen Jahren war der Sowjetstaat in einer sehr schweren materiellen Lage, aber die besten Häuser und Landsitze wurden den Kindern zur Verfü-



gung gestellt. Züge mit Nahrungsmitteln für Kinderheime hatten stets Vorfahrt. 8 Millionen Kinder im Alter bis zu 16 Jahren bekamen kostenlos Nahrungsmittelrationen und wurden regelmäßig in Kantinen verpflegt. So rettete die Sowjetmacht einer ganzen Generation das Leben.

Die Waisenkinder hatten prächtige Erzieher. Bald machte die nach Maxim Gorki benannte Kinderkolonie unter Leitung Anton Makarenkos im ganzen Land von sich reden. Der hervorragende Erzieher machte aus Rüpeln, Vagabunden und Verbrechern vollwertige Menschen und Bürger ihres Landes. Makarenkos Grundsatz war Achtung vor jedem Menschen.



IN DIESEM HEFT:

2  
Wort des Redakteurs  
**VERPFLICHTUNG UND HOFFNUNG**

3  
V. Travnicsek. **AUF GLEICHEM  
KURS**

5  
G. Smirnow. **GEGENWART  
UND LENINISMUS**

8  
Panorama

11  
Hinter den Kulissen  
A. Ignatow. **AGENTENPSYCHOSE**

12  
Polemik.  
L. Rühl. **WARUM ZURÜCK ZU  
EINER KERNWAFFENFREIEN WELT!**  
V. Falin. **VOREINGENOMMENHEIT**

14  
USA  
A. Dejkin. **STEUERREFORM**

14  
Ereignisse und ihre Hintergründe  
W. Boikow. **WER IST SCHULD!**

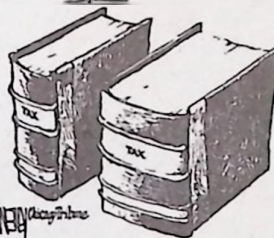
16  
Wissenschaft und Technik



Razzia in Kapstadt. Das Apartheidregime wütet gegen Schwarze wie Weiße

## 1985 Tax Reform Quiz

1. Which is the old tax code, and which is the new, revised, simplified version?



Die Steuergesetzgebung in den USA. Was ist alt, was neu!



Der pakistanische Nuklearkomplex in Kahuta

20  
Afghanistan  
L. Mironow. **IN DIE HEIMAT**

20  
Archiv aktuell  
W. Wessenski. **WASHINGTONS TREUBRUCH**

22  
Südasiens  
L. Shegalow. **SCHRAUBENSCHLÜSSEL  
FÜR ISLAMABAD**

24  
DDR--UdSSR  
N. Sholkwer. **DIE FÄHRE**

26  
RSA  
B. Assojan. **BESINNT SICH  
DER WEISSE MANN!**

28  
Zeitgeschichte  
V. Malkow. **DIE ROOSEVELT-ÄRA  
GING ZU ENDE**

32  
Theater  
A. Kowrigin, D. Faddejew.  
"DER SARKOPHAG" IM  
VOLKSTHEATER

Titelbild: R. CHATSCHATRIAN

## JUGEND UND UMBAU

40 Millionen Mitglieder — fast die gesamte junge Generation des Sowjetlandes — gehören dem Leninschen Komsomol an.

Was muß geschehen, damit die Quantität nicht die Qualität verdeckt, damit der Komsomol sein früheres Ansehen wieder erlangt und zum wahren Organisator der Jugend wird!

Diese Probleme stehen im Mittelpunkt des 20. Kongresses des Leninschen Komsomol.

Kämpfer der Unions-Baubrigade "20. Kongreß des Leninschen Komsomol" werden bei einem Schwerpunktobjekt des Landes eingesetzt.



18

# NEUE ZEIT

Chefredakteur  
V. IGNATENKO  
Redaktionskollegium:  
L. BESYMENSKI,  
S. GOLJAKOW,  
J. GUDKOW  
(verantw. Sekretär),  
A. LEBEDEW,  
A. PIN,  
B. PISTSCHIK  
(stellv. Chefredakteur),  
A. PUMPIANSKI  
(stellv. Chefredakteur),  
V. TSCHERNJAWSKI  
(stellv. Chefredakteur)

Verantwortlicher  
Redakteur der  
deutschen Ausgabe  
R. KRESTJANINOW

## POST

Frieden geht also jeden an. Ein Krieg würde alles zerstören, was wir mühsam erarbeitet haben. Sollte uns allen nicht der 2. Weltkrieg eine Mahnung sein?

Ines SCHNETTER  
Berlin, DDR

Sehr aufmerksam und interessiert verfolgen wir den Umbau in Ihrem Land. Der von Ihnen eingeschlagene Kurs auf Transparenz und eine Erweiterung der Demokratie hebt das Ansehen des Sozialismus.

Tom und Meggy SMITH  
Melbourne,  
Australien

Die kürzliche Meldung über die 2000 italienischen Soldaten, die die Nazis im September 1943 in Lwow erschossen, weil sie sich gewelgert hatten, auf der Seite der Hitlerfaschisten gegen das Sowjetvolk Krieg zu führen, hat mich erschüttert. Doch noch mehr erstaunte mich die Tatsache, daß man dieses entsetzliche Verbrechen mit allen Mitteln vor uns verbergen wollte. Daß man die Italiener, darunter die Familien der Gefallenen, in Unwissenheit über das entsetzliche Schicksal der Soldaten lassen wollte, wurde erst möglich unter den Bedingungen des kalten Krieges gegen die Sowjetunion. Die Soldaten wurden ganz bewußt dem Vergessen anheimgegeben.

Ladislao DI FIDIO  
Bari  
Italien

Ich bin Vietnamesen, doch ich möchte mich zum nichterklärten Krieg gegen Nikaragua äußern. Die Geschichte hat bereits bewiesen, daß die USA das Streben der freiheitsliebenden Völker nach Unabhängigkeit und Frieden, nach sozialem Fortschritt nicht abwürgen können. Die USA demonstrieren durch seine antinikaraguanische Politik wieder einmal, daß es die legitimen Rechte der Völker mit Füßen tritt.

Nguyen Van SINH  
Ho-chi-Minh-Stadt  
Vietnam

## WORT DES REDAKTEURS

# VERPFLICHTUNG UND HOFFNUNG

Politik ist die Kunst des Möglichen. Die Geschichte der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen kennt genutzte wie ungenutzte Möglichkeiten. In letzter Zeit überwiegen die ungenutzten Möglichkeiten in gefährlichem Maße. Eine solche Entwicklung wird keineswegs dem Maß an Verantwortung gerecht, das das Nuklearzeitalter unseren beiden Ländern auferlegt hat. Sie müssen eine Weltordnung schaffen, in der alle Völker ohne Zukunftsangst leben können. Die Sowjetunion schlägt ein in sich geschlossenes Programm einer solchen kernwaffenfreien Welt vor.

Und die USA?

Genf und Reykjavik sind Meilensteine auf dem schweren Weg der Verhandlungen, den unsere Länder gehen. Monate, selbst Jahre vergehen, doch wir scheinen uns dem Ziel nicht zu nähern. Und zwar, weil die US-Administration nicht bereit ist, auf Postulate der "Politik der Stärke" und der militärischen Überlegenheit zu verzichten. Der Sumpf von "Irangate", interne Rivalitäten verschiedener Institutionen und Skandale um elektronische Spionage haben Washingtons Handlungsfähigkeit noch weiter eingeschränkt. Das Gefühl, Zeit verloren zu haben, breitet sich überall aus. Und zugleich wird die besorgte Frage gestellt: Gibt es denn noch Hoffnung, sind überhaupt Aussichten da? Wird eine Abrüstung möglich sein?

Die Sowjetunion meint, daß Grund zur Hoffnung besteht. Die Nuklearkriegsgefahr kann verringert werden. Wie Michail Gorbatschow in Prag erklärte, gründet sich unsere Überzeugung auf das in der Welt zunehmende Verständnis für die schweren Folgen eines Nuklearkrieges wie auf die in Reykjavik eröffneten Möglichkeiten, ein Abkommen über tiefgreifende Reduzierungen und die Beseitigung der

verheerendsten Arten der Kernwaffen zu erzielen.

Heute ist die Frage der Verschrotung der Mittelstreckenraketen in Europa vorrangig für das Verhältnis UdSSR--USA. In der isländischen Hauptstadt hatte man eine prinzipielle entsprechende Vereinbarung erzielt. Doch der entscheidende Schritt wurde im Februar d. J. getan, als die Sowjetunion im Einklang mit den Stimmungen der Weltöffentlichkeit vorschlug, das Problem der Euro-Raketen aus dem Fragenkomplex herauszuziehen und unverzüglich ein gesondertes Abkommen zu schließen. Überdies gab Moskau am Vorabend des UdSSR-Besuchs von US-Außenminister George Shultz eine neue konstruktive Initiative bekannt. Die UdSSR schlägt vor, über die Fragen der operativ-taktischen Raketen mit einer Reichweite von 500--1000 km parallel und separat zu den Mittelstreckenraketen zu verhandeln. So wird ein weiteres Hindernis, über das man sich im Westen beklagte, beseitigt.

In aller Welt verstärken sich die Aufrufe an die USA, einen ersten, bedeutsamen Abrüstungsschritt zu tun und so zur Schaffung eines prinzipiell neuen Klimas in den Ost-West-Beziehungen beizutragen. Er würde dem neuen politischen Denken in den internationalen Beziehungen den Weg bahnen und eine Trennlinie ziehen zwischen einer Welt, die nur aufrüstete, und einer Welt, die mit der Abrüstung begonnen hat.

Diese Zeilen werden in einem Augenblick geschrieben, da sich US-Außenminister George Shultz in Moskau befindet. Es wird über Fragen verhandelt, die den Gegenstand des sowjetisch-amerikanischen Dialogs über Nuklear- und Weltraumwaffen bilden. Die UdSSR, die ständig guten Willen zeigt, hat allen Anlaß, hierbei von der amerikanischen Seite ein Entgegenkommen zu erwarten.



# Auf gleichem Kurs

Vertreter der älteren Generation sagen, trotz des launischen Aprilwetters sei die Atmosphäre in Prag, ja im ganzen Land an dem Tag, als Michail Gorbatschow begrüßt wurde, ähnlich beschwingt gewesen wie am Tag der Befreiung, im Mai 1945.

... Die Straßen Prags, geschmückt mit unzähligen tschechoslowakischen und sowjetischen Fahnen. Tausende, jung und alt, erwarteten den hohen Gast. Vor der Prager Burg begrüßte Antonín Kapok, 1. Sekretär des Stadtkomitees der KPTsch, Michail Gorbatschow, und der Prager Oberbürgermeister überreichte ihm die symbolischen Schlüssel der Stadt und des Altstädter Rathauses — als Zeichen der besonderen Achtung. Jungen und Mädchen in Nationaltracht begrüßten Michail Gorbatschow nach altem slawischem Brauch — mit Brot und Salz und Volksliedern. Ganz Prag war in diesen Stunden auf den Beinen, ganz Prag war in Feststimmung... Dann folgte die feierliche Kundgebung im Prager Kulturpalast. Die Anwesenden applaudierten, als junge Pioniere Gustav Husak und Michail Gorbatschow riesige Fliegerstraßen überreichten, die jene unvergeßlichen Tage im Mai 1945 symbolisierten, als mit der Sowjetarmee die langersehnte Freiheit in der Tschechoslowakei Einzug hielt.

Die internationale und die tschechoslowakische Presse konstatierte dieser Tage, daß Michail Gorbatschows Besuch zu einem Augenblick erfolgt, da sich in der Sowjetunion die Prozesse des Umbaus vollziehen, die das schöpferische Potential des Sozialismus voll zur Entfaltung bringen sollen.

"Ich möchte erneut betonen", sagte Gustav Husak bei der Eröffnung eines tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaftsmeetings, "daß die KPTsch und unser Volk leidenschaftlich den Erneuerungskurs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion unterstützen... Die Beschlüsse des Januar-Plenums des ZK der KPdSU, das den Kurs des XXVII. Parteitagess weiterentwickelte und konkretisierte, waren für uns ein schöpferischer Beitrag von prinzipieller Bedeutung... Das Präsidium des ZK der KPTsch befaßte sich eingehend mit der Frage ihrer Nutzung in der Arbeit unserer Partei, bei der Entwicklung der Gesellschaft. Es billigte einen umfassenden Maßnahmenkomplex zur weiteren Verwirklichung der Wirtschaftsreform, zur Vertiefung der Demokratisierung in Politik, Wirtschaft und anderen Bereichen, zur erweiterten Teilnahme der Werktätigen an der Leitung..."

Mit stürmischem Beifall begrüßten die Teilnehmer des Meetings Michail Gor-

batschows Erscheinen auf der Tribüne.

"Wir haben eine gemeinsame Haltung zu inneren wie zu äußeren Fragen", betonte der Generalsekretär des ZK der KPdSU in seiner Rede. "... Wir freuen uns aufrichtig über jeden eurer Erfolge. Ihr habt wirklich allen Grund zum Stolz. Die heutige Tschechoslowakei steht vor der Welt als fortschrittlicher, ökonomisch und sozial hochentwickelter Staat da. Ihre Volkswirtschaft zeichnet sich durch bewertenswerte Stabilität aus, leidet nicht unter der Last von Auslandsverschuldung. Die Tschechoslowakei verfügt über ein bedeutendes industrielles und wissenschaftlich-technisches Potential sowie eine intensive Landwirtschaft. Das Lebensniveau der Bevölkerung, das Bildungs- und das Gesundheitswesen, die Fürsorge für die junge Generation und die Veteranen der Arbeit sind fürwahr auf dem Weltstand..."

250 Vertreter von Massenmedien, Korrespondenten von Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehgesellschaften, die aus 40 Ländern nach Prag gekommen waren, hörten sich Michail Gorbatschows Rede aufmerksam an. Besonderes Interesse fanden die neuen sowjetischen Friedensvorschläge. Die radikale Reduzierung der strategischen Offensivwaffen bleibt das Grundproblem, die Sowjetunion ist, wie Michail Gorbatschow erklärte, zu entschlossenen Schritten bereit. Und zwar angefangen von der Überprüfung der Einhaltung der von den Seiten eingegangenen Verpflichtungen in

allen Phasen der Abrüstung, einschließlich der Inspektion der nach dem Abbau verbleibenden Raketen, der Starttruppen auf den Testgeländen, der Produktionsstätten und Ausbildungszentren bis hin zur vollständigen Beseitigung dieser Waffen in den kommenden zehn Jahren.

Um den unverzüglichen Abschluß eines Abkommens über die Mittelstreckenraketen in Europa zu erleichtern, schlug Michail Gorbatschow im Prager Kulturpalast vor, die Erörterung der Reduzierung und der anschließenden Vernichtung der in Europa stationierten Raketen mit einer Reichweite von 500–1000 km aufzunehmen, ohne sie mit der Frage der Mittelstreckenraketen zu verbinden. Hierbei unterstrich der KPdSU-Generalsekretär, die Sowjetunion werde nach der Unterzeichnung eines Abkommens über die Mittelstreckenraketen und unabhängig vom Verlauf der Erörterung der Frage der operativ-taktischen Raketen in Abstimmung mit den Regierungen der CSSR und der DDR ihre Raketen aus diesen Ländern abziehen, die dort als Antwort auf die Stationierung der Pershing-2-Raketen und der Cruise Missiles in Westeuropa aufgestellt wurden.

Nicht nur die nuklearen, sondern auch die konventionellen Waffen und Streitkräfte, die einander auf unserem Kontinent gegenüberstehen, bergen die Gefahr eines Krieges in sich. Ihr bedeutender Abbau würde dazu beitragen, diese Gefahr abzuwenden.

Wie ist eine solche Lösung erreichbar?

Die Sowjetunion schlägt vor, die konventionellen Waffen zusammen mit den taktischen Raketen, den Angriffsflygerkräften und den anderen taktischen

Begegnung mit Prager Arbeitern

Telefoto: TASS



Nuklearsystemen zu reduzieren, da die taktischen Kernwaffen meist "doppelt verwendungsfähig" sind, d. h. sowohl konventionell wie nuklear bestückt werden können.

Jetzt wurden in Wien Konsultationen der Länder des Warschauer Vertrages und der NATO über eine Reduzierung der Streitkräfte und der konventionellen Rüstungen geführt. Offenbar ist die Zeit für ein Treffen aller Außenminister der KSZE-Teilnehmerländer gekommen, um Verhandlungen über einen radikalen Abbau auch dieser Rüstungen zu vereinbaren.

Die Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages appellierten bereits an die NATO-Staaten, ein beiderseitiges Moratorium für ein bis zwei Jahre bei der Anhebung der Rüstungsausgaben zu vereinbaren und so für die Teilnehmerstaaten beider militärisch-politischer Bündnisse Bedingungen für eine anschließende effektive Senkung der Rüstungsausgaben zu schaffen. In einem Interview für tschechoslowakische Journalisten betonte Gustav Husak die besondere Bedeutung der von Michail Gorbatschow auf dem Meeting in Prag verkündeten neuen Friedensinitiativen:

„Bekanntlich unterbreitete die UdSSR viele Friedensvorschläge bezüglich nuklearer und anderer Waffen. Die westlichen Länder jedoch bringen ständig Einwände vor — mal bei Kontrollfragen, mal im Zusammenhang damit, daß

Fragen der Nuklearraketen geringer Reichweite, der konventionellen Waffen usw. bislang nicht gelöst sind. Michail Gorbatschow gab in seinem neuen Komplexvorschlag eine klare, konstruktive und eindeutige Antwort. Jetzt darf weiteren Verhandlungen nichts mehr im Weg stehen. Um so mehr, da diese Vorschläge ein positives Echo in westlichen Ländern fanden...“

Die Realitäten einer komplizierten und widersprüchlichen Welt verlangen ein neues Denken, ein neues Herangehen an die Lösung der heutigen internationalen Probleme. Und dazu tragen die Friedensvorschläge, die Initiativen und Schritte der Sowjetunion entscheidend bei.

\* \* \*

Drei Tage lang hielt sich Michail Gorbatschow in der CSSR auf. Sein Besuch war ein herausragendes Ereignis für Millionen Menschen, brachte die Interessen und Hoffnungen der ganzen Menschheit zum Ausdruck und antwortete auf viele Fragen der internationalen Zusammenarbeit. Zum angespannten Besuchsprogramm gehörten ein Gespräch mit Arbeitern der Produktionsvereinigung CKD-Praha, Begegnungen in der slowakischen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft "Mir" und Unterredungen mit führenden Repräsentanten der CSSR.

Bei dem Meinungsaustausch über ak-

tuelle Fragen der Tätigkeit beider Parteien und über Hauptmomente der Entwicklung der sowjetisch-tschechoslowakischen Beziehungen gaben die Führung der KPdSU und der KPTsch dem Stand unserer Zusammenarbeit eine hohe Einschätzung. Sie bekundeten das beiderseitige Streben, den Verbindungen auf allen Ebenen größere Effektivität zu geben sowie die reichen Reserven unserer Länder zur Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung voll und zum gegenseitigen Wohl zu nutzen.

Die Zeitung "Rude Pravo" bat den sowjetischen Gast vor seiner Abreise, seine Eindrücke wiederzugeben.

"Kurz gesagt", antwortete Michail Gorbatschow, "sind es die besten. Mit der tschechoslowakischen Führung sind wir der gleichen Meinung: Die Gespräche waren fruchtbar, der Besuch erfolgreich. Erfolgreich vor allem unter dem Gesichtspunkt seiner politischen Bedeutung — der weiteren Festigung unserer Einheit, Freundschaft und Zusammenarbeit. Und natürlich unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarungen, die in konkreten Bereichen erzielt wurden — in Wirtschaft, Ideologie, Wissenschaft, Kultur — und auf anderen Gebieten. Wir sind fest entschlossen, die vorhandenen Reserven effektiver einzusetzen, neue, progressivere Formen der Integrationsbeziehungen zu finden.

V. TRAVNICEK

Prag

## STANDPUNKT

### Soll man warten?

Merkwürdige Leute gibt es unter den Journalisten und Politikern im Westen. Kaum unterbreitet die Sowjetunion einen neuen Vorschlag, um komplizierte Probleme der Weltpolitik einer Lösung zuzuführen und zur Festigung der Sicherheit beizutragen, da kommen sie sogleich mit ihren Verdächtigungen. So erklärten manche westliche Zeitungen nach Michail Gorbatschows Prager Rede alles ganz einfach: Gorbatschow verstehe es eben "vorzüglich, seine Gesprächspartner in eine heikle Lage zu bringen". Ein hochrangiger US-Vertreter ging noch weiter: Er erklärte gegenüber UPI, die neuen sowjetischen Vorschläge seien nur ein "Köder". "Wir müssen abwarten und sehen, was sie tatsächlich wollen", erklärte er.

Du lieber Gott, wie lange kann man eigentlich noch die Politik des großen sozia-

listischen Partners als Versuche, „Köder auszulegen“ und den Westen in eine "heikle Lage" zu bringen, abqualifizieren? Ist ja alles in Wirklichkeit genau umgekehrt: Die UdSSR möchte dem Westen den Weg zu Vereinbarungen erleichtern. Die Sowjetunion hat — ob in ihren Vorschlägen vom 28. Februar oder danach in Prag — gezeigt, daß sie beharrlich und aufrichtig nach Lösungen sucht, die es erlauben würden, beim historischen Prozeß der Befreiung Europas von den Nuklearwaffen die Worte in Taten umzusetzen.

Was aber den Aufruf angeht, abzuwarten, so ist das gar nicht so harmlos. Während die Zeit ins Land geht, hecken die Gegner einer positiven Entwicklung neue und sehr raffinierte Tricks aus, sie zu blockieren — wie etwa die gefährliche Idee, eine Stufe der Pershing-2-Raketen einfach "abzubauen". Dieser Gedanke

wurde, wie man hörte, nicht nur von der Öffentlichkeit, sondern auch von einigen Regierungen Westeuropas verurteilt. Jetzt kommen sie mit einem neuen Trick: Meldungen zufolge heißt es, das Pentagon wolle angesichts dieser Proteste eine Stufe der Pershings nicht an ihrem Stationierungsort, sondern bei sich in den USA demonstrieren, um sie dann wieder in Westeuropa zu dislozieren.

Auch der Gedanke einer "Null-Lösung" wird attackiert. Heute haben sich viele dafür ausgesprochen, darunter fünf EG-Länder. Entschiedene Unterstützung fand er bei der Sozialistischen Internationale. Und, wie es heißt, soll diese Idee schließlich auch von Bundeskanzler Kohl unterstützt worden sein. Doch der US-Botschafter in der BRD, Burt, belehrt den Kanzler — er warnt vor einer Unterstützung der neuen sowjetischen Vorschläge und sucht Europa einzuschüchtern, es werde zu einer "Geisel der überlegenen konventionellen Waffen der UdSSR". Diese These ist nicht

neu, und doch: Wie häufig kann man eigentlich die wiederholten und beharrlichen Erinnerungen an den vorliegenden Vorschlag des Warschauer Vertrages ignorieren, unverzüglich Verhandlungen über eine Reduzierung der konventionellen Rüstungen und der Streitkräfte vom Atlantik bis zum Ural aufzunehmen?

So verlangt der "Wehrexperte" der CDU/CSU, der Bundestagsabgeordnete Wimmer, immer wieder, eine Entscheidung über die Mittelstreckenraketen direkt von einer "Reduzierung der konventionellen Waffen der Sowjetunion" abhängig zu machen. Während man Reduzierungen von uns verlangt, können es die USA nicht abwarten: Dem "Spiegel" zufolge beschlossen sie — übrigens ohne jede Konsultation mit ihrem bundesdeutschen Verbündeten! — in der BRD zusätzlich 79 nuklear bestückbare F-16-Jagdbomber mit einer Reichweite von 3800 km zu stationieren...

L. BESYMENSKI

"NEUE ZEIT" 16.87

# ERNEUERUNG UND LENINISMUS

Georgi SMIRNOW, korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR

Wenn man über Lenin spricht oder schreibt, erregt das einen ungemein. Was soll man zunächst sagen? Wie soll man es sagen, damit man eine diesem Giganten der Geschichte adäquate Form findet und damit sich die Zuhörer angesprochen fühlen? Lenin ist der meistgedruckte und der meistgelesene Autor, um Lenin wird leidenschaftlich gestritten, die Feinde des Leninismus versuchen immer wieder, die Bedeutung seiner Ideen, seiner Lehre herabzusetzen.

Lenins Werke sind in 65 Ländern und in 138 Sprachen herausgegeben, die Gesamtauflage beträgt 800 Millionen. Erst nach ihm kommen Georges Simenon, die Bibel und Shakespeare. Das bedarf keines Kommentars. Trotzdem: Was bestimmt dieses gewaltige Interesse für Lenin, warum bleiben seine Gedanken und Werke aktuell?

Ein großer Wissenschaftler - gewiß. Der größte Revolutionär - gewiß, ein treuer, mutiger, furchtloser Mann, wie es sie in der Geschichte wenig gab.

Und doch hat man den Eindruck, daß die Ursache seiner Aktualität und ewiger Jugend darin liegt, daß Lenin den Sozialismus so tief erkannt, sich in seine Ideen so tief hineingelegt hat, wie sich ein großer Künstler in sein Werk hineinlebt. Lenin stellte sich den Sozialismus nicht nur als objektive Notwendigkeit, als den Ausweg aus einer Sackgasse für Rußland, als Schöpfung der Massen, als Lösung der Probleme der sozialen Gerechtigkeit und als effektive Organisation der gesellschaftlichen Beziehungen vor. Er empfand den Sozialismus organisch mit seinem ganzen Wesen. Als die natürliche, notwendige und unverzichtbare Einrichtung des menschlichen Lebens. Deshalb konnte er sich deutlich vorstellen, was der Sozialismus ist, welche Wege zu ihm führen, konnte er auch die kompliziertesten Fragen, die sich beim sozialistischen Aufbau ergeben, beantworten. Wir bewundern, mit welcher Tiefe, wie menschlich, kühn, revolutionär, realistisch und weitsichtig er an Vergangenheit und Zukunft dachte. Gerade deshalb greifen wir ständig auf Lenin und seine Ideen auch im Laufe unserer heutigen Umgestaltung zurück.

Die Wandlungen in unserem Land sind tiefgreifend, ja revolutionär und erfassen alle Lebensbereiche. Nicht jeder kann ihre Bedeutung sofort richtig einschätzen und verstehen. Wir meinen nicht nur ideologische Gegner, die in den heutigen

Umgestaltungen „Anzeichen einer Abkehr vom Sozialismus“ sehen wollen. Selbst einige unserer Freunde im Ausland und sogar Sowjetbürger fragen sich verwirrt, ob sich die Veränderungen mit Lenins Gedankengut vereinbaren lassen.

In Wirklichkeit ist es so: Je weiter wir den Weg einschneidender Veränderungen gehen, desto mehr nähern wir uns unserem Ziel: der Realisierung der Leninschen Lehre. Das theoretische Fundament der Beschleunigungskonzeption ist letzten Endes die Wiederherstellung von Lenins Ideen in ihrer ursprünglichen Reinheit und Kraft. Gerade diesem Ziel dienen die Überwindung der bestehenden Hemmnisse, die Säuberung unseres Lebens von Erscheinungen, die dem Leninismus wesensfremd sind, sowie jene Lehren der Wahrheit, die uns der XXVII. Parteitag und das ZK-Plenum der KPdSU vom Januar 1987 erteilt haben.

Revolutionäre Epochen mit ihren überaus scharfen, alle schöpferischen Kräfte der Gesellschaft herausfordernden Konflikten bringen Persönlichkeiten hervor, die einen hervorragenden Beitrag zur Entwicklung der Menschheit, ihres materiellen und geistigen Seins leisten. Ihre Tätigkeit ist sowohl für Zeitgenossen als auch für Nachkommen außerordentlich fruchtbar.

In den Ideen und Taten Lenins und der von ihm geführten Partei der Bolschewiki, in der durch die Oktoberrevolution 1917 eingeleiteten Umwälzung fanden die historische Mission des russischen Proletariats und die Tätigkeit der besten Söhne und Töchter Rußlands ihren höchsten Sinn, jener Menschen, denen ihre Heimat als aufgeklärter, hochzivilisierter Staat vorschwebt und die die Ideale von Gerechtigkeit, Humanismus, Frieden und Fortschritt angestrebt hatten. Lenin als Persönlichkeit verkörperte in sich die besten Eigenschaften der Arbeiterklasse Rußlands: Zielstrebigkeit, Ausdauer, Selbstlosigkeit, hohe moralische Lauterkeit und die Treue zur revolutionären Pflicht und Ehre. Er hatte alle Erkenntnisse des fortschrittlichen Denkens der Welt in sich aufgenommen.

Typisch für Lenins theoretisches und praktisches Wirken waren Neuerertum und revolutionäres Schöpfertum, Konsequenz und unbeugsamer Willen. Besonders deutlich traten diese Eigenschaften an historischen Wendepunkten zutage: im Kampf für die Schaffung und Erhaltung der Partei neuen Typs, im dramatischen Oktober 1917, bei der Erörterung des Brester Friedens, an der einschneidenden Zäsur von 1921, beim Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik. Heute, da die sowjetische Gesellschaft mit einer

revolutionären Erneuerung begonnen hat, lernt die KPdSU von Lenin politischen Mut und neuartiges Denken.

Die Hauptursache jener Schwierigkeiten, auf die wir in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre stießen, war, daß wir es aus subjektiven Gründen nicht vermochten, die Notwendigkeit von Veränderungen und die Gefährlichkeit der in der Gesellschaft anwachsenden krisenhaften Erscheinungen rechtzeitig zu erkennen und einen klaren Kurs auf ihre Überwindung zu formulieren. Selbstredend stritt keiner der Parteifunktionäre die grundlegenden Prinzipien der Leninschen Lehre vom Sozialismus ab, aber die Zahl der Abweichungen war nicht gering. Das Ergebnis sind schlimme Deformationen in Wirtschaft und sozialen Verhältnissen.

Bei der Ausarbeitung der Politik und in der Praxis überwog entgegen dem neuartigen, revolutionären Geist des Leninismus eine konservative Haltung. Jahrelang waren dogmatisierte, vereinfachte Vorstellungen vom Sozialismus verbreitet. Alles, was sich nicht in die gewohnten Schemata zwängen ließ, wurde abgelehnt. Man setzte übertriebene Vorstellungen von unseren Errungenschaften in die Welt, während längst herangereifte Probleme ungelöst blieben.

Die tiefgreifende Analyse der Sachlage, die die Partei auf dem ZK-Plenum der KPdSU vom April 1985 unternahm, entspricht den Leninschen Traditionen. Lenin schrieb: „Wenn wir uns nicht fürchten, selbst die bittere und schwere Wahrheit direkt auszusprechen, werden wir es lernen, unbedingt und vorbehaltlos lernen, alle und jedwede Schwierigkeiten zu besiegen.“ Die „bittere und schwere Wahrheit“ war nicht nur um der Selbstkasteiung willen notwendig. Es ging vielmehr darum, unsere historischen Erfahrungen kritisch zu überdenken, um zwischen Errungenschaften und Fehlern genau zu unterscheiden, den Weg zur Beseitigung der Fehler zu finden und die Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Die Praxis bestätigt Lenins Schlußfolgerung: Der sozialistische Aufbau ist ein komplizierter, schwieriger Prozeß, in dem „teilweise Zickzackbewegungen“, „gigantische Umbrüche“, schwierige Wendungen und Übergänge vorkommen. Aber die Schwierigkeiten sind kein zu hoher Preis für die Errungenschaften des Sozialismus im Interesse der Werktätigen. Das ist im Programm der KPdSU gut zum Ausdruck gebracht. Um sich nicht in all diesen Wendungen zu verlieren, gilt es, sich die allgemeine Bewegungsperspektive vor Augen zu halten und die Spezifik jedes Übergangs in Betracht zu ziehen. Zu

Georgi Smirnow ist Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU.

den wichtigsten Errungenschaften des Leninismus, die die KPdSU heute im Leben durchsetzt, gehört zweifellos die Forderung, jede Etappe des sozialistischen Aufbaus wissenschaftlich objektiv und nüchtern einzuschätzen sowie nicht nur fortschrittliche Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern auch deren Widersprüche und Schwierigkeiten zu sehen, die negativen Prozesse kühn aufzudecken und zu überwinden und überholten Stereotypen in der politischen Leitung und im Denken den Weg zu versperren.

In der heutigen Umbruchzeit der Geschichte ist die Leninische Auffassung vom Sozialismus als lebendigem Schöpferium der Massen besonders wichtig. Die von Lenin begründete Philosophie der Aktivität der Werktätigen ist das Kernstück der neuerigen Konzeption der Beschleunigung. Diese Konzeption steht nun im Mittelpunkt des von der KPdSU ausgearbeiteten Umgestaltungsprogramms.

Die Umgestaltung setzt voraus, daß Stagnationsprozesse entschieden bekämpft werden, daß man sich auf das lebendige Schöpferium der Massen, auf die allseitige Entwicklung der sozialistischen Demokratie und der Selbstverwaltung des Volkes stützt. Sie bedeutet, daß intensive Faktoren in der Volkswirtschaft eine höhere Rolle spielen müssen, daß die Erkenntnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution mit der Planwirtschaft verknüpft, daß das gesamte Potential des Sozialismus, die ihm eigenen Formen und Methoden zur Stimulierung des Fortschritts, vor allem in der Wirtschaft, genutzt werden.

Seit Beginn d. J. sind alle Industriebetriebe und -vereinigungen auf experimentell getestete Wirtschaftsmethoden umgestellt. Das bedeutet die allmähliche Überwindung des übertriebenen Zentralismus und die Freisetzung der Initiative von Betrieben und örtlichen Machtorganen. Mehrere Zweige sollen demnächst mit vollständiger wirtschaftlicher Rechnungsführung arbeiten.

Wesen und Bedeutung der wirtschaftlichen Rechnungsführung wurden schon von Lenin aufgezeigt, aber leider in keiner Periode der UdSSR-Geschichte vollständig realisiert. In der Theorie wurden sie zwar nicht negiert, aber in der Praxis offensichtlich unterschätzt, wenn auch Elemente wirtschaftlicher Rechnungsführung zur Anwendung kamen. Erst jetzt gehen wir daran, die Prinzipien dieser Rechnungsführung in vollem Umfang in die Tat umzusetzen.

Lenin sah die materielle Interessiertheit als eine Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung an. Er kritisierte die Gleichmacherei als eine dem Sozialismus wesensfremde Erscheinung, und das ist auch heute aktuell. In den letzten Jahrzehnten war die Politik materieller und moralischer Arbeitsstimulierung inkonsequent und oft wissenschaftlich nur

ungenügend fundiert. Die Verteilung nach dem Prinzip „Jedem etwas“ erhielt eine weite Verbreitung. Beträge wurden, obwohl nicht erarbeitet, ausbezahlt, Prämien, obwohl nicht verdient, verteilt. Das behinderte die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Verbesserung der Arbeitsqualität und verursachte außerdem ernsthaften moralischen Schaden, weil Tagediebe und Pfuscher dabei gut wegkamen. Auch der Kurs auf forcierte Angleichung der Einkommensniveaus bewährte sich nicht. Seine Folge war die faktische Lohnkürzung für qualifizierte Arbeit (Ingenieure, Wissenschaftler, Lehrer). Das Prestige dieser Berufe und ihr Einfluß in den Arbeitskollektiven gingen zurück. Schließlich wollte man sich gar nicht mehr befördern lassen, um keine verantwortungsvollen Funktionen zu übernehmen.

Jetzt sind konkrete Maßnahmen getroffen worden, um der Gleichmacherei in den Distributionsbeziehungen ein Ende zu setzen. Dazu müssen u. a. die allmähliche Umstellung der gesamten Volkswirtschaft auf wirtschaftliche Rechnungsführung, die Vervollkommen der Arbeitsentlohnung und die Wiederherstellung der wirklichen Rolle von Prämien bei der Arbeitsstimulierung, die Lohnerhöhung und eine größere Differenzierung der Gehälter bei Fachleuten beitragen.

Lenin nannte den Sozialismus „die Gesellschaftsordnung zivilisierter Genossenschaftler“. Das ZK-Plenum vom Januar forderte auf, die Auffassung vom genossenschaftlichen Eigentum radikal zu überprüfen. Lange Zeit galt es als zweitrangig und überholt, im praktischen Leben wurde diese Eigentumsform bedrängt und behindert. Das Plenum überprüfte auch die fehlerhaften Ansichten über die individuelle Hauswirtschaft und die individuelle Erwerbstätigkeit, die früher als dem Sozialismus wesensfremde Erscheinungen galten.

Energische Maßnahmen wurden getroffen, um die in diesem Bereich verlorenen Positionen wiederherzustellen. Die Kolchase erhielten eine weitgehende Selbständigkeit. Für die Genossenschaften im System der Dienstleistungen, des Gaststättenwesens, der Herstellung von Erzeugnissen des täglichen Bedarfs und im Bereich der örtlichen Industrie werden Arbeitsbedingungen geschaffen. Am 1. Mai 1987 tritt das Gesetz über die individuelle Erwerbstätigkeit in Kraft. Es wird den Bürgern die Möglichkeit bieten, ihre persönliche Initiative und den sozialistischen Unternehmungsgeist zu entfalten.

Schon liegen positive Ergebnisse vor. Beunruhigend ist jedoch, daß die Anhänger der administrativen, bürokratischen Verwaltung jene Formen, die über ihre gewohnten Vorstellungen hinausgehen, nicht akzeptieren. Das Plenum verwarnte jene leitenden Funktionäre, die der Genossenschaft Hindernisse in den Weg

legen. Die kühnen Parteibeschlüsse auf diesem Gebiet dürfen nicht in einem Papiermeer versinken und nicht zu einer Formsache mit minimalem praktischem Effekt verkommen.

Bei der Lösung der Probleme der Genossenschaft und der individuellen Erwerbstätigkeit hat die KPdSU Lenins Ideen von der Möglichkeit und Notwendigkeit, die kleine Warenproduktion an den Aufbau des Sozialismus heranzuziehen, schöpferisch angewendet. Doch wäre es vereinfacht, die heutigen Schritte als abermalige Rückkehr zur NÖP zu betrachten. Die Situation in der Gesellschaft als Ganzes ist qualitativ anders. Anders sind auch Ausmaß und Kompliziertheit der zu lösenden Aufgaben und ihr sozialökonomischer Gehalt.

Somit bedeutet die Umgestaltung in der Wirtschaft: vollständige wirtschaftliche Rechnungsführung, Eigenfinanzierung und Rentabilität, staatliche Erzeugnisabnahme, Brigade- und Kollektivvertrag, Verzicht auf die Diskriminierung des genossenschaftlichen Eigentums und Entwicklung der individuellen Erwerbstätigkeit. Die Praxis zeigt jedoch anschaulich, daß sich die Umgestaltung nicht auf die Wirtschaft beschränken kann und darf. Vielmehr ist sie auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens auszudehnen. Die Umgestaltung ist eine organische Verknüpfung von Wort und Tat, die Überwindung jenes unnatürlichen Zustands, in welchem der Mensch sich gezwungen sah, das eine zu sagen und etwas anderes zu tun. Das ist auch die Entwicklung von Kritik und Selbstkritik, die Transparenz. Unwillkürlich denkt man daran, was Lenin vom Staat sagte: Er sei nur dann stark, „wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun“.

Unerläßliche Bedingung der Umgestaltung ist die Entwicklung und Vervollkommen der sozialistischen Demokratie. Immer häufiger wenden wir uns heute dem Gedanken Lenins zu, daß nur ein Volk, das keine andere Macht über sich hat als die Macht der eigenen Vereinigung, ein freier Schöpfer neuer Formen der Gesellschaftsordnung sein kann. Als Lenin die Aufgabe stellte, die Volksmassen zur Verwaltung heranzuziehen, schrieb er: „Kann es denn einen anderen Weg geben, um das Volk zu lehren, sich selbst zu regieren, um Fehler zu überwinden, als den Weg der Praxis? Als den sofortigen Übergang zu einer wirklichen Selbstverwaltung des Volkes?“

Die sozialistische Demokratie entwickelte sich in unserem Land jedoch kompliziert und widersprüchlich. In der Geschichte gab es Perioden einer erzwungenen Beschränkung der demokratischen Prinzipien. Nicht zu vergessen ist auch der Schaden, den der Stalin-Kult der sozialistischen Demokratie zufügte. Kraft mehrerer Faktoren bildete sich bei einem Teil der Führung ein Komplex, Angst vor dem Volk und Mißtrauen gegen das Volk.



Wegen der Formalisierung der Demokratie verbreiteten sich Apathie und Passivität unter den Werktätigen. Wahre Teilnahme an der Verwaltung wurde hie und da zum Schein.

Man darf jedoch nicht vergessen, daß die demokratische, echt volksverbundene Basis der Sowjetmacht trotz der gewaltigen Schwierigkeiten und Prüfungen, die die UdSSR durchmachen mußte, ihre Lebensfähigkeit bewiesen hat. In den Jahren des sozialistischen Aufbaus erweiterte sich die soziale Basis der Sowjets stark, erhöhte sich die politische Schulung der Bevölkerung, und so boten sich breite Möglichkeiten für die Teilnahme der Bürger an der Verwaltung von Produktion, Staat und Gesellschaft.

Besonders aktiv wird heute der Leninsche Hinweis über die Entwicklung der demokratischen Prinzipien in der Verwaltung der Wirtschaft realisiert. Schon jetzt sieht man an zahlreichen Beispielen, wie verantwortungsbewußt Arbeitskollektive die Leiter von Betrieben und Abteilungen wählen. In Moskau z. B. wurden die Leiter in der Produktionsvereinigung „Krasny Proletari“ und am Institut für Elektronikenmaschinenbau gewählt.

Die Demokratisierung verlangt, daß die breite Diskussion über die Kandidaten und der Wettbewerb untereinander keine Ausnahme, sondern die Regel bilden. Erst dann wird das staatliche Eigentum jedem Produzenten näher stehen und werden Elemente der Entfremdung im Arbeitsbereich überwunden werden. Jeder Werktätige wird bei der Entscheidung über die Hauptfragen der Produktion mitsprechen, sich als Hausherr empfinden.

Die Vervollkommenheit des Systems der Wahlen zu den Sowjets aller Ebenen, die Ausstattung der Massenorganisationen mit größeren Rechten sowie die Gründung neuer Organisationen (Unionsorganisation der Kriegs- und Arbeitsveteranen, Sowjetischer Kulturfonds, Frauenräte), sind dazu bestimmt, nicht nur die Werktätigen an der Entscheidung staatlicher Angelegenheiten teilnehmen zu lassen, sondern auch diese Teilnahme selbst effektiver zu machen. Die Umsetzung der Leninschen Konzeption der Selbstverwaltung des Volkes ist kein konjunkturabhängiger politischer Kraftakt, sie erfordert einen entschlossenen, konsequenten Kampf gegen Bürokratie und Konservatismus, gegen alles, was lange Jahre die Entwicklung der sozialistischen Volksmacht gebremst hat.

Der Erfolg des revolutionären Kampfes wie auch aller grundlegenden Umgestaltungen der Gesellschaft hängt in hohem Maße von der Orientierung durch die Partei ab. Von diesem Gedanken Lenins ging das ZK-Plenum vom Januar d. J. aus, als es den Kurs auf die Umgestaltung der gesamten Parteiarbeit formulierte. Die Partei muß die Formen und Methoden dieser Arbeit schnell und von Grund auf ändern, sie muß aktiv, kühn, schöpferisch und kompetent handeln. Leider befleißigen sich manche Parteiorgane noch

immer rein verbaler bzw. Verwaltungstechnischer Methoden. Neue Aufgaben können jedoch nicht gelöst werden, solange der alte Stil weiterbesteht.

Wesentlich für die Erkenntnis der Avantgarderolle der KPdSU heute ist folgende von Michail Gorbatschow formulierte These: „Nicht jener ist ein Revolutionär, der mit revolutionären Phrasen um sich wirft, sondern jener, der sich darauf versteht, die Perspektive abzuzeichnen, das Volk und die Partei zu einem langen und beharrlichen Kampf zu erheben, indem er jeden Schritt vorwärts bemerkt und ihn dazu nutzt, einen weiteren Stützpunkt für einen neuen, noch größeren Schritt zu finden.“ Die Kommunisten müssen daran denken, daß sie rechtzeitig Positives und Konstruktives beim sozialistischen Aufbau erkennen, in ihr Arsenal aufnehmen und zum Gemeingut von Partei und Volk machen.

Natürlich kommt es bei den Umgestaltungen darauf an, daß jeder Kommunist und jede Parteiorganisation objektiv und kritisch darüber nachdenken, was noch nicht getan worden ist bzw. schlecht getan wird. Das Kriterium für die Beurteilung der Arbeitsergebnisse sind die Pläne der Partei und das, was sie dem Volk versprochen hat.

Die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung und der Umgestaltung in allen Lebensbereichen der sowjetischen Gesellschaft ist unlösbar mit der Aktivierung der Außenpolitik von KPdSU und Sowjetstaat verbunden. Außenpolitisch gesehen bedeutet die Umgestaltung, daß der Sozialismus den Kapitalismus zu friedlichem Wettbewerb auffordert. Ein solcher Wettbewerb würde den allgemeinen Fortschritt und den Weltfrieden nur fördern.

Lenin betonte, daß unser Land in den Fragen der Gewährleistung des Friedens nicht Deklarationen und Erklärungen, sondern realen Handlungen die größte Bedeutung beimißt. Heute hat die UdSSR ein Programm vorgelegt, das, wenn erfüllt, die Welt bis zum Jahr 2000 kernwaffenfrei machen kann. Trotz des Widerstands der USA konzentriert sich die sowjetische Führung auf die Verwirklichung ihres historischen Abrüstungsprogramms. Sie ist bemüht, auch die geringste Chance zu finden und zu nutzen, um ein Anwachsen der Kriegsgefahr zu vermeiden, solange es noch möglich ist.

Dynamik, schöpferischer Charakter und der neue Gehalt der sowjetischen Außenpolitik spiegeln sich in den konkreten Initiativen der UdSSR.

In Reykjavik führten die kühnen, einfachen und klaren Vorschläge der UdSSR den sowjetisch-amerikanischen Dialog aus der politischen Sackgasse heraus.

Ein Beispiel neuen Denkens war die Verkündung und wiederholte Verlängerung des sowjetischen Moratoriums für Nukleartests.

Von Flexibilität und Realitätssinn zeugte der Vorschlag des KPdSU-Generalsekretärs vom 28. Februar 1987 über die Beseitigung der sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa.

Mehrere große Initiativen, die die Gewährleistung der Sicherheit im asiatischen und pazifischen Raum sowie in anderen Teilen unseres Planeten bezwecken, fanden eine starke Resonanz in der Welt.

Ein bemerkenswertes Detail: Die KPdSU lehnt die Idee eines „Klubs der Erwählten“, eines „Klubs der Supermächte“ ab, sie strebt vielmehr danach, daß alle Länder, die großen und kleinen, die Industrie- und die Entwicklungsländer, ständig und als gleichberechtigte Partner an Verhandlungen teilnehmen.

Die internationale Praxis der UdSSR ist die reale Verkörperung einer neuen Philosophie des Friedens. Sie wurzelt in den humanen Prinzipien der Leninschen Außenpolitik und beruht auf Lenins Vorstellung von einer friedlichen Koexistenz von Staaten, besonders auf seinem Gedanken, daß die gesellschaftliche Entwicklung den Vorrang vor den Interessen des Proletariats dieses oder jenes Landes hat. Folglich ist die Haltung der UdSSR zur Idee der internationalen Zusammenarbeit und des Friedens ein Grundprinzip unserer Ideologie. Der XXVII. Parteitag der KPdSU ergänzte und bereicherte diese Ideen anhand der Realien des Nuklearzeitalters. Die vom Parteitag formulierte Konzeption der allumfassenden Sicherheit entwirft die Kategorien neuen politischen Denkens, die Vertrauen und friedliche Koexistenz zu den grundlegenden Prinzipien der internationalen Beziehungen erheben.

In den 70 Jahren der kollektivistischen Umwandlung unserer Gesellschaft haben wir trotz aller Schwierigkeiten und Opfer, Irrtümer und Fehler Bedeutendes erreicht. Die marxistisch-leninistische Theorie des sozialistischen Aufbaus hat eine internationale Probe bestanden. Hunderte Millionen Menschen in der Welt gehen den Weg der Schaffung einer kommunistischen Zivilisation.

Die Zeiten ändern sich, neue Probleme kommen auf, neue Aufgaben stellen sich ein. Die in unserem Land eingeleiteten Wandlungen sind nur die erste Etappe noch bedeutsamerer, noch radikalerer Änderungen. Sie werden es ermöglichen, die immensen Potenzen des Sozialismus der Gesellschaft dienstbar zu machen.

Bei unseren weitgehenden Plänen wenden wir uns wie stets Lenin zu. Nein, wir greifen nicht auf ihn zurück, der Ausdruck wäre falsch, wir sind dabei, ihn „einzuholen“, und wir lernen, seinen Gedankengang tiefer und allseitiger zu erfassen. Lenins Lehre hilft uns, die akutesten und brennendsten Fragen der Gegenwart zu beantworten. Das Neuerertum des Leninismus ist unvergänglich.

VR CHINA-  
SCHWEDENBerührungs-  
punkte

● CHINA IST BEREIT, ZUSAMMEN MIT SCHWEDEN UND DEN FRIEDLIEBENDEN VÖLKERN DER WELT GEMEINSAM ANSTRENGUNGEN FÜR WAHRE ABRÜSTUNG UND DEN WELTFRIEDEN ZU UNTERNEHMEN, ERKLÄRTE DER AMTIERENDE GENERALSEKRETÄR DES ZK DER KPCh UND PREMIER DES STAATSRATS DER VR CHINA, ZHAO ZIYANG

Das wurde beim Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson in Peking gesagt, bei dem die Positionen Chinas und Schwedens zu Fragen der Abrüstung und der Sicherung des Weltfriedens erläutert wurden.

Zhao Ziyang konstatierte, daß der Kampf gegen das Wetrüsten und für eine wirksame Abrüstung wichtiger Bestandteil der Außenpolitik

der VR China sei. China als Nuklearmacht, betonte er, habe sich nie der Verantwortung für nukleare Abrüstung entzogen. Seit die VR China Nuklearwaffen besitzt, erklärte Peking, werde es nie und unter keinen Umständen zum Ersteinsatz von Nuklearwaffen greifen, es werde diese Waffen nicht gegenüber Nichtnuklearländern und kernwaffenfreien Zonen einsetzen oder mit deren Einsatz drohen. China tritt für ein vollständiges Verbot und die endgültige Vernichtung aller Arten von Kernwaffen ein und meint, ihr Abbau müsse zugleich mit dem der konventionellen Rüstungen erfolgen.

Die VR China und Schweden, schrieb "Renmin ribao" zu den chinesisch-schwedischen Gesprächen, wenden sich gegen eine Militarisierung des Weltraums und meinen, daß er friedlichen Zwecken dienen müsse. Zhao Ziyang unterstrich der Zeitung zufolge bezüglich der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Fragen der nuklearen Abrüstung, China trete für einen Dialog zwischen der UdSSR und den USA ein und bringe die Hoffnung zum Ausdruck, daß sie eine Vereinbarung erzielen werden, die zum Abbau der internationalen Spannungen beitrage. Der chinesische Regierungschef sprach sich für

"ernste Verhandlungen" zwischen der UdSSR und den USA über die Mittelstreckenraketen und für ein Abkommen zwischen ihnen aus, das "den Interessen anderer Länder keinen Schaden" zufügt.

Ingvar Carlsson erklärte auf einem Empfang in Peking, Schweden teile in vielem die Ansichten der VR China. Die Hauptlinien der Außenpolitik Schwedens und Chinas verliefen in vielem parallel. Auf einer Pressekonferenz teilte er mit, bei den Gesprächen habe China die Initiativen der "Sechs von Delhi" für Frieden und Stabilität in der Welt unterstützt. Ingvar Carlsson äußerte Bedauern darüber, daß die USA nicht dem Beispiel der UdSSR folgen wollten, die einseitig ihre Kernwaffentests eingestellt hatte, sowie darüber, daß die Sowjetunion nach Ablauf des Moratoriums gezwungen gewesen sei, die Tests wiederaufzunehmen. Nach Meinung Schwedens, betonte er, sei ein Moratorium der erste Schritt auf dem Weg zur vollständigen Abrüstung.

M. JAKOWLEW

die Möglichkeit der Wahl unabhängiger Kandidaten außerhalb der Parteilisten vorsah, in Kraft getreten, und bereits im Februar d. J. wurde laut einem Erlaß von ARÄ-Präsident Hosni Mubarak ein allgemeines Referendum durchgeführt, dessen Teilnehmer sich für eine vorfristige Wahl der Abgeordneten nach dem neuen System aussprachen. Was hatte die ägyptische Führung zu diesem Schluß veranlaßt?

Nach Meinung der meisten Kommentatoren brauchte die ARÄ-Regierung die Wahlen, um unter den Bedingungen der komplizierten ökonomischen und politischen Lage Ägyptens eine Bestätigung der Wähler für ihren Kurs zu erhalten sowie auf die Kritik und die Forderungen der Opposition nach einer Demokratisierung des öffentlichen Lebens zu antworten.

Die unter Präsident Sadat begonnene und von der jetzigen Regierung übernommene "Politik der offenen Tür" brachte traurige Ergebnisse: Die Entwicklung der Volkswirtschaft, die in Abhängigkeit vom Auslandskapital geriet, verlangsamte sich, die Positionen nicht nur des staatlichen Sektors, sondern auch der Industriebourgeoisie wurden schwächer, die soziale Kluft zwischen den am Rande oder gar unterhalb der Armutsgrenze lebenden Millionen Ägyptern und der kleinen Schicht von Spekulanten vertiefte sich. Auch die sich in der ägyptischen Gesellschaft verstärkende politische Polarisierung und die Zunahme auch des religiösen Extremismus waren eine Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Opposition kritisiert heute die Regierungspolitik immer schärfer und verlangt Reformen des politischen Systems.

Doch die Wahlen zeigten, daß die Regierung Mubarak die Lage fest in der Hand hat. Die regierende Nationaldemokratische Partei erhielt die absolute Mehrheit — 338 von 458 Sitzen —, während die zweitstärkste Gruppe, die "Islamische Allianz", nur über 60 Parlamentsmandate verfügen wird.

## ÄGYPTEN

Ein Stim-  
mungsbild

● DIE AUFLÖSUNG DER VOLKSVERSAMMLUNG UND DIE VORFRISTIG ANBERAUMTEN WAHLEN ZUM HÖCHSTEN GESETZGEBUNGSORGAN KAMEN FÜR VIELE ÜBERRASCHEND.

Und das um so mehr, als die Initiative von der Führung des Landes und der regierenden Nationaldemokratischen Partei ausging, die auch ohnehin über eine solide Parlamentsmehrheit verfügte.

Ende v. J. war in Ägypten das Wahlergänzungsgesetz, das

## MONGOLEI

Sowjetsoldaten  
in Ehren verabschiedet

Gemäß einem Beschluß der sowjetischen Führung und in Vereinbarung mit der Regierung der Mongolischen Volksrepublik wurde mit dem früher angekündigten Abzug einer motorisierten Schützendivision und einiger einzelner sowjetischer Truppenteile, die sich zeitweilig auf mongolischem Territorium befinden, begonnen.

Die Zeitung "Unen" informiert über Freundschaftstreffen in sowjetischen Truppenteilen in der MVR aus Anlaß der Rückkehr in die Heimat. Die sowjetischen Militäranghörigen wurden in der mongolischen Hauptstadt herzlich verabschiedet. Die mongolische Presse betont, daß die Führung der MVR den sowjetischen Soldaten und Offizieren tiefempfundenen Dank für die Erfüllung ihrer internationalistischen Pflicht aussprach.



Die Wahlen verliefen in einer demokratischeren Atmosphäre als die vorhergehenden: Die Oppositionsparteien konnten den Wahlkampf viel breiter als früher führen, konnten in Presse, Fernsehen und Rundfunk auftreten.

Unterdes versuchten, wie ARÄ-Innenminister Badr erklärte, "extremistische Elemente" in einigen Landesteilen den normalen Ablauf der Wahlen zu stören, provozierten Unruhen und Zusammenstöße, überfielen Wahllokale — und einige Oppositionsvertreter warfen den Behörden vor, sie hätten am Vorabend der Wahlen Verhaftungen unter ihren Anhängern vorgenommen.

Die Zunahme religiöser Stimmungen in Ägypten verdient Beachtung. Erstmals bildeten die Sozialistische Partei der Arbeit und die Sozialistische Liberale Partei zusammen mit der offiziell nach wie vor verbotenen Organisation der "Moslebrüder" die gemeinsame Liste der "Islamischen Allianz". Die Positionen der Neuen Wafd-Partei, die die alte, traditionelle ägyptische Bourgeoisie repräsentiert, wurden geschwächt — sie verlor gegenüber den vorhergehenden Wahlen 20 Sitze und wird jetzt mit nur 36 Abgeordneten vertreten sein.

Die Nationale Progressive (linke) Partei Ägyptens, die bei den Wahlen mit einem Programm für wahre politische und ökonomische Unabhängigkeit, für die Interessen der Werktätigen antrat, weigerte sich, einer Koalition unter religiösen Lösungen beizutreten. Infolgedessen gelang es ihr nicht, die gesetzlich vorgesehene 8-Prozent-Barriere zu überwinden und Parlamentssitze zu erringen.

Die regierende Partei konnte also ihre Positionen festigen. Welchen Effekt wird das Wahlergebnis auf die innenpolitische Entwicklung haben? Das Parlament in seiner neuen Zusammensetzung tritt am 22. April zu seiner ersten Sitzung zusammen, und einen Tag später wird Präsident Mubarak eine programmatistische Rede vor den Abgeordneten halten.

A. OSTALSKI

"NEUE ZEIT" 16.87



"Wie schrecklich! Wieder die 'Hand Moskaus'!"

Zeichnung: W. Arsenjew

## JAPAN

### Gefährlicher „Transit“

● NEUE FAKTEN ÜBER EIN  
KOMPLOTT TOKIO-WA-  
SHINGTON

Mitglieder der KP Japans

(KPJ) entdeckten in der Bibliothek des US-Kongresses ein Dokument, das in Japan eine Sensation auslöste. Ich sprach mit Shoji Niihara, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPJ, einem der drei an der Suche Beteiligten.

"Mitte Januar flogen wir in die USA. Wir mußten geheime Unterlagen der US-Regierung studieren, die von 1975 bis 1986 für die Öffentlichkeit frei-

gegeben wurden, um Beweise dafür zu finden, daß US-Nuklearwaffen nach Japan gebracht wurden. Unsere Suche hatte Erfolg: Wir entdeckten ein geheimes Telegramm des damaligen US-Außenministers Dean Rusk an den US-Botschafter in Tokio, Edwin Reischauer, vom 24. Februar 1966. Aus dem Telegramm geht eindeutig hervor: Zwischen den Regierungen der USA und Japans

besteht eine Geheimvereinbarung von 1960, die erlaubt, Nuklearwaffen nach Japan zu bringen."

Die Enthüllung löste bei den am Komplott Beteiligten Verwirrung aus. Als am 4. April d. J. auf einer Pressekonferenz die Existenz dieses Telegramms bekanntgegeben wurde, enthielt sich das japanische Außenministerium jeglicher Kommentare. Erst 48 Stunden später wurde eine Erklärung des Premierministers verlesen: Die Regierung wisse nichts von dem Geheimabkommen. Und erst am 10. April bestätigte das State Department den authentischen Charakter des Telegramms. Doch dabei behauptete es, die Formulierung „Geheimabkommen“ sei in dem Dokument angeblich wegen einer „Ungenauigkeit“ bei der Abfassung seines Entwurfs aufgefallen.

„Diese Frage ist überaus ernst. Japan wird eine wichtige Rolle in den nuklearen Plänen der USA gegen die UdSSR im Fernen Osten zugewiesen. Angesichts der Tatsache, daß die meisten Japaner entschieden gegen Kernwaffen sind, würden sich die USA kaum dazu entschließen, diese Waffen ständig in unserem Land zu lagern. Doch der 'Transit' an Bord von Schiffen und Flugzeugen wird, wie wir uns überzeugen konnten, praktiziert. Das besagte Dokument zeigt deutlich, daß die japanischen Konservativen ihre Politik an Befehlen aus Washington ausrichten.

Es ist sehr interessant", fährt mein Gesprächspartner fort, "in welcher politischen Atmosphäre der Telegrammtext entstand. Anfang Februar 1966 hatte die Sowjetregierung vorgeschlagen, den Nichteinsatz von Nuklearwaffen gegen Länder, die diese Waffen nicht auf ihren Territorien lagern, zu garantieren. In Japan rief diese sowjetische Initiative wohlwollendes Interesse hervor, insbesondere beim stellvertretenden Außenminister Takezo Shimoda. Mitte Februar erklärte er sogar, die Japaner sollten auf den amerikanischen 'Nuklearschirm' verzichten. Derartige Stimmungen lösten offenbar Panik in Washington aus, um so mehr, als am 21. Februar Präsident Charles de Gaulle offiziell den Austritt Frankreichs

aus der militärischen Organisation der NATO erklärt hatte. Nach zweitägigen Sonderkonsultationen zwischen dem State Department und der US-Botschaft in Tokio verlangte Rusk in einem Telegramm von Reischauer, Japan solle dem sowjetischen Vorschlag eine Absage erteilen.

Wir interessierten uns besonders für jenen Teil des Telegramms, in dem die Rede davon ist, daß, sollte Japan einen kernwaffenfreien Status

erklären, das Geheimabkommen von 1960 seine Gültigkeit verlieren und die USA den Sicherheitsvertrag revidieren würden. Folglich ist der Sicherheitsvertrag das größte Hindernis auf dem Weg zum kernwaffenfreien Status..."

Das State Department unternahm neben Hinweisen auf "unklare Formulierungen" einen recht plumpen Versuch, den Fakten zu widersprechen, indem es behauptete, die KPJ interpretiere den Inhalt des

entdeckten authentischen Dokuments falsch. Mit dem Begriff "Geheimabkommen gemäß dem Sicherheitsvertrag von 1960" sei angeblich dieser Vertrag selbst gemeint. Doch was soll dann dieser Eiertanz, wenn es in dem Telegramm ganz eindeutig hieß, daß sich damals US-Nuklearwaffen auf Okinawa befanden?

W. OWSJANNIKOW  
NZ-Korrespondent

Tokio

## USA

### Der Lauscher an der Wand...

Von Kindheit an sehen die Amerikaner in Filmen und Comics, wie eine "Wanze" in das Telefon des Gegners eingebaut wird und daß selbst im zum Kaffee gereichten Würfelzucker ein Mikrophon enthalten sein kann. Einfache Bürger und Präsidenten, die Mafia und die Bundesbehörden in den USA lauschen und werden belauscht.

All das gehört in den USA schon seit langem zum Alltag und rief keine sonderliche Beunruhigung hervor. Doch plötzlich wurde in Washington Alarm geschlagen: Abhörpraktiken bedrohten die Existenz — der amerikanischen Botschaft in Moskau. Hitzköpfe beeilten sich vorzuschlagen,

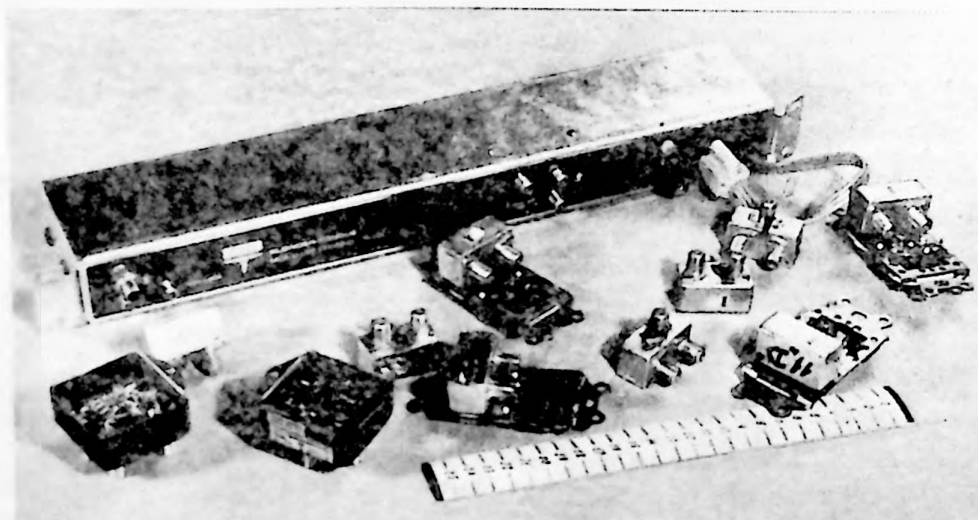
das Botschaftsgebäude aus Sicherheitserwägungen überhaupt dem Erdboden gleichzumachen und Verhandlungen grundsätzlich nicht mehr in Moskau zu führen, damit die Russen Dinge, die nicht für sie bestimmt seien, auch nicht erfahren. Selbst der Besuch von US-Außenminister George Shultz hätte angeblich abgesetzt werden sollen. Zwar würde es schwer sein, ohne Botschaft und Verhandlungen über die Position der UdSSR zu urteilen, doch darauf hatte man sich in den USA rechtzeitig vorbereitet, indem man die sowjetischen Vertretungen mit Abhöranlagen spickte.

Auf Pressekonferenzen in Moskau und Washington am 9. und 10. April demonstrierten Vertreter des UdSSR-Außenministeriums Hunderte von Mikrophonen und Dutzende diverser Systeme, die in den letzten Jahren in Hausmauern, Oberdeckun-

gen und Kommunikationsverbindungen der Botschaft und der Handelsvertretung der UdSSR in den USA, des sowjetischen Generalkonsulats in San Francisco und anderer Vertretungen entdeckt wurden. Die US-Geheimdienste brachten unzählige "Wanzen" sowohl in Dienst- wie in Wohnräumen an. Gespräche in Autos und Schlafzimmern, das Klappern von Schreibmaschinen und von Bürotechnik ausgehende Strahlen — all das wurde "gesammelt" auf der fieberhaften Suche nach beliebigen Informationen, die der UdSSR, ihren Einrichtungen und Bürgern Schaden zufügen könnten.

A. POLJUCHOW

US-Geheimdienste verwandelten diese TV-Gemeinschaftsantenne in ein Abhörsystem, um die Bewohner eines Hauses der UdSSR-Vertretung bei der UNO auszuspielen





# Agentenpsychose

Eine neue, im Westen modische Seuche, die Spionomanie, ist zweifelsohne politischen Ursprungs. Der jetzige Anfall in Frankreich ist meiner Meinung nach durch einige spezifische Faktoren bedingt. Doch anfangs einige Worte zum Szenario des Spektakels.

Die "Saison sowjetischer Agenten" begann in Paris diesmal gerade damit, daß französische Geheimdienste eine Gruppe von Personen entdeckten, die sich angeblich für Geheimnisse der Ariane-Rakete interessierten. Die Frau eines von ihnen ist Sowjetbürgerin, die Frau eines anderen Rumänin. Das reichte, um "östliche Länder" zu bezichtigen, die "Spione" zu verhaften und dann sechs Mitarbeiter sowjetischer Einrichtungen aus Frankreich auszuweisen.

Moskau antwortete natürlich entsprechend, indem man sechs französische Beamte, die sich, wie man zu sagen pflegt, nicht gerade diplomatischen Aktivitäten widmeten, aufforderte, die UdSSR zu verlassen.

Wenig später begann die französische Polizei diskret einen der Festgenommenen nach dem anderen wieder freizulassen. Als erste wurde die UdSSR-Bürgerin Ludmilla Warigina, Gattin des Franzosen Pierre Verdier auf freien Fuß gesetzt. Sie hatte man völlig willkürlich, in Verletzung sowohl der sowjetisch-französischen Konsularkonvention als auch der KSZE-Schlußakte und jeglicher Humanität hohnsprechend ins Gefängnis geworfen.

Die Geheimdienste präsentierten angesichts dieser Niederlage den Namen eines weiteren "Agenten des Kreml" — eines vor drei Jahren verstorbenen Chiffreurs. Danach wurde die "Saison der Spione" abgeblasen.

Was soll also dann diese Verleumdungskampagne?

Erstens geht es um die sowjetisch-französische Zusammenarbeit, die einigen Leuten gegen den Strich geht. Die einen wollen aus ideologischen Gründen keinen UdSSR-Bürger neben sich dulden, vertrauen selbst das Wort "Moskau" nicht. Andere lassen sich von Konkurrenzüberlegungen leiten. Wieder andere stehen unter dem Einfluß ausländischer, vor allem amerikanischer, Freunde. Der Agentenrummel könnte durchaus Erfahrungen und Traditionen der freundschaftlichen sowjetisch-französischen Beziehungen abträglich sein.

Zweitens der Umbau in der UdSSR, die tiefgreifenden Veränderungen und die Demokratisierung rufen bei manchen Leuten in Paris Gereiztheit hervor. Gewisse Kreise versuchen, im Bewußtsein der Franzosen das uralte Klischee von der Sowjetunion als eines "totalitären"

Staates, eines "Gulag", zu verankern. Von ihren "Spionen" leben sie. Dem wachsenden Ansehen der Sowjetunion in der Welt und in Frankreich haben sie nichts entgegenzustellen. Ebendeshalb werden "Ostagenten", die "Hand Moskaus" und die "technologische Rückständigkeit" der UdSSR in Umlauf gebracht.

Drittens: Jedesmal, wenn ein bedeutendes Abrüstungsabkommen greifbar nahe erscheint, werden in den USA oder in westeuropäischen Staaten plötzlich sowjetische Machenschaften aufgedeckt.

So auch jetzt. Die Positionen von West und Ost in der Frage der Mittelstreckenraketen sind einander nahe. Moskau hat die Tür zu Vereinbarungen geöffnet. Doch, wie auf Bestellung, tauchen da "ins Netz des KGB gegangene" US-Marineinfanteristen auf, Abhöranlagen in der US-Botschaft in Moskau, ein sowjetisches Agentennetz, das ganz Frankreich fieberhaft nach Unterlagen der Ariane-Triebwerke absucht. Die Spionageleidenschaften werden desto stärker angeheizt, je weniger überzeugend die Antwort des Westens an Moskau zu Abrüstungsfragen ausfällt.

Und viertens. In den Tagen, als die Agentenpsychose in vollem Schwange war, wurde in der Nationalversammlung der Militärhaushalt Frankreichs für 1987—1991 erörtert. Eine bedeutende Verstärkung des nuklearen und des konventionellen Potentials kennzeichnet diesen Haushalt. Die Rüstungsausgaben steigen um 40 Prozent. Erstmals wird offen erklärt, Paris wolle die Produktion che-

mischer Waffen aufnehmen. Die Agentenpsychose ist hervorragend geeignet, zusätzliche Ausgaben durchzudrücken.

Abschließend möchte ich mich zu einem Paris so angelegenen Thema wie den humanitären Kontakten, dem freien Austausch und der Familienzusammenführung äußern. Was wurde nicht alles über die verhaftete Ludmilla Warigina aus Jaroslawl geschrieben! Doch eine Art Rekord sollte der Pariser "Figaro" aufstellen. Die Zeitung führte sogar einen neuen Begriff ein, um sowjetische Menschen zu kennzeichnen, die mit Bürgern Frankreichs die Ehe eingehen: "Personen mit hohem Risiko". Werde ja "jeder Franzose, der in seiner Arbeit Zugang zu Gefahren. In vornherein werden auch Gegenstand der Aufmerksamkeit der Polizei."

Der "Figaro" warnt in grober Form, dafür aber eindeutig die Franzosen vor Gefahren. In vornherein werden auch Maßnahmen gegenüber einem solchen "verlorenen Sohn" gerechtfertigt. "Im Interesse der Sache" könne dem Betroffenen ein anderer Posten zugewiesen werden. Die Zeitung hat auch keine Einwände gegen eine "strenge Kontrolle" ausländischer Ehefrauen, vor allem aus der UdSSR. "Wie viele Spione mag es unter ihnen geben?" fragt der "Figaro" verstört.

Alles klar? Wenn der wichtigste, ja einzige Grund für die Verhaftung einer Frau, der Gattin eines französischen Angestellten, deren UdSSR-Staatsbürgerschaft ist, wenn Mischehen und der Familienzusammenführung ein "großes Risiko" entgegengestellt wird, dann leiden Geist und Buchstabe der KSZE-Schlußakte.

Alexander IGNATOW

## Zusatzdiagnose

Die französischen Geheimdienste erfanden den "Fall Ariane", um etwas gegen das schwindende Interesse am französischen Raumfahrtprogramm zu tun, behaupten gut informierte Kreise der Europäischen Raumfahrtagentur (ESA). Die Serie von Mißerfolgen bei der Erprobung des Triebwerks der Ariane-Trägerrakete kann, wie man in Paris meint, einige westeuropäische Länder dazu bringen, sich nicht an dieses ambitionöse französische Projekt zu binden. Während das Ansehen des sowjetischen Raum-

fahrtprogramms sowie der chinesischen Erfolge in diesem Bereich wächst, könnte der lädierte Ruf der Ariane die Positionen Frankreichs auf dem Weltmarkt der Raumfahrttechnik und kosmischer Dienstleistungen endgültig untergraben.

Diese Kreise halten den Versuch Frankreichs für dubios, zu behaupten, die Sowjets, die bei der Produktion von Trägerraketen vorn liegen, könnten ein Interesse an dem gescheiterten französischen Ariane-Projekt zeigen, da die einschlägigen

technischen Errungenschaften der Sowjetunion Frankreich weit hinter sich gelassen haben. Gerade die Franzosen müßten versuchen, die Russen bei der Raumtechnik einzuholen — nicht aber umgekehrt. In der ESA stellt man sich da die berechnete Frage: Wird die französische Regierung durch Schürung der Agentenpsychose vor ihrer eigenen und der übrigen europäischen Öffentlichkeit das Scheitern ihres nationalen Raumfahrtprogramms verbergen können?

M. PUTINKOWSKI

# WARUM ZURÜCK ZU EINER KERNWAFFENFREIEN WELT?

Lothar RÜHL

Eine Welt ohne Atomwaffen ist vorstellbar. Die Phantasie braucht dabei nicht besonders bemüht zu werden, weil der Blick in die Vergangenheit einen Eindruck davon vermittelt, wie eine nuklearwaffenfreie Welt aussehen würde. Sie wieder herzustellen hieße, das Rad der Geschichte zurückdrehen. Weder wäre das ein realistischer Versuch noch wäre er geeignet, die Probleme von Krieg und Frieden zu lösen.

Die Erfindung der Kernwaffe ist irreversibel, weil das Wissen über sie nicht mehr zu löschen ist. Sie hat auch längst ihre Exklusivität verloren. Ihr Besitz ist schon seit Jahren nicht mehr den Weltmächten USA und Sowjetunion vorbehalten. Frankreich, Großbritannien und China sind mit erheblichem Kernwaffenbestand hinzugegetreten. Vermutlich verfügen weitere Länder über eine begrenzte Zahl von Kernwaffen oder sind im Begriff, Kernwaffenländer zu werden. Je mehr sich die Waffen verbreiten, um so schwieriger werden alle Versuche, sie abzuschaffen. Ein Verbot wäre auch weltweit und für alle Arten nicht zu überwachen. Deshalb ergäben sich viele Ansatzpunkte für Umgehungen und damit auch für gegenseitige Anschuldigungen, die die heutige Stabilität im Ost-West-Verhältnis sehr zerbrechlich machen bzw. politische Spannungen über die Auslegung, Anwendung und Einhaltung eines solchen Verbots zwischen den zur Kernwaffenproduktion fähigen Staaten schaffen würde.

Die Kernwaffen haben das Ost-West-Verhältnis über Jahrzehnte stabil und damit den Frieden in Europa und zwischen den USA und der Sowjetunion erhalten. Es spricht einiges dafür, daß der Antagonismus im Ost-West-Verhältnis die Ursache für bewaffnete Auseinandersetzungen hätte sein können, wenn nicht das Risiko bestanden hätte, unerträglichen Schaden erleiden zu müssen.

Nach der Kuba-Krise im Jahre 1962 wuchs die Erkenntnis, daß Ost und West bei aller Gegensätzlichkeit einen Modus vivendi im nuklearen Zeitalter finden müssen, um gemeinsam überleben zu können.

Dr. L. Rühl ist Staatssekretär im Bundesministerium für Verteidigung der BRD. Mit diesem Beitrag nahm Dr. Rühl an der NZ-Umfrage zum Thema „Ist eine kernwaffenfreie Welt möglich?“ teil.

Diese Vernunft hat sich allerdings nur im Ost-West-Verhältnis, nicht aber weltweit durchsetzen können: Davon zeugen die vielen Kriege, die außerhalb des Ost-West-Rahmens geführt wurden und noch werden. Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak ist ein Beispiel dafür. Die Behauptung, daß der Frieden durch die Beseitigung aller Atomwaffen sicherer werden würde, muß erst noch bewiesen werden. Angesichts der Erfahrung mit mehr als 120 konventionellen oder revolutionären Kriegen in der Welt außerhalb Europas seit 1945 ist die Annahme, nukleare Abrüstung werde den Frieden sichern machen, wenig überzeugend.

Mögliche Erfolge der Bemühungen, eine weitere Verbreitung der Kernwaffen zu verhindern, sind notwendig und sollten auch von einer substantiellen Reduzierung der Kernwaffenarsenale begleitet werden. Allerdings ist bei der Beurteilung der Erfolgchance der „Nonproliferation“ Skepsis geboten. Wenn aber einer weiteren Verbreitung dieser Waffen nicht Einhalt geboten werden kann, dann stellt sich die Frage, wie neue Nuklearmächte das weltpolitische Kräftefeld verändern würden. Mit letzter Sicherheit läßt sich das heute noch nicht absehen. Auf längere Sicht würden diese Staaten ausschließlich regionale Bedeutung haben. Es steht zu erwarten, daß diese neuen Nuklearmächte nicht allein bleiben, sondern daß andere Staaten ihrer Region bemüht sein würden, die nukleare Vormachtstellung einer einzelnen Macht dadurch zu verhindern, daß sie auch nuklear rüsten. So könnten regionale Kernwaffengleichgewichte entstehen, bei denen die Kernwaffen die gleiche Funktion haben würden, die sie im Ost-West-Verhältnis haben: die strategischen Beziehungen zu stabilisieren und die Entstehung krisenfester militärischer Sicherheit zu fördern. Darin liegt auch im „nuklearen Pakt“ das positive Moment der nuklearen Rüstungen, solange die Rüstungskonkurrenz abgrenzbar bleibt und Rüstungskontrolle wirksam wird.

Vieles spricht also dafür, daß die Kernwaffen auch in der Zukunft der Menschheit nicht eliminiert werden. Alle Nationen werden sich der Herausforderung stellen müssen, die darin besteht, einerseits die Kernwaffe so zu kontrollieren, daß sie nicht im Konflikt gebraucht wird, andererseits aber den Zwang zum Ausgleich und zur Mäßigung, der von dieser Waffe ausgeht, für die Bewahrung

der internationalen Sicherheit zu nutzen. Dies setzt auch ein stabiles Kräfteverhältnis bei konventionellen Streitkräften voraus. Ein erster wichtiger Schritt in Verhandlungen bestünde darin, die militärischen Kräfte und Mittel in Ost und West auf das Maß zu reduzieren, das für eine wirkungsvolle Abschreckung und für eine gesicherte Verteidigung unerlässlich ist. Damit müßte auch ungefähre Parität zwischen Warschauer Pakt und NATO in Europa, besonders aber im zentralen Konfrontationsbereich Mitteleuropa, hergestellt, d. h. das Übergewicht der konventionellen Streitkräfte des Warschauer Pakts müßte reduziert werden. Aufbauend auf dem Zustand unverlässiger Sicherheit könnten sich die Gesamtbeziehungen zum Wohle aller beteiligten Staaten entwickeln, könnte Vertrauen wachsen.

Ost und West bemühen sich seit nun etwa zwei Jahrzehnten, Verträge über beiderseitige Rüstungsbegrenzungen und Rüstungsverringerungen zu schließen. Die stärkste Triebfeder für diese nachhaltigen Anstrengungen ist die Kernwaffe und die ihr innewohnende vernichtende Wirkung. Sie hat das Bewußtsein für die Notwendigkeit stabiler Beziehungen geschärft. Sie hat die Bereitschaft genährt, immer wieder neue Vorschläge zu machen, um Verhandlungen zum Erfolg zu führen. Niemals zuvor wirkte in der Geschichte ein so anhaltendes Streben der Staaten in einem antagonistischen Verhältnis zueinander, gemeinsam alles zu unternehmen, um einen Krieg untereinander zu verhindern. Obwohl die Hindernisse auf dem Verhandlungsweg und das gegenseitige Mißtrauen noch groß sind, zeichnen sich doch Möglichkeiten für zweckmäßige Abkommen ab.

Der Gipfel von Reykjavik hat die Perspektive für einen Durchbruch eröffnet, eine Perspektive der Abrüstung statt nur der Begrenzung von Rüstungszuwächsen wie im SALT-Prozeß von 1969 bis 1979. Eine neue kooperative Politik wird langfristig aber nur dann Erfolg haben, wenn sich die Gesamtbeziehungen zwischen Ost und West positiv entwickeln: Die Geschichte der Rüstungskontrollpolitik zeigt, daß Fortschritte dort von der Qualität der Gesamtbeziehungen abhängig sind.

Entspannung ist kein Begriff, der sich auf das Gebiet der Rüstungskontrollpolitik einengen läßt. Der Wille zur Entspannung muß das Gesamtverhalten eines Staates prägen. Dazu gehört die Anerkennung der Sicherheitsinteressen der anderen Seite - und zwar nicht nur der globalen, sondern auch der regionalen Mächte -, dazu gehört die Absage an die Gewalt im außenpolitischen Verkehr genauso wie der Schutz der Menschenrechte. Vertrauen kann nur wachsen, wenn die erklärte Absicht, auf Gewalt zu verzichten, nicht im Widerspruch zu den Taten steht.



Der Respekt vor dem Anspruch jeder Nation auf ein Leben nach ihren Vorstellungen darf den Versuch gar nicht erst aufkommen lassen, einer anderen Nation seinen Willen aufzwingen zu wollen. Der größte Hemmschuh für bessere Beziehungen zwischen Ost und West ist das aus der Vergangenheit überkommene gegenseitige Mißtrauen. Es beeinträchtigt vor allen Dingen Fortschritte in der Rüstungskontrollpolitik. Wenn es um die Sicherheit der eigenen Nation geht, kann man nicht in gutem Glauben handeln, noch der anderen Seite Vertrauens Kredit einräumen. Die Vertragstreue des Vertragspartners muß nachprüfbar sein. Die Gewißheit muß herrschen, daß mögliche Verstöße rechtzeitig festzustellen sind. Durchgreifende Erfolge in der Abrüstungspolitik sind nicht zu erwarten, wenn nicht größere Transparenz der militärischen Fähigkeiten und militärischen Planungen geschaffen wird und wenn die Verständigung

auf wirkungsvolle Verifikationsmaßnahmen ausbleibt. All das gehört zu den vertrauensbildenden Maßnahmen, ohne die auf Dauer der Weg, der von der Konfrontation zur Kooperation führen soll, nicht geebnet werden kann. Deshalb ist das Resultat der Stockholmer KVAE von großer, die Richtungweisender Bedeutung. Darum muß es vom Papier der Texte auf dem militärischen Terrain umgesetzt werden.

Für uns Deutsche bedeutet die Maxime, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen soll, nicht nur historisch-moralische Verpflichtung, sondern gleichzeitig vitales Interesse. Kein Krieg in Europa würde uns verschonen. Es zählt zu den schlimmen Vereinfachungen unserer Zeit, den Nuklearkrieg zu fürchten und die Folgen eines konventionellen Krieges zu verdrängen. Auch ein konventioneller Krieg hätte für die beiden deutschen Staaten verheerende Konsequenzen. Die Verengung auf die Nuklearproblematik verstellt oft den Blick

dafür, daß für die Sicherheit Europas auch das konventionelle Kräfteverhältnis von kritischer Bedeutung ist. Das gilt vor allen Dingen dann, wenn Nuklearwaffen abgebaut werden.

Wir sehen uns durch die hohe Überlegenheit des Warschauer Paktes bei den konventionellen Kräften und den chemischen Waffen erheblich bedroht. Wenn Vertrauen wachsen soll, dann müssen wir erwarten können, daß der Warschauer Pakt bereit ist, die Kräfte so zu reduzieren, daß ein Gleichgewicht entsteht und die verbleibenden Streitkräfte nicht mehr zu umfassenden, überraschenden Offensivoperationen geeignet sind. Das militärische Gleichgewicht und der Verzicht auf die Fähigkeit zur Eroberung helfen, das Bedrohungsgefühl und damit das Mißtrauen abzubauen. Die NATO hat die Berliner Anregung von Generalsekretär Gorbatschow aufgegriffen und ihre Bereitschaft zu Verhandlungen, die für unsere Sicherheit von größter Bedeutung sind, weckt viele Hoffnungen. ■

## VOREINGENOMMENHEIT

Valentin FALIN

Herrn Dr. Lothar Rühl kenne ich schon lange. Als erstes fielen mir seine außergewöhnlichen Stellungnahmen zur Sicherheit und Militärstrategie auf. Später hatte ich Gelegenheit, mit ihm zu diskutieren. Wir waren uns nicht gerade immer einig, namentlich in konkreten Dingen. Ich kann aber nicht leugnen, daß er — auf seine Art logisch — seinen Standpunkt zu vertreten wußte.

Jetzt ist Dr. Rühl Staatssekretär im Verteidigungsministerium der BRD, und da sind ihm seine Logik und geschickte Argumentation plötzlich abhandeln gekommen. Ein Posten verpflichtet natürlich, aber doch nicht grenzenlos! Oder müssen für eine vorgefaßte offizielle Meinung gefühlsbetonte Argumente hergeschafft werden? Ja, die Meinung ist vorgefaßt, wenn sie auch als "gesunde Skepsis" hingestellt wird. Sie beruht auf einer Vermischung und Verlagerung der Begriffe, auf einer willkürlichen, um nicht zu sagen zynischen Nutzung von Lebenserfahrungen.

Dr. Rühl zufolge hieße die Schaffung einer Welt ohne Atomwaffen "das Rad der Geschichte zurückdrehen". Er meint, das sei unmöglich und sogar schädlich. Beweise? Die formale Berufung darauf, daß die USA und die UdSSR, seitdem es Atomwaffen gibt, nicht miteinander Krieg geführt haben. Auch vor der Militarisierung des Atoms hatten sie keinerlei Konflikte miteinander, und das Zeit ihres Bestehens mit Ausnahme der bewaffneten Interventionen von 1918—1922 im Norden des europäischen Teils Sowjetrußlands und im sowjetischen Fernen Osten. Die

Spaltung des Atoms hat die Welt gespalten, sie hat die UdSSR und die USA in schärferen Gegensatz als je zuvor gebracht. Das kann wohl niemand bestreiten.

Wenn man eine Waffe beseelt, wenn man ihr die Fähigkeit zuschreibt, eine konstruktive Rolle zu spielen, und wenn man dem Gewaltmittel einen Teil der politischen Funktionen überträgt, so ist das kein Schritt zu größerer Sicherheit, zu humaneren internationalen Beziehungen und einer helleren Epoche der Zivilisation. Das menschliche Genie, dazu verurteilt, sich endlos im Kreis der Gewalt zu drehen, wird schließlich militärische Technologien hervorbringen, die Atomwaffen in den Schatten stellen. Was soll man dann denken? Da die Zerstörungsgewalt extreme Dimensionen angenommen hat, sei die Welt sicherer geworden? Je schlimmer, desto besser? Im Westen hört man nicht auf, die Gewalt anzubeten.

Ob ein neues Monster entstehen wird oder nicht, bleibt abzuwarten. Jetzt, angesichts des Wettrüstens, ist eher zu befürchten, daß andere Staaten in den Besitz von Kernwaffen gelangen. Dr. Rühl sieht darin keinen Grund zur Besorgnis. Falls sich die Kernwaffen ausbreiten sollten, werde das nur zu lokalen oder regionalen eher positiven als negativen Veränderungen führen. Dann würden sich "die strategischen Beziehungen stabilisieren".

Derartige Äußerungen, die angesichts der Bemühungen um eine Befreiung der Erde von dem nuklearen Alpdruck besonders abstoßend sind, kannte ich bisher noch nicht von Dr. Rühl. Die Zündung

eines Bruchteils der bereits gehorteten Nuklearladungen würde ausreichen, alles Leben auszulöschen. Soll etwa angedeutet werden, daß der NATO-Block nichts dagegen hätte, außer dem Raketenabwehr auch den Kernwaffensperrvertrag zu opfern? Man muß sich das einmal genauer vor Augen führen.

Auf Dr. Rühls Behauptung, daß der Warschauer Vertrag aggressiv und der NATO an konventionellen und chemischen Waffen überlegen sei, will ich nicht eingehen. Ich nehme an, der Herr Staatssekretär kennt die Meinung US-Außenministers Shultz und die Aktenstücke der Vereinigten Stabschefs der USA, in denen die These von der Disparität widerlegt wird.

Dr. Rühl nimmt vielleicht an, daß diese und ähnliche Beurteilungen der sowjetischen Öffentlichkeit unbekannt sind. Oder nehmen die Herren aus der BRD einen besonderen Scharfblick für sich in Anspruch, Adenauer sichtete ja einmal am bundesdeutschen Himmel "feindliche" Flugzeuge, die den amerikanischen Radarschirmen entgangen waren. Was der alte Herr konnte, das kann die jetzige Bonner Führung schon lange!

Eins ist unbegreiflich: Wenn man befürchtet, daß die sozialistischen Länder mehr Soldaten und Waffen haben, warum zögert man, die Einladung der Warschauer Vertragsstaaten an den Verhandlungstisch anzunehmen und eine Verringerung des beiderseitigen Potentials um 1 Million Mann bis Anfang der 90er Jahre zu vereinbaren?

Wahrscheinlich ist Angst das Hindernis. Am Verhandlungstisch kann man nicht mit einer Falschmeldung zur Täuschung der Öffentlichkeit erscheinen, wenn man bereit ist, für beiderseitige Sicherheit und einen stabilen Frieden für alle zu sorgen. ■

# Steuerreform

Im April hat der amerikanische Steuerzahler seine Steuern zu entrichten. In diesem Jahr kommt noch hinzu, daß das neue Gesetz über die im Oktober 1986 angenommene Steuerreform in Kraft tritt. Allerdings ist 1987 eine Übergangsperiode, da die Steuerreform erst im nächsten Jahr endgültig abgeschlossen sein soll. Heute aber, da es zu zahlen gilt, fragen viele Amerikaner: Was sollte das ganze Herumbasteln am Steuersystem? Vermag die Reform die nachlassende Wirtschaft zu beleben, wie Präsident Reagan versprochen hat?

Eine Steuererklärung ist bekanntlich kein Kinderspiel. Beim Überschlag des Steuerbetrags hat der Steuerzahler vieles zu berücksichtigen: Ist er ledig oder verheiratet, hat er Kinder und wie viele, ist er Eigenheimbesitzer oder Mieter, hat er für die Wohltätigkeit gespendet oder nicht, hat er Wertpapiere erworben, wann hat er einen neuen Wagen gekauft, macht er den Kindern Geschenke... Berücksichtigt wird auch die Inflationsrate des Vorjahres und der voraussichtliche Trend. Erst danach wird die Einkommensteuer berechnet.

So leicht ist das auch nicht. Das bisher geltende Besteuerungssystem spaltete den Jahresertrag gleichsam in

„Schichten“. Jede „Schicht“ hatte ihren Steuersatz. 1985 etwa wurden Familieneinkommen zwischen 12 390 und 16 650 Dollar mit 16 Prozent, die zwischen 16 650 und 21 020 Dollar mit 18, die zwischen 21 020 und 25 600 Dollar mit 22 Prozent usw. besteuert. Diese sogenannte gestaffelte Progression kommt vorwiegend den Vermögenden zugute. Von den Einkommen, die über der 169 020-Dollar-Grenze liegen, werden 50prozentige Steuern abgezogen. Doch die Einschränkung - von den „steuerpflichtigen“ Einkommen - läßt die Reichen den Endbetrag in der Steuererklärung „legitim“ herabsetzen. In dieser Hinsicht wirken die Berechnungen Senator George Mitchells wohl kaum erstaunlich: 1984 waren ca. 30 000 Amerikaner mit Einkommen über 250 000 Dollar ganz oder größtenteils ihrer steuerlichen Belastung entkommen.

Kurzum, die Ausfüllung der Steuererklärung ist ein so schwieriges Problem geworden, daß Amerikaner scherzen: Ohne fremde Hilfe wäre da selbst Albert Einstein nicht ausgekommen. Verrechnen darf man sich nicht: Für die richtige Steuerentrichtung sorgt ein ganzes Heer von Inspektoren des Inlandssteuerdienstes im Finanzministerium - rund

70 000 Mann. Auch sie müssen sich oft den Kopf zerbrechen, bedenkt man, daß das gesamte Steuergesetzbuch einige tausend Druckseiten umfaßt. Eine fehlerhaft ausgefüllte Erklärung kann Anlaß zu einem Prozeß, einer Geldstrafe oder sogar einer Gefängnishaft geben.

Jeder Jurist weiß: Je komplizierter ein Gesetz, desto einfacher läßt es sich umgehen. Die unübersichtliche Steuergesetzgebung schafft manchen Schleichweg, auf dem fast alle Einkünfte aus der Besteuerung ausgeklammert werden können. Solche Fälle gehören in die alltägliche Skandalchronik der USA. Nicht selten sind hochgestellte Regierungsbeamte darin verwickelt. Am besten verstehen sich Konzerne, in erster Linie große Rüstungsfirmen, auf die Steuerhinterziehung.

Dabei hatte die Reagan-Administration sofort nach ihrem Einzug ins Weiße Haus den Konzernen recht teure Steuerergeschenke gemacht: Die Gewinnsteuersätze wurden gesenkt und großzügige Steuervergünstigungen für den Verschleiß der Ausrüstungen bewilligt.

Während die den Konzernen erlassenen Milliarden die Haushaltseinnahmen verringerten, plagte sich der Durchschnittsamerikaner nicht nur mit der Bundeseinkommensteuer ab. Für Altersrente, Kranken- und Arbeitslosengeld geben Arbeiter und Angestellte regelmäßig etwa 7 Prozent ihres Lohns bzw. Gehalts an staatliche Renten- und Versicherungsfonds ab. Hinzu kommen noch erhebliche örtliche Steuern und die der einzelnen Bundesstaaten sowie die Verbrauchssteuer.

## EREIGNISSE UND IHRE HINTERGRÜNDE

# Wer ist schuld?

Schon über einen Monat geistert der Name des belgischen Hafens Zeebrugge durch die Medien.

Journalisten, Seelute und Experten erörtern weiterhin die Katastrophe von Zeebrugge und versuchen anhand der gesammelten Fakten und Zeugenaussagen das Geschehen zu rekonstruieren...

Am Abend des 6. März verließ die britische Fähre „Herald of Free Enterprise“ Zeebrugge in Richtung Dover. Etwa 1500 Meter nach der Hafenausfahrt bekam sie plötzlich Schlagseite und kenterte. Eine Sandbank ließ die Fähre nicht ganz

untergehen — nur ihre linke Hälfte befand sich unter Wasser. Etwa 400 Passagiere und Besatzungsmitglieder konnten gerettet werden, an die 200 Menschen fanden den Tod.

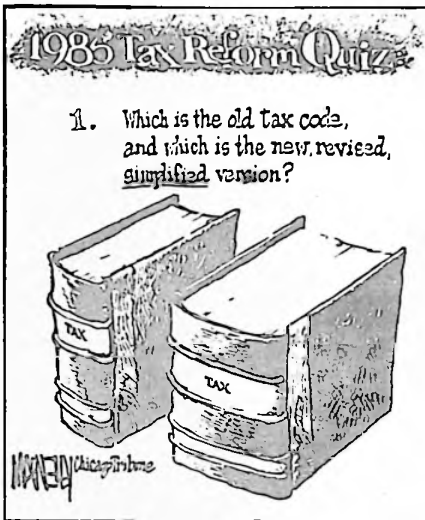
Wie kam es zu dieser Katastrophe? Ein offizieller Bericht liegt noch nicht vor, die Untersuchungskommissionen haben ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen. Bislang ist nur folgendes bekannt: Die „Herald of Free Enterprise“ wurde 1980 in der BRD gebaut. Es handelt sich um eine recht große Fähre — sie hat ca. 8000 BRT, ist 132 m lang und 23 m breit. Unterdes kenterte sie Augenzeugen zufolge in

Sekundenschnelle. Die meisten Experten meinen, daß die Fähre aus dem Gleichgewicht kam, als Wasser durch die weit geöffneten Schleusentore ihres zweigeschossigen Autodecks drang. Warum waren die Tore entgegen der Anweisung nicht geschlossen? Diese Frage bleibt ebenso wie viele andere bislang unbeantwortet. Wie z. B. konnte bei Windstille Wasser durch die Garagentüren, die sich ca. 2,5 m über dem Meeresspiegel befinden, eindringen? Einige Experten meinen, daß die Wasserballasttanks, die das Schiff im Hafen bei der Verladung der Autos herunterdrücken, nicht ganz abgepumpt waren. Das wäre ein weiterer schwerer Fehler der Besatzung der Fähre und ihres Kapitäns.

E. Colson, ein angesehener belgischer Experte und einer der Mitbegründer der



Verständlicherweise wächst die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem



Raten Sie mal: Welcher Band enthält die alte und welcher die neue Gesetzgebung! Zeichnung aus: „Chicago Tribune“ (USA)

Anziehen der Steuerschraube. Die Hoffnung der Administration, die Haushaltslöcher mit beschleunigtem Wirtschaftswachstum zu stopfen, blieb unerfüllt. Deshalb mußte das Weiße Haus einsehen: Eine Revision des Steuersystems und vereinfachte Steuererhebung sind angeraten.

Die bisherigen 15 Steuerklassen bei der Einkommensteuer mit Steuersätzen

zwischen 11 und 50 Prozent werden 1987 als Zwischenlösung nach dem vom US-Kongreß beschlossenen Gesetz auf 5 Klassen mit Steuersätzen zwischen 11 und 38,5 Prozent reduziert. Erst 1988 soll das Endziel der Reform erreicht werden: zwei Klassen mit Steuersätzen von 15 und 28 Prozent. Bei der Körperschaftsteuer wird der Spitzensatz auf 34 Prozent gesenkt, zahlreiche Steuervergünstigungen aber sollen abgeschafft werden.

Wer stößt sich also bei der Steuerreform gesund, die der US-Präsident die wichtigste Gesetzesinitiative seiner zweiten Amtszeit nennt? Nach Reagan profitieren davon vor allem Bezieher niedriger Einkommen, die Konzerne dagegen werden am meisten benachteiligt.

In der Tat wird die Steuerlast des Big Busineß in den nächsten fünf Jahren um etwa 100 Md. Dollar erhöht, während die individuelle Besteuerung um diese Summe entlastet wird. Familien mit Einkommen unterhalb des Existenzminimums werden keine Steuern zahlen.

Den entscheidenden Vorteil werden aus der Reform die Familien mit einem Jahreseinkommen von mehr als 200 000 Dollar ziehen, denn die Steuerhinterziehung wird ihnen jetzt noch mehr erleichtert. Die Armen bleiben nach wie vor relativ benachteiligt. Wie die Londoner „Financial Times“ schrieb, „ist man in Reagans Amerika nicht der Meinung, daß die Reichen stark zu besteuern sind“. Unter den „Verlierern“ sind ca. 20 Millionen Familien der Mittelschicht zu finden, die mehr als früher zahlen müssen. Interessant ist, daß jetzt auch das Arbeitslosengeld besteuert wird.

Was die Monopole angeht, so werden sie in vielen Wirtschaftszweigen trotz allgemein höherer Besteuerung des Big Busineß 9-14 Prozent weniger an den Fiskus abführen. Für andere Konzerne erhöhen sich die Steuern, aber um maximal 9 Prozent. Das Novum an der Reform ist die Senkung der Steuersätze für alle Konzerne. Nur diejenigen, die bisher über besondere Steuervergünstigungen verfügten, wie z. B. die Erdöl- und Erdgasgesellschaften, werden mehr zahlen müssen. Alles in allem wird die Steuerbelastung der meisten Gesellschaften somit nur ausgeglichen. Außerdem wird die Steuerlast der Monopole über die Preise für Waren und Dienstleistungen letztlich auf die Verbraucher abgewälzt.

Welche Folgen für die US-Wirtschaft kann die Steuerreform haben? Die meisten Experten sind der Meinung, daß sie die Wirtschaft vorläufig bestenfalls unbedeutend fördern wird. Manche glauben sogar, daß dadurch eine weitere Rezession näher gebracht wird. Der „New York Times“ zufolge kann sich ein Rückgang im Wohnungsbau, in der Chemie-, Metall- und Maschinenbauindustrie abzeichnen.

Die Steuerreform hat auf die meisten Amerikaner keinen günstigen Eindruck gemacht. Sie konnte das riesige Defizit im Bundeshaushalt ebenfalls nicht ausgleichen. Im Finanzjahr 1988 werde das Defizit, behaupten Experten des Budgetamtes im Kongreß, infolge der Reform um weitere 17 Md. Dollar wachsen. Nicht von ungefähr erörtern schon einige Kongreßleute den Entwurf ... eines neuen Steuergesetzesentwurfs.

A. DEJIN

Internationalen Vereinigung der Kapitäne der Handelsschifffahrt, sowie andere Fachleute verweisen darauf, wie gefährlich die Konstruktion von Fähren dieses Typs ist. Sie seien, wie sich E. Colson ausdrückte, schwimmende Särge. Ihre Autodecks haben keine Trennwände. Das Be- und Entladen wird beschleunigt, Kosten und Betrieb dieser Schiffe verbilligt. Doch die wirtschaftlichen Vorteile haben auch einen schwerwiegenden Nachteil: Gegen eindringendes Wasser gibt es keinerlei Hindernisse. Das Autodeck füllt sich sofort, und das Schiff sinkt.

Gut einen Monat lag die „Herald of Free Enterprise“ mit linker Schlagseite auf Grund. Am 7. April wurde sie in einer komplizierten technischen Operation mit Computerhilfe aufgerichtet. Die Fähre

„NEUE ZEIT“ 16.87

wiegt immerhin 6500 t — und das noch ohne die ca. 130 geladenen PKWs und LKWs sowie die fast 15 000 t Wasser und Sand, die die Fähre herunterdrückten.

Nach 9 Stunden harter Arbeit steht die „Herald of Free Enterprise“ auf der Sandbank, auf der sie zuvor seitwärts gelegen hatte. Die untere Hälfte des Schiffes ist immer noch überflutet, doch praktisch alle Heckaufbauten sind über Wasser. Dann werden die beschädigten Bullaugen repariert und die Luken des Autodecks geschlossen. Anschließend wird das Wasser ausgepumpt, und wenn die Fähre wieder schwimmen kann, wird sie an einen Kai von Zeebrugge bugsiert. Offenbar wird das zwischen dem 20. und dem 30. April geschehen.

Gleich nach der Hebung der Fähre begannen belgische und britische Marine-

taucher mit der Bergung der Opfer. Bis zum 7. April waren 61 Personen, deren Leichen man gefunden hatte, offiziell als tot geführt worden. Etwa 140 Personen galten als vermißt. Seitdem haben die Taucher weitere 113 Leichen aus dem Schiff geholt. Einige Dutzend der umgekommenen Passagiere und Besatzungsmitglieder sind bis heute in dem unter Wasser liegenden Schiffsrumpf eingeschlossen. Sie wird man erst dann bergen können, wenn Wasser und Sand abgepumpt sind. Da die Toten über einen Monat im Seewasser lagen, ist die Identifizierung sehr schwierig. Polizei und medizinische Experten haben zuvor alle Informationen gesammelt, die diese tragische Prozedur erleichtern können.

W. BOIKOW

Brüssel, 14. April

● ÖKOLOGIE

## Der Ast, auf dem wir sitzen

Die Menschen haben lange vor der Industrierevolution des 19. Jahrhunderts gelernt, der Natur vernichtende



Der Wohnkomplex der Anasazi-Indianer: Als die Menschen den letzten Baum gefällt hatten, fällten sie auch ihr letztes Urteil...

Foto aus: „U.S. News and World Report“ (USA)

Schläge zu versetzen. Prähistorische Zivilisationen hinterließen viele „schwarze Flecken“ auf dem Planeten. Sicher haben sie viel mehr Zeit gebraucht als wir, um Wälder in Wüsten zu verwandeln. Wir haben es inzwischen mit unseren Bulldozern und Motorsägen bedeutend leichter. Die Ergebnisse aber sind gleich... Allerdings mußten die Menschen in der Frühgeschichte ihre ungewollte Barbarei zuweilen mit dem Leben bezahlen.

Das veranschaulicht das Schicksal der Anasazi-Indianer, die den Südwesten der heutigen USA (die Bundesstaaten New Mexico und Arizona) besiedelten. Die Anasazi erbauten im 11. und 12. Jahrhundert im Chaco-Canon 75 Städte mit komplizierten Straßennetzen und Bewässerungskanälen. Wohnkomplexe wiesen dort bis zu 4 Stockwerken und über 800 Räume auf. Um das Jahr 1200 haben die Anasazi ihre Wohnstätten plötzlich

verlassen. Bisher wurde angenommen, daß eine langanhaltende Dürre der Grund dafür wäre. Nun berichtete die Zeitschrift „U. S. News and World Report“, daß der amerikanische Forscher Julio Betancourt vor kurzem Balken, die in den Indianersiedlungen gefunden wurden, mit einem Elektronenmikroskop untersucht hat. Es stellte sich heraus, daß die Anasazi unter Nutzholzmangel litten. Im Verlauf von zwei Jahrhunderten betrieben sie systematisch Kahlschlag in der Umgebung ihrer Städte, um Brennstoff und Bauholz zu gewinnen. Sie mußten letzten Endes einen Weg von 50 und mehr Meilen in Kauf nehmen, um

Balken aus dem Gebirge zu holen. In ihren Siedlungen wurden Bäume gefunden, die nur auf den äußersten Hängen des Chaco-Canons wuchsen. Übrigens weisen die Stämme keine Schleppverletzungen auf. Die schweren Hölzer müssen also wochenlang von Menschen auf den Armen getragen worden sein.

Da hielten es die Indianer nicht länger aus...

Wie es scheint, haben auch die Bewohner der Osterinsel erfolgreich an dem Ast gesägt, auf dem sie saßen. Als etwa um 400 u. Z. Polynesier auf die Insel kamen, war sie sehr walddreich. Im 18. Jh., als die ersten Europäer kamen, ragten nur die Steinkolosse aus einer öden Ebene hervor. Wissenschaftler nehmen an, daß die Abholzung die Bodenerosion begünstigte. Die Erträge wurden dezimiert.

Nahrungsmangel und Zwist um brauchbares Ackerland mündeten in Kriege. Ein Beleg dafür ist die Massenproduktion von steinernen Speerspitzen. Allmählich starb die Bevölkerung aus...

Moderne Forscher erklären Völkerwanderungen nicht mit Veränderungen in Flora und Fauna, sondern nur mit Klimaveränderungen.

● TIERWELT

## Delphingeflüster

Die Delphine benutzen eine äußerst komplizierte Sprache, um Kommunikation untereinander herzustellen, nämlich eine sehr schnelle Abfolge von Pfeiftönen. Ob sie die menschliche Rede verstehen können? Drei amerikanische Wissenschaftler - Herman, Richards und Wolz - haben ein Experiment veranstaltet und diese Frage bejaht.

Zwei dressierte Delphine - Phenix und Akea - verstanden die Lautkombinationen, die von einem Computer produziert wurden. Sehr schnell konnten die Tiere die Töne mit bestimmten Handlungen oder Gegenständen in Verbindung bringen. Den Wissenschaftlern war es gelungen, den Delphinen recht komplizierte Sätze beizubringen. Etwa: „Phenix, berühre den Ring mit dem Schwanz, wirf den Ring.“ Das Vokabular der Delphine besteht gegenwärtig aus 16 Wörtern, die Gegenstände bezeichnen, 11 Wörtern, die Handlungen bezeichnen, 4 richtunggebenden Wörtern sowie aus Wörtern, die die Befehle aufheben und Bestätigung, Verneinung oder Tadel bedeuten... Können die Delphine auch menschliche Rede nachahmen? Bekannt ist jedenfalls, daß sie sehr komplizierte akustische Signale geben können. Herman und seine Kollegen brachten Akea bei, die von einem akustischen Generator produzierten Laute zu wiederholen. Schließlich konnte der Delphin bestimmte Gegenstände mit diesen Lauten identifizieren. Nachdem das „Studium“ beendet war, wurde folgender Versuch gemacht: Fünf verschiedene Gegenstände wurden dem Delphin 167 Male vorgezeigt. In 91 Prozent der Fälle nannte er sie richtig...

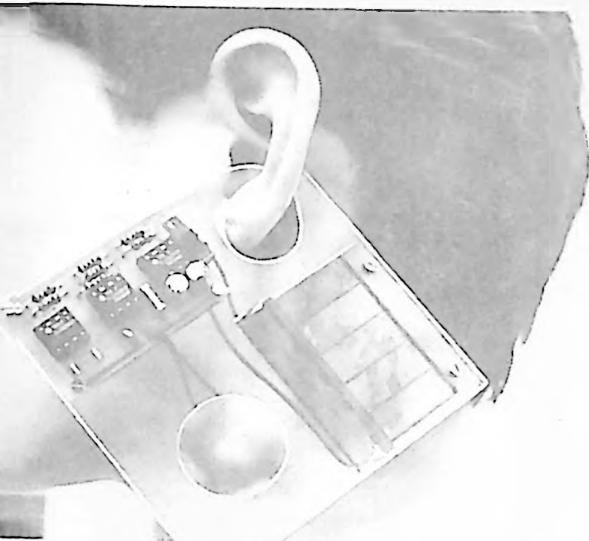
Solcher Ohrsch...  
Komplimente und  
Designer Walter G...  
Sonnenbatterien i...  
Angenehm zu hi...  
EPA-TASSJ

● ASTRONOMIE

## Eine Supernova und für Neutrin

In der Nacht entdeckten die Mitarbeiter des nischen Observatoriums der Großen Mag 180 000 Lichtjahre entfernt, einen Stern. Sie wurden äußerst seltenen Explosion einer Supernova. Mal wurde so etwas und chinesischen beobachtet, als im derart heller Stern sein Licht 23 Tage durch gesehen wurde.

„Seit Johannes I... so helle Supernova... Franco Pacini, Direktor des Observatoriums I... Korrespondenten der Zeitschrift „Panorama“ Stern, dessen Maßstab vielfach übertrifft. Energieressourcen von einer thermischen gespeist werden, ist folgendes: Substanz bildende Gravitationskraft n... hen, und die Male...



ck ist für modebewußte Frauen bestimmt, die der des Straßenlärms überdrüssig sind. Der bundesdeutsche es versah ihn mit einer elektronischen Vorrichtung, die mit öet. Sie ahmt Vogelgesang und Grillenzirpen nach. em, doch für das Ohr sicher etwas zu schwer. (Foto

## ● ROBOTER

### Wer hat mehr?

Die USA laufen Gefahr, hinter den wichtigsten Konkurrenten im Bereich der Industrie zurückzubleiben. Darauf verweist die Zeitschrift „U. S. News and World Report“. Die amerikanischen Unternehmer leiten beispielsweise neue Technologien langsamer in die Produktion über als ihre japanischen Kollegen.

Zwar wurden Industrieroboter in den USA erfunden, ihr breiter Einsatz weckt bei allen jedoch die Vorstellung von Japan. Das ist kein Zufall: In den USA gibt es gegenwärtig über 14 000 Industrieroboter, während in Japan mehr als 67 000 eingesetzt werden. Über 60 Prozent aller Roboter, die 1986 in amerikanischen Betrieben installiert wurden, stammen aus Japan. Die USA könnten nur dann ihre Industrieerzeugnisse konkurrenzfähiger machen, meinen viele Experten, wenn ihre Regierung bedeutend mehr Mittel für nichtmilitärische Forschungen bereitstellen würde. Bislang aber läßt die Relation zu wünschen übrig.

MIE

ova

ff

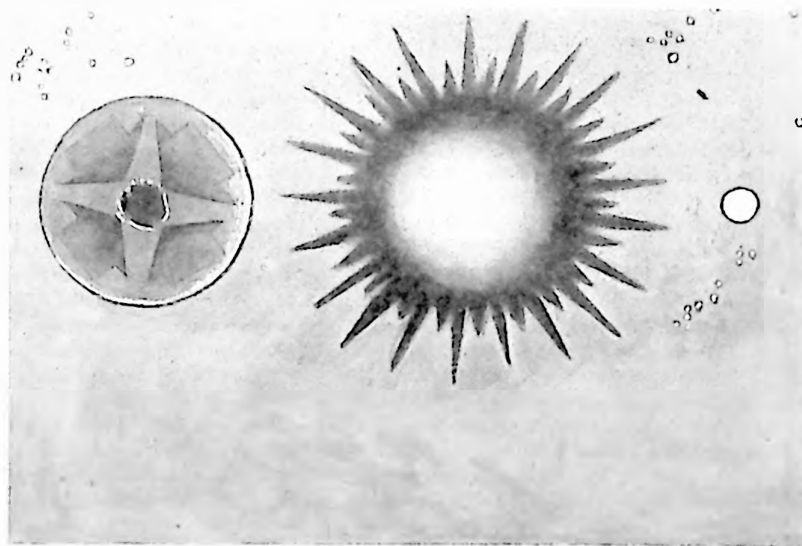
LOS

um 23. Februar  
rbeiter des chile-  
ms Cerro Tolo in  
anschen Wolke,  
von der Erde  
uren superhellen  
ugenzeuge eines  
Ereignisses, der  
nova. Das letzte  
von japanischen  
stronomen 1504  
ternbild Stier ein  
plodiert war, daß  
nd Nächte hin-  
en konnte.

oler wurde keine  
gesehen“, teilte  
ttor des Arcetri-  
Florenz, dem  
er italienischen  
at“ mit. „Es ist ein  
die der Sonne  
Wenn die inneren  
ieses Sterns, die  
uklearen Fusion  
schöpft sind, pas-  
ie ihre innere  
Gase können der  
t mehr widerste-  
stürzt gleichsam

in sich selbst zusammen, komprimiert sich, und ein superdichtes Objekt entsteht (siehe Zeichnung). Gleichzeitig explodiert die äußere Hülle des Sternes. Mit einer Geschwindigkeit von etwa 15 000 Kilometern pro Sekunde wird sie in den Weltraum ausgestreut. Das ganze begleitet ein blendendes Leuchten. Das erste, was wir bestimmen werden, nachdem sich die Gashülle der Supernova zerstreut hat: Ob sich darin nicht ein Pulsar

Himmels, sondern auch für Physiker, die Elementarteilchen erforschen. Ein die radioaktive Strahlung aus dem Weltraum registrierendes Gerät in einem Tunnel unter dem Montblanc (in diesem unterirdischen Labor arbeiten die Spezialisten aus dem Institut für kosmische Geophysik in Turin und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR zusammen) stellte fünf Neutrinos innerhalb von 7 Sekunden fest. Ein Neutrino ist ein seltenes Elementar-



gebildet hat, ein stellarer Körper, der aus Neutronen besteht und sich mit rasender Geschwindigkeit um seine Achse dreht. Ein Stern dieser Art wurde 1504 im Krebsnebel entdeckt.“

Daß die Supernova der Erde so „nah“ ist (der neue Stern wurde „Shelton 1987“ genannt), ist nicht nur für die Astronomen ein Geschenk des

teilchen, das hochinteressante Eigenschaften besitzt und sich bei Explosionen der Supernova bildet, wenn im Ergebnis der Kernreaktion Elektronen in das Innere des Atomkerns dringen.

Daß Neutrinos registriert wurden, ist offensichtlich ein wissenschaftlicher Erfolg.

## ● MEDIZIN

### Pillen

### statt

### Diät

Das Problem, wie man überflüssige Pfunde loswird, wird von Fachleuten aus dem Staatlichen medizinischen Institut Blagowestschensk völlig neuartig gelöst. Sie entwickelten eine Vorrichtung, die einen Teil des Dünndarms zeitweilig aus dem Verdauungsprozeß ausschaltet. Damit wird gesichert, daß das Übergewicht dosiert abgebaut wird. Die Vorrichtung befindet sich in einer Kapsel wie eine gewöhnliche Pille. Sie kann sich problemlos im Verdauungstrakt bewegen. Erreicht sie den Dünndarm, löst sich die Hülle, und die Vorrichtung entledigt sich ihres recht einfachen „Transportmittels“. Für eine bestimmte Zeit setzt sie sich an der nötigen Stelle fest. Der ganze Apparat ist so angelegt, daß er zwar im Dünndarm verbleibt, ihn aber nicht verschließt. Die Nahrung kann den Organismus ungehindert verlassen, ohne daß sie von ihm aufgenommen wird. Man ändert seine Ernährung nicht, genießt nach wie vor sein Essen und regelt gleichzeitig sein Gewicht. Die Prozedur ist schmerzlos und kann nach Belieben wiederholt werden.



# Jugend im Aufbruch

Vitali GANJUSCHKIN

Mehrere Tage stand der 20. Kongreß des Leninischen Kommunistischen Jugendverbands der Sowjetunion, unseres ruhmreichen Komsomol, im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit unseres Landes. Ein rundes Datum, gewiß, aber die Ursache liegt viel tiefer: Es ist die große Erneuerung, die alle gesunden Kräfte unserer Gesellschaft dazu mobilisiert, unser Sein und Bewußtsein um der allgemeinen Beschleunigung willen umzugestalten.

Der Komsomol selbst schonte sich in seinen Diskussionen vor dem Kongreß keineswegs (obwohl seine Kritik auch konstruktiv war), und die Öffentlichkeit tat es noch weniger. Der Kongreß wird in diesem Dialog zwischen Jugendlichen und Erwachsenen das Tüpfelchen auf so manches setzen. Allerdings wäre es noch verfrüht, die scharfen Kanten vieler aktueller Probleme abzuglätten: Die Umgestaltung ist ja im Gange.

**FRÜHER SPRACH MAN IM KOMSOMOL VIEL VOM „WACHSTUM DER REIHEN“.** Jetzt spricht man - Entwicklungsdialektik! - auch noch von einer „Wachstumskrankheit“.

Neuaufnahmen waren für den Komsomol alles in allem nie ein Problem. Praktisch alle Jugendlichen des Landes, 40 Millionen, sind heute Komsomolzen. Soll die Organisation noch mehr wachsen? In der Diskussion vor dem Kongreß sprachen sich viele für die Einschränkung eines solchen Wachstums aus, bei dem man nicht an die Beschaffenheit der wachsenden Reihen dachte, vielmehr sich von der vagen Hoffnung leiten ließ: Ist einer erst aufgenommen worden, wird der Komsomol ihn schon „fertig“ erziehen, dazu ist der Komsomol schließlich da! Wie das weitergehen soll, wird unsere Jugend selbst entscheiden. Uns erscheint das neuartige, im Geiste der Umgestaltung gehaltene Herangehen an die Relation zwischen Quantität und Qualität von Bedeutung. Wer hätte denn Einwände gegen die weiter zunehmende Zahl der Komsomolzen? Es fragt sich nur, was sie in jenen „Reihen“, deren Vergrößerung die Funktionäre und Aktivisten des Komsomol bisher hauptsächlich beschäftigte, unternehmen. Das ist wohl die Frage der Fragen. Deshalb haben die Komsomolzen, hat die Gesellschaft sie auf die Tagesordnung des Komsomolkongresses gesetzt.

Von einem, der sich in Einzelheiten verliert, heißt es oft, er sehe vor lauter Bäumen den Wald nicht. Ein großes Malheur der Komsomolorganisationen war, daß sie vor lauter Wald keine einzelnen Bäume mehr unterscheiden konnten. Im Bruffdenken befangen, hat-

ten sie eine Schwäche für hohe Kennzahlen: so und so viele Maßnahmen durchgeführt, so und so viele Personen dabei „erfaßt“. Bei diesen Größenordnungen ging jedoch das Leben des einzelnen Komsomolzen, das mit der Zugehörigkeit zum Komsomol noch nicht erschöpft ist, unter, und dabei tritt ein Jugendlicher in den Komsomol ein, damit die Organisation ihm hilft, würdig zu leben: die eigenen Wünsche mit dem Wohl der anderen in Einklang zu bringen, sich als Persönlichkeit zu entfalten, kurz, so zu leben, daß man sich später, wie Nikolai Ostrowski schrieb, nicht wegen ziellos verlebter Jahre schämen muß. Aber die Komsomolfunktionäre vergaßen das über der Betreuung des bewußten „Waldes“, während doch die Aufrechterhaltung und Gesundheit des Bestands von der Sorge um jeden Setzling abhängt.

Daher jene Erscheinungen, um die vor dem Kongreß viel gestritten wurde, etwa die informellen Vereinigungen von Jugendlichen: kleine Cliquen aus Straßen und Höfen, allerlei singende und gitarrenklimmernde Gruppen, private Sportgemeinschaften in Kellerräumen oder einfach Jungen und Mädchen, die nichts mit sich anzufangen wissen. Millionen von ihnen gerieten gleichsam automatisch neben den Komsomol, wenn sie auch dem Buchstaben nach noch immer Mitglieder sind. Die pompösen Jugendpaläste etwa sagen ihnen nicht zu. Ein Rätsel? Nein, höchst einfach: Dort ist es langweilig. Bei einem der informellen Gruppenleiter ging es soweit, daß er sein Mitgliedsbuch einfach hinknallte. Also untersuchte das Komsomolbüro seinen Fall, er aber sagte nur immer wieder: „Bei euch ist's langweilig...“ Hat man ihn bei all der machtvollen Organisationstätigkeit „nicht erfaßt“, oder fehlt es dieser machtvollen Tätigkeit doch an etwas? Wenn man z. B. daran denkt, daß die Disco in einigen Jugendklubs mit politischer Schulung verwechselt wird, ist die Frage schon nicht mehr müßig.

Und so wirken die Komsomolzen und die Organisation selbst gealtert. Zwar ist die Altersgrenze die alte geblieben, aber unsere Jugendlichen sind in ihrem Wesen älter, nüchterner, ihre Reaktionen auf die Welt um sie stumpfer geworden. Sie leben vor sich hin wie Passagiere eines riesigen Flugzeugs, fest an ihre Sitze geschnallt. Da versuchten junge Soziologen zu klären, wie die Umgestaltung in den Organisationen verläuft. Das wichtigste Ergebnis: stagnierendes, schablonenhaftes Denken, vor allem bei den Funktionären selbst. Ein überholtes und heute folglich besonders steriles Denken - wenn das nicht paradox ist! Menschen, die noch nicht erwachsen sind, deren Charakter

sich noch nicht geformt hat, denken schon in starren Kategorien. Wie kommt das?

**„DIE JUNGEN LEUTE SIND WIDERSPENSTIG, HÖREN NICHT AUF DIE ÄLTEREN, SIND PIETÄTLOS.“** Die Wahrheit lehnen sie ab, Sitte und Anstand existieren für sie nicht. Niemand versteht sie, aber sie wollen auch nicht, daß man sie versteht. Sie bringen der Welt den Untergang und werden ihr Ende sein.“ Dieser Gedanke stammt von Pharao Amenhotep III. und wurde vor 3500 Jahren in seine Grabplatte eingemeißelt.

Man muß schon deshalb an diese Worte denken, weil in den dreieinhalb Jahrtausenden seither die Gesinnungsgenossen des alterwürdigen Pharao nicht ausgestorben sind. Sie mochten adelig oder gemein gewesen sein, aber sämtlich waren sie sich einig in ihrer ablehnenden Haltung zu all und jedem aus der „Folgezeit“. Leider konnte das auch in der ersten sozialistischen Gesellschaft der Welt nicht vermieden werden, bis heute kämpft sie bekanntlich hart gegen die Oberreste der Vergangenheit im Bewußtsein der Menschen. Obigens nehmen sie manchmal die Gestalt erworbener Mängel an.

Ein Vorbehalt muß jedoch gemacht werden: Die differierende Weltsicht der Altvorden und der Jüngeren wächst sich unseres Erachtens nicht zu einem Generationskonflikt aus. Untersuchen wir das am Beispiel der Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Pharao und einer jungen Zeitgenössin von uns, Inga R. aus Utschkuduk (Usbekische SSR). Ihr kurzer Brief wurde unmittelbar vor dem Komsomolkongreß in der „Komsomolskaja Prawda“ veröffentlicht: „Was fällt Ihr über uns Jugendliche her - nur deshalb, weil wir anders denken? Oberall, in der Schule, in der Familie, hört man immerzu: 'Ja, zu unserer Zeit...' Versteht doch endlich, jetzt ist nicht Eure Zeit! Die Zeit ist jetzt anders. Auch wir sind anders. Was habt Ihr an uns immer auszusetzen, egal, ob es unsere Frisur oder unsere Vorliebe für Heavy Metall ist... Es reicht, hört schon auf mit Euren Belehrungen und Versuchen, uns umzustimmen, wir lassen uns nicht von Euch gängeln! Warum müßt Ihr unbedingt schwarzsehen, was wir auch anfangen? Wir können einfach nicht zu allem Ja sagen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Ihr es fertigbringt, auch nur mich umzustimmen.“

Soweit die gefühlsbetonte Antwort unserer jungen Zeitgenossin an Amenhotep III. und seine heutigen Gesinnungsgenossen. Und hier noch eine aktuelle Abart dieses endlosen Dialogs der Generationen: „Der revolutionäre Umgestaltungsprozeß erfordert eine kri-

fische Haltung gegenüber vielen Erscheinungen des Daseins um uns, gegenüber den Arbeitsbeziehungen, ethischen Normen und moralischen Kriterien. Aber all das sind ja Normen und Kriterien, die Lebensweise, die von unseren Vätern geformt worden sind. Die Rede ist hier nicht von meinem Vater oder deinem Vater persönlich. Die Rede ist von den Menschen der vorherigen Generation, von denen, die vor 20 Jahren ebenso jung waren, wie du es heute bist... Gerade damals bildete sich in unserer Gesellschaft die Selbstgefälligkeit heraus, gerade damals war es üblich, das, was man gerne möchte, für die Wirklichkeit auszugeben, gerade damals sprach man zu Hause eins und tat an der Arbeitsstelle etwas anderes, gerade damals zeichnete sich die Diskrepanz zwischen Wort und Tat ab... Aber im weiteren Sinne des Wortes sind es unsere Väter, die für all das die Verantwortung tragen. 'Vorgänger' ist ein bürokratisches, ledernes Wort, das uns fremd anmutet. Es bezeichnet jedoch reale Menschen, die wir lieben und die uns in diese Welt gesetzt haben."

Dieser Denkanstoß stammt aus einem Brief des 25jährigen Ingenieurs Jewgeni Talysin, Komsomolze der 80er Jahre. Seine Zuschrift erschien ebenfalls in der „Komsomolskaja Prawda“, in der beredten Rubrik „Eine heikle Frage“. Jawohl, heikel ist sie. Aber geantwortet werden muß. Zu antworten haben alle gemeinsam, der Komsomol, die Jugendlichen und die „Vorgänger“. Die Rede ist schließlich vom sozialen genetischen Kode der sowjetischen Generationen, und wir haben nichts voreinander zu verbergen. Jetzt ist nicht die Zeit gegenseitiger Ansprüche und Vorhaltungen. Unsere Zeit erfordert vielmehr einen offenen Dialog und gemeinsames Vorgehen, bei dem die Lebenserfahrungen der Älteren mit der Energie der Jungen multipliziert werden müssen.

Unabhängig davon, ob ein Amenhotep von heute es schön findet oder nicht, kam die Diskussion vor dem Komsomolkongreß

zu dem Schluß, daß sich die Ansichten des Menschen, sein Weltbild nicht zusammen mit Immobilien erben lassen. Jede neue Generation und jeder einzelne erarbeitet sie selbst, wenn auch natürlich unter dem Einfluß aller sozialen und staatlichen Institutionen. Trotzdem aber selbständig. Wir mögen unsere Erben noch so sehr belehren, noch so sehr überzeugen (und noch häufiger zwingen), damit sie wie wir denken und handeln - sie werden, genauso wie früher, immer auf ihre Art handeln, und zwar nicht mehr für uns (siehe Ingas Worte „nicht eure Zeit!“), sondern für sich selbst und schon für ihre eigenen Kinder, die ihrerseits den „Vorgängern“ wohl kaum zustimmen werden. So ist nun einmal die Dialektik der menschlichen Gesellschaft, und es ist unmöglich, sich über sie hinwegzusetzen.

Das geschah aber doch. Selbst zu einer Zeit, da die „Grünschnäbel“ mit Projekten kamen, die wirklich für mehrere Generationen reichten. Das war der Fall beim Brigadevertrag, dessen Schicksal ich als Journalist fast mein Leben lang verfolgte. Die heute jedem Sowjetbürger bekannte und von Partei und Staat anerkannte Idee der neuen Arbeitsorganisation und des Formens des Menschen im Arbeitsprozeß wurde seinerzeit von Komsomolzen vorgebracht, an deren Spitze Wladislaw Serikow, heute Held der sozialistischen Arbeit und Träger des Staatspreises, stand. Sie taten es öffentlich, bei der Errichtung eines Aufbereitungskombinats im hohen Norden, einem Schwerpunktbau des Komsomol. Fast 10 Jahre mußten vergehen, bevor sich der Begriff Brigadevertrag legalisierte und sich in der Presse einen Platz sicherte. Weitere 10 Jahre mußten vergehen, ehe sich der Begriff auch im Leben einen Platz sicherte.

Während der Diskussion vor dem Kongreß zählte der Komsomol selbstkritisch seine „Wachstumskrankheiten“ auf: Neigung zur Bürokratie, Dogmatismus, Scholastik, Schulmeisteri, Trägheit, Verzögerung. All das wurde an konkreten Beispielen verdeutlicht. Und da mußten wir konstatieren: Diese und einige andere dem sozialistischen System wesensfremde Krankheiten kennzeichneten auch das Leben unserer gesamten Gesellschaft.

## WAS ERWARTET NUN DER WALD VON DEN BÄUMEN, WAS ERHOFFEN SICH DIE BÄUME VOM WALD!

Um es auf eine kurze Formel zu bringen: ein politisches, soziales und moralisches Klima, das dem Wald wie auch den einzelnen Bäumen Wachsen und Gedeihen sichert.

Eine Umfrage vor dem Kongreß: „Kann man sagen, daß Ihre Komsomolorganisation in Umgestaltung begriffen ist?“ Mit einem Ja antworteten 8(1) Prozent der Befragten, 50 Prozent meinten, es sei „in gewissem Maße“ der Fall, 28 Prozent antworteten mit Nein.

Einerseits ein Normalfall: Die Menschen denken darüber nach, wie sie die Umgestaltung anpacken sollen, das hier ist keine Angelegenheit, die man auf die Schnelle erledigt. Andererseits: Wo liegen die Gründe für einen so langsamen Anlauf? Wohl doch in der Hinterlassenschaft aus früheren Jahren, in dem Erbe, über das man sich nicht so leicht klarwerden und das man erst recht nicht ohne weiteres überwinden kann.

Vor kurzem hatte ich einen bezeichnenden Konfliktfall zu untersuchen. Mehrere Studenten kritisierten auf ihrer Komsomolkonferenz öffentlich nicht nur die schlimme Lage in der eigenen Organisation, sondern auch den fehlerhaften Arbeitsstil der Leitung der Hochschule, darunter der Parteileitung. War das eine Aufregung! Das Rektorat und die Parteifunktionäre lasteten den Studenten einen im voraus geplanten Versuch an, die Komsomolkonferenz zu torpedieren. Der Fall kam vor ganz hohe Parteiinstanzen. Wie er ausgehen wird, werden wir noch erleben. Aber die Situation selbst zeigt: Es ist kein Zufall, wenn gewisse Leute uns allen bis heute mit den „Unkosten der Demokratie“, in diesem Fall mit einer „zu geringen Vorbereitung“ der Jugend auf die Demokratie, angst zu machen versuchen.

Dabei ist die Jugend zu ihr bereit. Darüber sprach sie ja hauptsächlich vor dem Komsomolkongreß, auch bei der Erörterung des Entwurfs des neuen Statuts. Hier einer der öffentlich ausgesprochenen Vorschläge. Im Statutentwurf wird die Teilnahme „an der Verwaltung staatlicher und gesellschaftlicher Angelegenheiten“ als eine wichtige Funktion des Komsomol bezeichnet. Das Maß einer solchen Teilnahme wurde jedoch in jedem konkreten Fall beispielsweise vom Werkdirektor bestimmt, der jederzeit berechtigt war, den Komsomolsekretär seines Betriebes zurechtzuweisen: „Mischt euch nicht in andere Leute Angelegenheiten, geht lieber euren Schrott sammeln.“ Nun wird „von unten“ vorgeschlagen, diesen Punkt der Satzung abzuändern. Der Komsomol solle „an der Realisierung der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes“ teilnehmen. Wie wir sehen, will die Jugend kein bloßes „Erziehungsobjekt“ sein, sondern sie strebt danach, aktives Subjekt der Umgestaltung und Konsument ihrer künftigen Früchte zu werden.

## Experten haben das Wort.

Foto: A. Gustschin



Die Jugend ist natürlich ein Teil des Volkes, und doch spricht man in jeder Gesellschaft, auch in unserer, von der Jugend als einer besonderen Kategorie. Folglich muß sie - selbstverständlich über ihre Organisation - ihre spezifischen und gesamtgesellschaftlichen Probleme von ihrem eigenen Standpunkt aus behandeln können. Dies ebenfalls unter Anwendung der Selbstverwaltung, das ist sehr wichtig. Indessen wurde gerade die Selbstverwaltung im Komsomol bisher ganz klein geschrieben. Der Komsomol selbst wurde von allen herunkommandiert, seine Sekretäre der verschiedenen Ebenen offen gesagt einfach ernannt und nicht gewählt, was die betreffende Organisation schweigend hinnahm. Deshalb lautet die dringendste Forderung der Komsomolzen jetzt: Laßt uns selbst wählen, wenn wir folgen werden.

**Persönliches und Gesellschaftliches,** das Ich und das Wir... Darum geht es jetzt im Komsomol, genauso wie in unserer ganzen Gesellschaft. Es gilt, nicht etwa Gesellschaftliches (noch dazu häufig Fragliches) dem Individuellen aufzuzwingen, sondern aus den individuellen Wünschen den einzig richtigen Vektor des Gesellschaftlichen zusammenzufügen. Denn könnte das „Der Staat sind wir“ durch das „Der Komsomol - das sind wir Komsomolzen“ ergänzt werden.

**„DEN KOMSOMOL WILL ICH NIE VERLASSEN, DENN MIT IHM BLEIB ICH EWIG JUNG!“** Wir schreiben das 70. Jahr nach der Oktoberrevolution. Seit 1917 gab und gibt es unter uns niemanden, der nicht so oder so mit dem Komsomol verbunden wäre. Ganze Generationen von Sowjetbürgern wuchsen im Komsomol heran, hielten als Komsomolzen durch, weil sie Komsomolzen waren, und sind ihm für die sinnvoll verlebten Jahre dankbar. Daran kann auch die heutige Kritik nichts ändern. Folglich haben gerade die Komsomolzen - die späteren Leninisten, Kommunisten, Helden, Preisträger, Schrittmacher und Neuerer, einfach die Werktätigen, die unser Land, immer wieder von Kriegen unterbrochen, aufbauten - jenes historische Phänomen geschaffen, das als führende Kraft der heutigen Welt und überall auf der Erde ein Begriff ist: den Sozialismus.

Die 40 Millionen Komsomolzen sind ja auch an sich ein ganzes Volk. Mehr noch, sie sind seine Jugend. Sie mögen sich einige kritische Überspitzungen leisten, wenn sie sehen, daß in unserem Haus keine vorbildliche Ordnung herrscht.

Wir leben in einer Zeit, da in unserem Haus Großtaten gemacht erfolgt. Es ist notwendig. Alle müssen sich um der großen Wahrheit willen aussprechen, die Komsomolzen wohl in erster Linie.

Von den 4833 Delegierten des 20. Komsomolkongresses, die 69 Nationen und Völkern unseres Landes repräsentieren, wurden 4709 erstmalig zu einem solchen Forum gewählt. Mehr als 60 Prozent der Delegierten sind jünger als 25 Jahre. Unser Komsomol verjüngt sich!

## AFGHANISTAN

# In die Heimat

Islam-Kala ist der wichtigste Grenzposten im Westen Afghanistans. Seitdem die Regierung der DRA die nationale Versöhnung proklamiert hat, kehrten über Islam-Kala viele afghanische Flüchtlinge aus dem Iran zu ihren Familien zurück und sahen nahe Verwandte wieder. Daher das lebhafteste Interesse aller Afghanen für die Heimkehr der Flüchtlinge und die Lösung des gesamten Problems, auf die die afghanischen Behörden zur Zeit größtes Gewicht legen.

Mit zwei Panzerwagen fuhren wir in aller Frühe von Herat, der Hauptstadt der Provinz gleichen Namens, nach Islam-Kala. Unser Leben wollten die afghanischen Behörden nicht aufs Spiel setzen - viele Duschmanen haben die Bedingungen des Waffenstillstands abgelehnt und beschießen nach wie vor die Landstraßen. Fast die ganzen 120 km fuhren wir auf leerer Straße. Nur zweimal überholten wir bunte Kleinbusse ohne Fahrgäste. Vor der Ankunft in Islam-Kala kamen uns dagegen drei mit Menschen und Gepäck überfüllte Busse entgegen. Sogar die Dächer waren besetzt. Die Insassen waren aus dem Iran heimkehrende Flüchtlinge. Sie fuhren nach Herat.

Gemeinsam mit einem Mitarbeiter der Zeitung „Itifa Islam“ („Einheit des Islam“), meinem Begleiter, sah ich nur an,

wie das Zollamt funktionierte. Später sahen wir auf dem Platz im Zentrum folgendes Bild: Männer verschiedenen Alters führten bei Trommelwirbel einen feurigen Nationaltanz auf. Damit feierten sie ihre Heimkehr.

Die vielen Umstehenden klatschten im Takt. Ich trat zu einem bärtigen alten Mann, dem Oberhaupt einer aus 32 Personen bestehenden Großfamilie. Er hieß Mohammad Maaruf und sagte:

„Wir sind Bauern aus der Provinz Hilmand. Mein Leben lang habe ich den Acker bestellt. Seit Jahrhunderten waren die Menschen gewöhnt, dem Gutsbesitzer und dem Mulla zu gehorchen. Kurz nach der Revolution streuten die beiden das Gerücht aus, die neue Regierung sei gottlos, sie bedrohe den Islam, deshalb müsse man sie bekämpfen oder auswandern. So sind wir zusammen mit dem Herrn in den Iran ausgewandert. Unser Leben dort war die reinste Hölle. Man betrog und beschimpfte uns, gab uns keine anständige Arbeit, die jungen Männer wurden in die iranische Armee gepreßt und in den Krieg gegen den Irak geschickt. Wie oft dachten wir an das Sprichwort: 'Ein Brotfladen zu Haus ist süßer als der schönste Sorbet.'“

Der Alte zog seine dichten Brauen zusammen und erzählte von den Schwierigkeiten der Heimkehr und den Schere-

## ARCHIV AKTUELL

# Washingtons Treubruch

Am 2. April 1982 landeten 3000 argentinische Soldaten auf Befehl der Militärjunta Argentiniens auf den Malwinen (Falklandinseln). Die kleine britische Garnison wurde ohne Verluste gefangenommen und in die Heimat geschickt.

Die Militärs, die damals in Argentinien an der Macht waren, nahmen an, die Briten würden einen ernsthaften bewaffneten Konflikt nicht riskieren, so daß der fast anderthalb Jahrhunderte dauernde Streit um die Inseln, die von Großbritannien Argentinien gewaltsam weggenommen worden waren, nach der militärischen Expedition durch Verhandlungen gelöst werden könnte.

Viele Erforscher dieses 10wöchigen britisch-argentinischen Krieges sind der Auffassung, daß der gesamte Konflikt vom Militär-Industrie-Komplex Großbritanniens und der USA sorgfältig vorbereitet worden sei. An der Erhöhung der Rüstungsausgaben interessierte Kreise drängten Premierministerin Thatcher zum Blutvergießen, weil in Großbritannien gerade eine beträchtliche Kürzung der Ausgaben für die Kriegsflotte in Aussicht gestellt war. Die USA nun traten auf die Seite Großbritanniens, ihres NATO-Partners.

Der Treubruch Washingtons, das die Interessen der lateinamerikanischen Län-



reien, die ihnen die iranischen Behörden gemacht hatten:

"Die Leute aus unserem Dorf dachten schon lange an die Rückkehr. Endgültig entschlossen wir uns dazu, als wir im Rundfunk von der Politik der nationalen Versöhnung hörten. Die iranischen Behörden verboten uns die Ausreise und wollten uns sogar nach Kurdistan im Westiran verbannen. Sie versuchten uns abzuschrecken: In Afghanistan seien Ungläubige an der Macht, viele werde man, wenn sie zurückkehren, erhängen oder erschießen. Wir wußten aber schon lange, daß das alles erlogen ist. Wie man bei uns sagt, läßt sich der Mond mit dem Kaftanschoß nicht zudecken. Den Feinden unseres Landes wird es nicht gelingen, denen die Wahrheit vorzuenthalten, die noch im Ausland sind. Ich habe Landsleute in Meschhed, Birdjen und anderen Städten getroffen und kann sagen, daß die meisten längst zu Hause

Angehörige von Anwar Madjadedi  
Foto des Autors



wären, wenn man ihre Heimreise nicht verhindern würde. Die iranischen Behörden müssen die Schikanen und den Terror gegen die Afghanen einstellen, die in ihrer Heimat, zusammen mit ihrem Volk leben wollen."

Ähnliche Gespräche hatte ich später mit Heimkehrern aus Pakistan in der östlichen Grenzprovinz Nangarhar. In den Randbezirken von Jalalabad, der Provinzhauptstadt, sieht man heutzutage überall Zelte, vorübergehende Unterkunft für Heimkehrer aus Pakistan. Das sind Leute mit tragischem Geschick. Von der feindlichen Propaganda betrogen, verließen sie ihr Heimatland, aber das Brot in der Fremde schmeckte bitter, sie litten Not, waren viel krank und sehnten sich nach Verwandten und Bekannten. Deshalb wurde die Nachricht von der nationalen Versöhnung auch in Pakistan von Tausenden afghanischen Flüchtlingen mit großer Freude aufgenommen.

In Jalalabad machte ich vor einem Zelt die Bekanntschaft einer gerade heimgekehrten Familie. Das Familienoberhaupt, Anwar Majadedi, ist Teppichweber. Noch unlängst hatte er in Mazar-i-Sharif eine kleine Teppichwerkstatt. Die ganze Familie arbeitete und hatte ihr Auskommen. Zur Auswanderung überredete sie ein dortiger Agent der illegalen "Islamischen Partei Afghanistans". In Pakistan war Majadedi bittellarm, er und seine Familie mußten oft hungern.

"Unsere siebenjährigen Leiden und Entbehrungen in der Fremde sind schwer zu beschreiben", sagt der Teppichweber. "Das Schwerste aber war die Heimkehr. Als wir unsere Absicht im Lager Parachinar, wo wir wie in einer Reservation

lebten, mitgeteilt hatten, kam ein Mann von der „Islamischen Partei Afghanistans“ zu uns, deren Vorsitzender Hikmatyar Gulbuddin ist. Er ermahnte uns salbungsvoll, versprach Hilfe und behauptete, die nationale Versöhnung sei nur ein Fallstrick. Als er merkte, daß wir ihm nicht glaubten, bedrohte er uns. Am selben Abend konnten wir mit einer Nomadenkarawanne aus dem Lager verschwinden. Wir wußten, daß pakistanische Grenzschergen die Heimkehr vieler unserer Landsleute verhindern. Aber wir hatten Glück, wir konnten allen Hindernissen ausweichen und zurückkehren. Hier hat man uns gut aufgenommen, hat uns gepflegt, hat uns das Nötigste für die erste Zeit gegeben und sogar Grund und Boden versprochen. Wir möchten Freude und Leid mit unserem Volk teilen."

Noch sind Tausende Afghanen gegen ihren Willen in der Fremde. Den reaktionären Kreisen Pakistans und des Irans paßt die Stabilisierung in dem demokratischen Nachbarland nicht. Was die revolutionären Behörden Afghanistans angeht, so orientieren sie sich, wie es in einer Erklärung des Außenministeriums der DRA heißt, neben der Schaffung der notwendigen Verhältnisse für die freiwillige Heimkehr ihrer ins Ausland verschlagenen Landsleute auf die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zu Iran und Pakistan.

Jetzt kehren trotz aller Hindernisse und Gefahren immer mehr Flüchtlinge in die DRA zurück und werden in der Heimat mit offenen Armen aufgenommen.

L. MIRONOW  
NZ-Sonderkorrespondent  
Islam-Kala-Jalalabad-Moskau

der preisgab, löste auf dem ganzen Kontinent Entrüstung aus. Selbst extrem-rechte Presseorgane sahen sich gezwungen, die US-Position zu verurteilen. Das plumpe Handeln der Reagan-Administration versetzte jene in Panik, die sie unterstützten und jahrzehntelang den Lateinamerikanern eingeredet hatten, sie müßten ihre nationalen Interessen um der gemeinsamen Interessen des Westens willen opfern, damit die USA bei einem Überfall des „äußeren Feindes“ ihre Nachbarn in der westlichen Hemisphäre verteidigen können.

Nach so vielen Jahren Suggestivarbeit nahm der Feind die Gestalt eines britischen Geschwaders an. Was taten die USA?

Vor allem war die vom argentinischen Oberkommando vorgenommene Truppenlandung auf den Malwinen keine Überraschung für das Weiße Haus. Mehr noch, das Vorgehen der US-Diplomatie kurz vor der Aktion bestärkte die argentinischen herrschenden Kreise in der Überzeugung, in der Kampagne für die „Rückführung der

Malwinen“ würde Washington sie wenn nicht direkt unterstützen, so doch wenigstens wohlwollend gewähren lassen.

Anfang März 1982 waren Thomas Enders, stellvertretender Außenminister für interamerikanische Fragen, und General John Mcenery, Vorsitzender des Interamerikanischen Verteidigungsrates, in Buenos Aires. Pressestimmen zufolge zeigten sie sich „verständnisvoll“ gegenüber der argentinischen Position im Streit mit Großbritannien und brachten ihre „Überzeugung“ zum Ausdruck, daß „die Rückführung der Malwinen an Argentinien eine beinahe unerläßliche Bedingung für die Errichtung eines Verteidigungssystems des Westens im Südatlantik“ sei.

Wenige Stunden vor der Landung des argentinischen Trupps klingelte das Telefon in Buenos Aires, und ein Anruf aus dem Weißen Haus zerstreute die Illusionen des argentinischen Präsidenten im Hinblick auf eine amerikanische Unterstützung. Es war jedoch, wie Galtieri sagte, „schon zu spät“. Dies hätte bedeutet, daß

Argentinien alle Ansprüche auf die Inseln im Südatlantik aufgeben und mit der militärischen Präsenz Großbritanniens (folglich auch seiner NATO-Partner, vor allem der USA) in einem für Argentinien lebenswichtigen Raum einverstanden sei.

Die US-Diplomaten spielten sich als Vermittler und Friedensstifter auf, um die eigene Präsenz in dem vom Konflikt betroffenen Raum zu verankern. Sie glaubten, die argentinische Militärregierung, die schon längst am Rande des Bankrotts stand, rasch „in den Griff zu bekommen“. Die britisch-argentinische Konfrontation hatte jedoch eine Wendung erfahren, auf die Washington nicht gefaßt war. Als Reagan am 8. April Außenminister Haig eine Vermittlung zwischen den Konfliktparteien auftragte, mußte er erklären, all das sei „zu weit gegangen“. Haigs Mission artete in einen unverhohlenen politischen Druck der USA auf Argentinien aus und bedeutete, daß sie Großbritannien militärische Operationen unterstützten.

W. WESSENSKI

# Schraubenschlüssel für Islamabad

Bis vor kurzem wußte man ohnehin, daß Pakistan nur noch „zwei Umdrehungen mit dem Schraubenschlüssel“ von der Atombombe trennen.

Nun stellt sich heraus, daß in Wahrheit schon die letzten Muttern angezogen sind.

Mit diesem Bekenntnis trat der pakistanische Kernphysiker Dr. Abdul Qader Khan an die Öffentlichkeit. In einem Interview, das er dem indischen Journalisten Kuldip Nayar gab (es wurde zuerst im englischen „Observer“ und danach in der indischen Presse veröffentlicht), erklärte er, daß Pakistan praktisch schon über eine Atombombe verfügt. Man müsse sie nicht unbedingt erproben, sondern könne die Kernexplosion auch im Labor simulieren.

Dr. A. Q. Khan äußert hier nicht seine Privatmeinung - er ist Leiter des streng geheimen kernphysikalischen Labors in Kahuta, unweit von Rawalpindi, und außerdem Vorsitzender der staatlichen Atomenergiekommision. Die Villa des „Vaters“ der pakistanischen Atombombe wird streng bewacht. Kein Ausländer, schon gar kein Inder, erhält dort Zutritt. Man kann also annehmen, daß die pakistanische Regierung das Interview sanktioniert und damit als eine Art Kanal benutzt hat, um der Welt ein Signal zu geben. Die politische Bedeutung dieser Botschaft wird sofort klar, wenn man weiß, an wen sie sich in erster Linie richtet.

## Adresse Nr. 1

Mit dieser Bombennachricht wollten pakistanische Politiker zuerst Indien treffen. Das Interview kam nicht zufällig Ende Januar zustande, also genau zu dem Zeitpunkt, als sich die Lage an der pakistanisch-indischen Grenze gefährlich zugespitzt hatte. Pakistan hatte dort Truppen und Kriegsmaterial zusammengezogen. Die Situation erinnerte an Ende 1971, als Islamabad zum letzten Mal Indien angriff. Man wollte wohl der Regierung Rajiv Gandhi mit dem atomaren Knüppel drohen, um sie davon abzubringen, militärische Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die angesichts der zugespitzten Lage an der Grenze getroffen wurden. Als Kuldip Nayar Mitte März in Delhi auf das Interview zu sprechen kam, berichtete er, daß Khan die Erklärung direkt als Dämpfer für Indien verstanden haben wollte.

Neben diesem taktischen Ziel verfolgte Pakistan außerdem strategische politische Absichten. Es hat den Anschein, daß Islamabad, wahrscheinlich im Einvernehmen mit Washington, Indien zu einer „symmetrischen“ Antwort provozieren will. Das scheint unlogisch - aber nur auf den ersten Blick. Wenn man die langfristigen politischen Ziele der USA und Pakistans in Betracht zieht, tritt hier eine kühl berechnete Absicht zutage. Sollte Indien nämlich ebenfalls mit atomarer Aufrüstung antworten, würde es seine Autorität unter den Nichtpaktgebundenen und das moralische Recht einbüßen, als Sprecher junger Nationalstaaten für atomare Abrüstung einzutreten. Außerdem würde der Platz, den Indien unter den „Sechs von Delhi“ einnimmt, die für die Abschaffung aller Nuklearwaffen eintreten, in Zweifel gezogen. Hinzu kommt, daß Pakistan damit einen günstigen Vorwand bekäme, weitere Militärhilfe aus den USA zu erhalten.

Die Regierung Gandhi steht damit vor einem komplizierten Problem. Man kann verstehen, daß einige indische Parlamentarier und Zeitungen fordern, auf die pakistanische Herausforderung mit einer

eigenen Bombe zu antworten. Bekanntlich wurde ja in Indien bereits 1974 eine atomare Versuchsladung gezündet. Seitdem jedoch haben führende indische Politiker immer wieder ihren Verzicht auf die militärische Nutzung der Kernenergie bekräftigt.

Als Mitte März diese Frage im indischen Parlament heiß und kontrovers diskutiert wurde, erklärte der indische Außenminister Eduardo Faloiro unmißverständlich: „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben wir nicht die Absicht, eine Bombe zu entwickeln. Wir hoffen, daß man uns nicht zwingt, diesen Standpunkt zu korrigieren“.

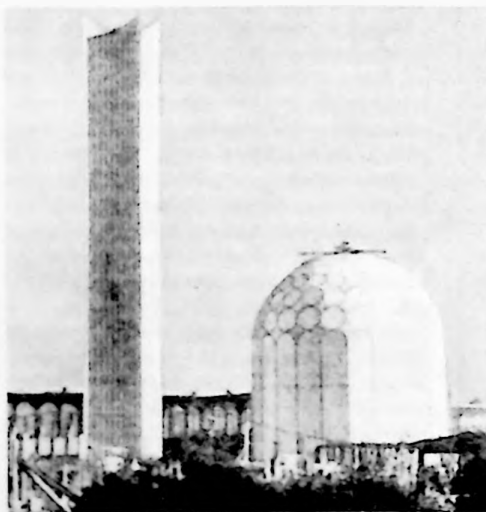
## Adresse Nr. 2

Die Botschaft aus Islamabad ist jedoch noch an eine andere Adresse gerichtet: Washington. Als Khan Flagge zeigte, begann im Kongreß die Debatte über weitere Militär- und Wirtschaftshilfe für Pakistan. Es geht um über vier Milliarden Dollar für die nächsten sechs Jahre. In der USA-Gesetzgebung gibt es jedoch die sogenannte „Symington-Klausel“, nach der eine solche Hilfe nur gewährt werden darf, wenn sich der Kongreß beim Präsidenten überzeugt hat, daß der Empfänger, in diesem Fall Pakistan, kein militärisches Atomforschungsprogramm realisiert.

Daraus zu schlußfolgern, daß das Signal aus Islamabad etwa ungelegen kam, hieße, den politischen Spürsinn der pakistanischen Regierung zu unterschätzen. Der indische Politologe und Militärexperte K. Subramanyam, Direktor des Instituts für Verteidigungsforschung und

Das Kernforschungszentrum von Kahuta. A. Q. Khan: „Vater“ der pakistanischen Atombombe

Fotos aus: „Time“ und „Newsweek“ (USA)



-analyse, ist der Meinung, daß Islamabad sich von folgender Überlegung leiten läßt: Die Reagan-Administration wird, wenn sie vor vollendeten Tatsachen steht, das Wirtschaftshilfeprogramm für dieses strategisch wichtige Land nicht dem ohnehin unrealen Ziel opfern, zu erreichen, daß es keine Kernwaffen produziert. Folgerichtig war dann auch aus der pakistanischen Botschaft in Delhi zu hören: Die Regierung Pakistans gehe davon aus, daß die US-Administration den Kongreß ein weiteres Mal dazu bringt, nicht auf Anwendung der „Symington-Klausel“ zu bestehen.

In einem Interview, das im amerikanischen Nachrichtenmagazin „Time“ vom 30. März erschien, erklärte Präsident Zia ul-Haq unumwunden: „Sie können schreiben, daß Pakistan heute in der Lage ist, die Bombe zu bauen, wann immer es will“. Dabei sei er überzeugt, daß deswegen die amerikanische Militär- und Wirtschaftshilfe nicht ausbleibe, denn die Interessen der USA seien zum gegebenen Zeitpunkt mit denen Pakistans identisch. „Ich glaube“, sagte er, „daß die USA sich von höheren nationalen Interessen leiten lassen, und dem bescheidenen Atomforschungsprogramm Pakistans weiter keine Bedeutung beimessen werden“.

Heißt das nun, daß plötzlich der Schwanz mit dem Hund wedelt? Momentan scheint das auf den Zustand der amerikanisch-pakistanischen Beziehungen zuzutreffen. Washington will schließlich alles vermeiden, was seinen Juniorpartner in Südasien verärgern könnte. Dafür gibt es gute Gründe: Zum einen brauchen die USA Pakistan als potentiellen Brückenkopf für ihre schnelle Eingreiftruppe. Außerdem sieht Washington in Pakistan einen potentiellen Hilfssheriff im Nahen Osten. Weiterhin sind die USA bemüht, Pakistan als Gegengewicht zu Indien aufzubauen, um dessen selbständiges Auftreten in der Welt mit regionalen Sorgen einzugrenzen. Last not least hüten die USA Pakistan als Aufmarschbasis für ihren nichterklärten Krieg gegen die Demokratische Republik Afghanistan.

Falls die Ziele der amerikanischen Pakistan-Politik in Widerspruch zu den Erklärungen der USA über Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen geraten sollten, wird sich, wie ein hochgestellter Mitarbeiter des indischen Außenministeriums mir gegenüber äußerte, Präsident Reagan wahrscheinlich gegen die Prinzipien der Nichtweiterverbreitung entscheiden. Um so mehr, als das letztgenannte Ziel für Washington zur Zeit das wichtigste ist. Kabuls Politik der nationalen Versöhnung führte dazu, daß das Zia-ul-Haq-Regime immer stärker unter Druck der pakistanischen Öffentlichkeit gesetzt wurde, die die Einstellung der Schützenhilfe für die afghanischen Konterrevolutionäre fordert. Gerade das versucht die pakistanische Führung auszunutzen, um

„NEUE ZEIT“ 16.87

Washington nach ihrer Pfeife tanzen zu lassen, indem sie rechtzeitig den atomaren Status des Landes bekanntgab - rechtzeitig sowohl zur Debatte im amerikanischen Kongreß als auch zur nächsten Runde der afghanisch-pakistanischen Gespräche in Genf. Die Rechnung scheint aufzugehen, denn, wie K. Subramanyam meint, fürchtet die US-Administration zur Zeit nichts so sehr, als daß Islamabad mit Kabul eine Lösung des „Afghanistan-Problems“ vereinbaren könnte.

## Doppeltes Spiel

Und doch wedelt der Schwanz nicht mit dem Hund. Washington und Islamabad verstehen sich gut. Als Antwort auf das Einverständnis Pakistans, weiterhin „strategischer Verbündeter“ der USA zu bleiben, weitet das Weiße Haus nicht nur seine Lieferungen von konventionellen Waffen aus, sondern fördert auch Islambads atomare Ambitionen.

Dabei frappt die Heuchelei der US-Regierung in der Frage der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Präsident Reagan wiederholt gern, daß dieses Prinzip einen Grundpfeiler der amerikanischen Politik darstelle. Währenddessen melden indische Zeitungen unter Berufung auf hochrangige Mitarbeiter der Washingtoner Administration etwas ande-

res: Einerseits rechtfertigen die USA ihre massive Militär- und Wirtschaftshilfe mit dem Ziel, Pakistan vom „Verzweilungsschritt“, dem Bau einer eigenen Atombombe, abzuhalten. Andererseits gibt man die strategische Bedeutung des Landes für die USA als eigentlichen Grund der Waffenlieferungen an: Washington habe angeblich keine andere Wahl, als die Hilfe fortzusetzen - auch wenn man dabei die Fortschritte Islambads bei der Entwicklung von Kernwaffen ignorieren müsse. Gleichzeitig beteuern Beamte im Weißen Haus immer wieder, daß die Lieferung von konventionellen Waffen mit dem Ziel geschehe, die Produktion der Atombombe zu verhindern...

Seinen Unmut über diese Doppelzüngigkeit brachte der indische Premier Rajiv Gandhi Mitte März vor dem Parlament zum Ausdruck: Diejenigen, die Pakistan von der Entwicklung der Atombombe abhalten könnten, täten es nicht.

Sie tun etwas anderes - überlassen Pakistan den „Schraubenschlüssel“ für die letzten Handgriffe an der Bombe. Im Eifer des Neoglobalismus übergeben sie dem Partner das atomare Handwerkszeug. Wenn Südasien in Zukunft mit der regionalen atomaren Bedrohung leben muß, trifft Washington dafür die volle Verantwortung.

L. SHEGALOW  
NZ-Korrespondent

Delhi

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der im Heft Nr. 14/87 angeführten Firmen einsenden.

Herrn/Frau/Frl. Fa Buchhdlg.

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

### Abonnementbestellung

Anzahl: \_\_\_\_\_ Titel: \_\_\_\_\_

Preis: \_\_\_\_\_

### BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre Datum \_\_\_\_\_

Bitte Entsprechendes ankreuzen

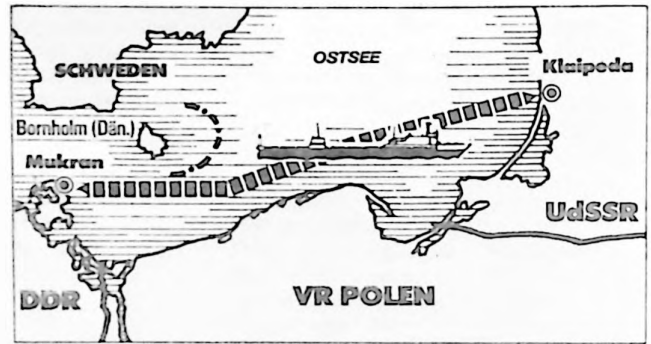
Unterschrift \_\_\_\_\_



Probleme und Perspektiven der Eisenbahnfähre  
Mukran-Klaipeda

# Die Fähre

Von unserem Sonderkorrespondenten  
Nikola SHOLKWER



Meldungen über die Eröffnung der "Ostseebücke" zwischen der UdSSR und der DDR am 2. Oktober v. J. füllten in beiden Ländern die Seiten von Zeitungen und Zeitschriften. Zu Recht, denn in kürzester Frist war ein in der Welt einmaliges Projekt verwirklicht worden. Damit die potentiellen Möglichkeiten des Fährtransports voll ausgeschöpft werden können, muß noch manch schwierige Frage geklärt werden.

## Der Damm

An der Ostküste der Insel Rügen entsteht die Fähranlegestelle. Ein schmaler Damm verbindet die Insel mit dem Festland. Über den Damm führt eine Straße und ein eingleisiger Schienenstrang. Ein zweites Gleis zu verlegen, fehlt der Platz. Dazu kommt die Klappbrücke auf halber Strecke. Zwischen vier- und fünfmal täglich kommt hier für eine gute halbe Stunde der ganze Verkehr zum Stillstand, damit Schiffe die Bucht von Stralsund anlaufen oder in die Ostsee auslaufen können. Nervenzermürende Autoschlängen und wartende Züge sind die Folge.

Wir hatten Glück. Unser Wartburg passierte die enge Brücke ohne Verzug und rollte brav über die Hügelandschaft Rügens. Vor der Einfahrt nach Saßnitz, der nördlichsten Stadt der Deutschen Demokratischen Republik, bogen wir rechts ab und bremsen auch schon bald am Kontrollpunkt, um unsere Ausweise vorzuzeigen. Wir fuhren dann auf dem 200 ha großen Baugelände weiter.

In der Hafenmeisterei war es erstaunlich ruhig. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn ein präziser Arbeitsplan und eine rationelle Auslastung aller Kollegen lassen keinen Platz für Korridorspaziergänge und leeres Gequatsche auf den Treppenabsätzen. Die Sekretärin Rudi Sickerts, des Direktors der Fähranlage Mukran, bat uns noch um etwas Geduld. Wir waren vor der vereinbarten Zeit erschienen.

Händedruck mit Rudi Sickert: "Uns steht eine Stunde zur Verfügung. Am besten fangen wir gleich an und Sie stellen Ihre Fragen."

Mir waren einige Zweifel gekommen, während wir über den Damm fuhren. Ich

brachte sie gleich zur Sprache. Gegenwärtig ist nur eine Fähre in Betrieb, 6 werden es sein, das heißt, mehrere hundert Waggons. Kann der Damm das alles verkraften?

"Völlig berechnete Frage. Der Damm ist unser Nadelöhr. Sechs Fähren, das sind pro Tag 20 Güterzüge. Die Passagierzüge kommen noch dazu. Trotzdem ergeben unsere Berechnungen, daß der Damm die Belastung aushält. Auf beiden Seiten der Brücke haben wir eine Oberholspur. Wenn wir einen genauen Fahrplan ausarbeiten, läuft alles glatt. Wir haben außerdem einen neuen Damm geplant. Nicht wegen der Fähren, sondern weil die alte Brücke vor über 50 Jahren gebaut wurde und heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht wird. Aber ich wiederhole, die Fährverbindung kann auch unter den jetzigen Bedingungen einwandfrei funktionieren."

Den Optimismus von Rudi Sickert müßte man haben. Man kann sich vorstellen, daß es nicht ganz einfach sein dürfte, den Fahrplan einzuhalten. Bei meinem DDR-Aufenthalt bin ich dreimal mit Inlandszügen gefahren, und kein einziger Zug kam pünktlich an oder fuhr fahrplanmäßig ab. Ich erlebte 15-, 20- und 40minütige Verspätungen. Wie man mir erklärte, steckt die "Reichsbahn" in ernsthaften Schwierigkeiten: Kadermangel und viele reparaturbedürftige Linien. Zurück nach Mukran.

## Der Zeitfaktor

"Was machte die 'Ostseebücke' überhaupt erforderlich? Wann entstand die Idee und warum hat man sich gerade für eine Fähre entschieden?"

"Schon in den 50er Jahren gab es erste Überlegungen zu einer Fährverbindung dieser Art. Aber die Ideen von damals wurden nicht weiter verfolgt, das ist verständlich, weil es keine dringende Notwendigkeit dafür gab. Ende der 70er Jahre kam das Projekt wieder auf den Tisch. Der Warenumsatz zwischen der DDR und der UdSSR hat sich inzwischen rasant gesteigert und ist jetzt dreimal so hoch wie in der ersten Hälfte der 70er Jahre. Der traditionelle Schienentransport

und die Seefrachtverbindungen waren bereits bis an ihre Obergrenzen ausgelastet. Ihr weiterer Ausbau wäre unrentabel gewesen, und so kam man auf die Eisenbahnfähre."

Gütertransport per Schiene ist in der Tat sechsmal teurer als über See. Wenn man auf sechs Fähren ein Frachtgut aufkommen von 5,3 Mio Tonnen pro Jahr rechnet und das mit herkömmlichen Schiffen transportieren wollte, würde das an beiden Ufern zwischen 14 und 16 neue Kais erfordern und 5000 bis 6000 Hafenarbeiter zusätzlich.

"Ein weiteres Argument spricht für Fähren, und zwar die Zeitersparnis", fährt Sickert fort. "In der Wirtschaft überhaupt und im Transportwesen besonders ist sie der entscheidende Faktor. Die Devise 'Zeit ist Geld' gilt auch für uns hier. Hier haben Sie einen Vorteil des Fährtransports, die Transportfristen können wir im Vergleich zum Güterbahnverkehr und zu normalen Frachtschiffen um etwa 20% drücken. Eine Fähre ist 48 Stunden unterwegs, das heißt jeweils 10 Stunden für eine Fahrt über 273 Seemeilen oder 506 km und vier Stunden im Hafen für den Austausch der Züge. Bei dieser Variante ist auch der Energieverbrauch geringer. Dazu kommt, daß man mit dem Zug zwei Grenzen überqueren muß, mit der Fähre eine Grenze. Man spart die Zeit für Grenz- und Zollformalitäten. Die Strecke ist kürzer. Sie sehen also, die wirtschaftlichen Argumente sind nicht von der Hand zu weisen. Die Westpresse schrieb allerdings, daß die Fähren für militärische Zwecke gebaut werden. Jedem unvoreingenommenen Menschen dürfte klar sein, daß die wichtigste Aufgabe des Fährverkehrs darin besteht, die Probleme des Transports volkswirtschaftlicher Güter zwischen unseren Ländern zu lösen. Man kann natürlich über jede Transportader auch Militärfrachten schicken. Man kann auch jedem beliebigen Objekt militärische Bedeutung verleihen, sogar einem Wohnhaus, schließlich könnte man es ja zu einer Kaserne umwandeln. Eine Fähre ist da keine Ausnahme. Ich möchte jedoch wiederholen, im vorliegenden Fall waren strategische Überlegungen nicht maßgebend."

## 1625 Tage

Genau soviel Zeit verging zwischen dem ersten Spatenstich bis zur Fertigstellung der Fähranlegestelle. Am 2. Oktober 1986 nahm eine DDR-Fähre, die "Mukran", Kurs auf Klaipeda.

Rudi Sickert weiter: "Für Mukran, ein ehemaliges Fischerdorf, als Fährhafen sprachen vier wesentliche Umstände. Mukran ist der am weitesten östlich gelegene Punkt der DDR, und damit Klaipeda am nächsten. Dann, und das ist ziemlich selten für die Ostsee, liegen wir dicht am Tiefwasser. Mukran ist ein geeignetes Bindeglied zwischen den Absendern und den Empfängern der Güter, weil nämlich unsere Industriezentren im wesentlichen in der Mitte und im Süden der Republik liegen. Es gibt nur zwei große Eisenbahnverbindungen, die nach Norden führen. Die eine geht zum Hafen Rostock, die andere nach Saßnitz. Und ihre Reserven sind noch nicht voll genutzt."

## Die Brücke

Wenige Wochen vor meiner Ankunft in Mukran war ich in Iljitschowsk am Schwarzen Meer. Hier ist der Fährhafen für Varna, Bulgarien. Dort sieht der Beladungsvorgang wie folgt aus: Die Rangierlok schiebt zwei Waggons aufs Mitteldeck. Die Fähren haben drei Decks und bringen 108 Waggons unter. Rufe werden hörbar, wie: "Stop! Zurück! Guck doch hin, du kommst mit den Balken gegen die Decke!" Die beiden Waggons rollen auf einen Lift, der sie entweder hochhievt oder auf eins der beiden anderen Decks hinunterbringt. Kleinloks auf dem Ober- und Unterdeck ziehen die Waggons vom Lift herunter auf eine Drehweiche und schieben sie dann auf ihren Platz. Der Ladevorgang zieht

sich über 10 Stunden hin. Allerdings nur, wenn alle Arbeitsmechanismen präzise wie ein Uhrwerk ablaufen. Der teure Lift, Westproduktion, ging kaputt - alles geriet ins Stocken. Oder nur das Mitteldeck wird beladen. Selbst auf mich, der ich von Schiffstechnik so gut wie nichts verstehe, wirkte der Ladevorgang in Iljitschowsk umständlich und wenig wirtschaftlich. In Mukran fand man eine grundlegend neue Lösung.

Dazu wieder Rudi Sickert: "Wir standen vor der Aufgabe, 5,3 Mio Tonnen Frachtgut pro Jahr über 506 km zu transportieren. Dafür ist ein bestimmtes Zeitlimit vorgegeben. Dann kann man sich leicht ausrechnen, wie viele Schiffe einzusetzen sind. Mit der Technologie von Iljitschowsk hätten wir noch zwei Fähren mehr gebraucht. Das wäre teuer geworden. Also muß man die Liegezeit verkürzen. In der Richtung haben wir von Anfang an gesucht. So entstand die landseitige Doppelbrücke, mit der wir beide Decks bedienen können. Jedes Manövrieren der Waggons an Deck entfällt. Lifts und Drehweichen sind überflüssig, und wir brauchen auch keine Kleinloks mehr. So haben wir die Liegezeit auf vier Stunden gedrückt."

Die Doppelbrücke ist das A und O des Fährterminals. Dieser einzigartige Mechanismus wurde schon in vielen Ländern patentiert. Die Brücke ist zwar 450 t schwer, aber ungewöhnlich leicht in der Handhabung. Fährbrückenträger und Schiffsdecks können fest und sicher miteinander verbunden werden."

"Was ist eigentlich billiger: ein Lift an Deck oder diese Doppelbrücke?"

"Das ist ziemlich kompliziert zu berechnen. Ohne die Brücke jedoch, brauchten wir, wie ich schon sagte, zwei weitere Fähren. Ich würde so sagen: Die Hafenterminals sind teurer bei uns als in Iljitschowsk oder Varna, aber wegen der kürzeren Liegezeiten macht sich die Ausrüstung in Mukran schneller bezahlt. Ist doch klar: bei uns rollt ein Waggon in nicht ganz einer Minute an oder von Bord,

in Varna und Iljitschowsk braucht er dazu 2,78 Minuten, also das Dreifache. Jetzt rechnen Sie selbst und, Sie wissen ja, das Entscheidende beim Transport ist der Zeitfaktor."

## Die Waggons

Als man in Europa mit dem Eisenbahnbau begann, wurde ein Standardmaß für die Spurweite festgelegt: 1435 Millimeter. Der Abstand zwischen den Rädern der englischen Postkutsche diente dabei als Maßstab. In Rußland wählte man eine größere Spurweite: 1520 Millimeter. Seitdem existiert das Anschlußproblem. Wer schon einmal über die sowjetischen Grenzstationen Brest oder Tschop gefahren ist, weiß, daß die Waggons dort auf andere Fahrgestelle umgesetzt werden. Bis so ein Zug umgesetzt ist, vergeht über eine Stunde. Auch beim Fährverkehr kommt man um diese Prozedur nicht herum. Für das Auswechseln der Fahrgestelle hat man in Mukran eine besondere Anlage gebaut.

Auf den Fähren selbst hat man Breitspurgleise belassen. Der Vorteil besteht darin, daß man damit die Ladekapazität pro Überfahrt um 30% erhöht. Um mit europäischen Wagen den selben Güterumschlag zu erzielen, wären drei Fähren mehr erforderlich gewesen.

Weil wir nun einmal verschiedene Spurweiten haben, läßt sich das Umsetzen der Waggons nicht vermeiden. Das ist jedoch nur halb so schlimm, denn es stellte sich heraus, daß ohnehin nur 10 von 100 Waggons, die mit der Fähre überführt werden, auf europäische Standardfahrgestelle umgesetzt werden können. Von den verbleibenden 90% muß das Frachtgut auf jeweils zwei DDR-Waggons umgeladen werden. Bei einer Spurweite von 85 Millimetern mehr sind die meisten sowjetischen Güterwagen einfach größer und passen nicht in die hiesigen Abmessungen, schlagen gegen Signalanlagen, Rampen und anderes technische Gerät.

"Wenn die UdSSR für den Fährbetrieb mehr passende Waggons einsetzt", sagt Rudi Sickert, "könnten wir davon mehr auf unsere Fahrgestelle umsetzen und damit kostbare Zeit sparen."

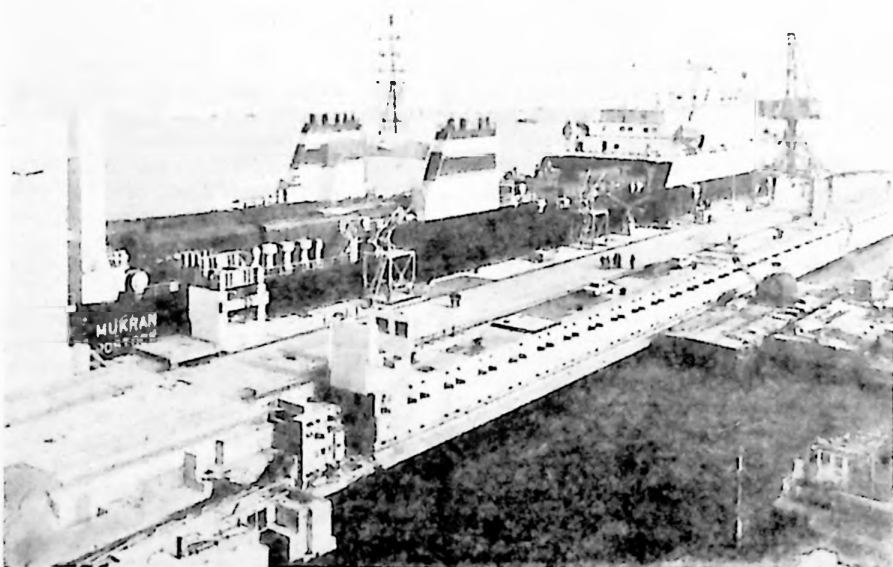
In Iljitschowsk konnte ich noch ein anderes "Waggonproblem" beobachten. Auf den Fähren sah ich ziemlich viele Leerwaggons. "Nichts zu machen", resignierte man in Iljitschowsk. Für Bauholz, das nach Varna abgeht, braucht man eben ganz bestimmte Waggons, und für bulgarische Konserven wieder andere.

"Hat auch der Ostsee-Fährbetrieb mit solchen Problemen zu tun?"

"Ja, leider. Wir haben dasselbe Problem mit der Warenstruktur. Schon Sie mal, hier zum Beispiel", Rudi Sickert zieht eine von vielen Aufstellungen aus einem Aktendeckel hervor, "wir beziehen Eisen, Aluminium und Papier, nach Klaipeda gehen aber Landmaschinen, Möbel und Kinderwagen. Einen Mähdrescher

12 Personen bedienen den Fährumschlagplatz Mukran

Foto: ADN



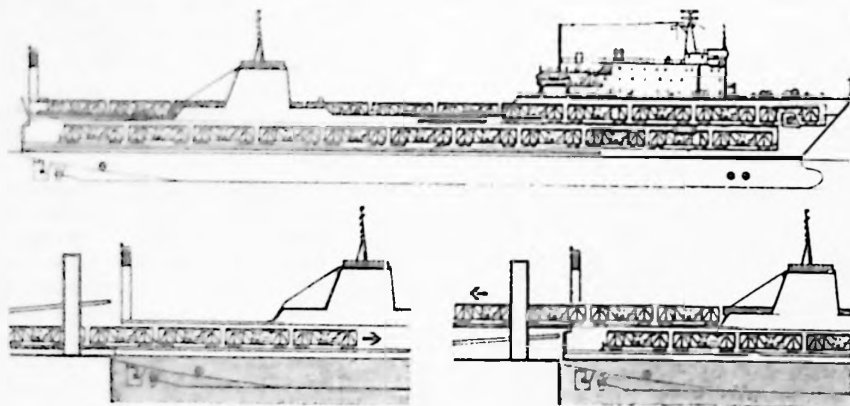
versteht man nun mal nicht so leicht in einem geschlossenen ohemaligen Erzwagon, dazu brauchen wir offene Ladeflächen. Deswegen macht der Anteil von Leerwaggons bei uns 15% aus."

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zum Fährbetrieb auf dem Schwarzen Meer. Leere Waggons werden hier nicht nur auf Grund einer bestimmten Warenstruktur übers Meer geschickt, sondern "der wunde Punkt im Fährverkehr

kürzeste Schnellverbindung nach West- und Südeuropa.

"Erwägt man in der DDR nicht die Möglichkeit, die Fähre auch als Devisenquelle zu nutzen? Könnte die Fähre nicht auch als Transportmittel für Frachtgut in westeuropäische Länder dienen?"

"Ja, durchaus. Wir werden unsere Dienste zum geeigneten Zeitpunkt anderen europäischen Ländern anbieten", antwortet Rudi Sickert.



Die "Mukran" staut 103 Standardbreitspurwaggons, 54 auf dem Ober- und 49 auf dem Unterdeck. 12 000 t Wasserverdrängung, Länge 190,5 m; Breite 28 m. 46 Personen Besatzung. Maximale Geschwindigkeit 17 Knoten. Be- und Entladung erfolgt mit einer Doppelbrücke, die fest mit Ober- und Unterdeck verbunden wird.

Schema aus "Neues Deutschland", DDR

ist", wie Ende Januar der bulgarische "Rabotnitschesko delo" schrieb, "die mangelnde Koordination zwischen Fähre und Bahn, beziehungsweise ihren Leitungen." Das reißt den Arbeitsrhythmus im Fährtransport auseinander. Es ist nämlich mit keiner Warenstruktur zu erklären, daß z. B. am 8. Januar das Fährschiff "Geroi Odessa" mit 50 leeren Waggons vom Kai Varna-West ablegt. Das ist kein Einzelfall. Die Zeitung nannte den Grund für das Durcheinander: Die Firmen und Betriebe liefern ihre Produkte unregelmäßig an.

Das Sekretariat des ZK der BKP hat die Probleme beim Fährverkehr Varna - Hirtshovsk geprüft und diverse Ministerien und Ämter in Bulgarien beauftragt, sich gemeinsam mit der sowjetischen Seite um eine qualitative Verbesserung der Zusammenarbeit zu kümmern.

## Aussichten

Bisher entspricht die "Ostseebrücke" den Interessen der beiden Länder, die sie gebaut haben. Empfänger und Absender der Güter sind Betriebe und Organisationen in der DDR und der UdSSR. Es lassen sich jedoch durchaus noch andere Varianten danken, wenn man berücksichtigt, daß neben dem ersten Fährterminal ein zweites entsteht und damit neue Möglichkeiten einer umfassenderen Nutzung.

Darüber hinaus verlaufen verschiedene Transitwege durch die DDR. Etwa die Fährverbindung Salnitz - Trelleborg, Schweden. Die skandinavischen Länder machen regen Gebrauch davon, denn es ist die

Direktor Sickert erwähnte die Absicht, eine analoge Fährverbindung zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland zu bauen. Eine Idee mit Perspektive, denn ihre Geschäftsbeziehungen und die der BRD mit Japan sind schon recht weit entwickelt. BRD-Firmen sind an zuverlässigen Transportwegen nach Ostasien interessiert. Per Eisenbahn durch Sibirien und mit der Fähre über die Ostsee würden Güter in der BRD bedeutend schneller ankommen, als über See um die halbe Welt. Es gibt schon seit längerem Gespräche über diese Fähre. Nach Meinung von Rudi Sickert schließt man in der BRD die Möglichkeit nicht aus, daß zu diesem Zweck die bereits vorhandene Fähre Mukran - Klaipeda genutzt werden könnte, anstatt eine zusätzliche Fährlinie einzurichten.

"Wenn es zu einer entsprechenden Vereinbarung kommen sollte, werden sie dann über die eingeplanten 5,3 Mio Tonnen jährlich hinaus auch für die BRD Frachten befördern?"

"Prinzipiell schon. Wir könnten dafür einen bestimmten Anteil 'unserer' 5,3 Mio Tonnen, sagen wir 500 000 t, abzwängen."

Rudi Sickert schaut auf die Uhr. "Hoffentlich konnte ich Ihre Neugier wenigstens teilweise befriedigen."

"Voll und ganz", sagte ich. Ich hatte den Wink meines interessanten Gesprächspartners verstanden.

Mukran-Berlin-Moskau

Pieter Botha, Präsident der Republik Südafrika, hat für den 6. Mai Parlamentswahlen angekündigt. Nur die Weißen werden daran teilnehmen. Botha rechnet auf ein Mandat zur Fortführung seiner Politik der Scheinreformen. Die Gegner der Apartheid werden sogar noch schwereren Repressalien als bisher ausgesetzt sein. Zugleich wird der "weiße Patriotismus" aufgepeitscht und werden die 4,5 Millionen Weißen für einen "fast unausbleiblichen" Krieg ums Überleben vorbereitet.

## Die schweigende Mehrheit

Die Hauptsorge der Afrikaner (Nachkommen der gegen Mitte des 17. Jahrhunderts eingewanderten Holländer und Franzosen) war zu allen Zeiten ihr Überleben.

Martin Luther King sagte einmal: "In dieser Generation werden wir nicht so sehr die Todsünden böser Menschen wie das verwerfliche Schweigen guter Menschen zu beklagen haben." Die Orientierung aufs Überleben hat in der weißen Gemeinde zum Entstehen einer konformistischen Majorität beigetragen, die die Entwicklung der Dinge schweigend, wenn auch besorgt, mitansieht. Diese passive Bevölkerungsschicht genießt die Früchte der Apartheid, die die Unterdrückung der schwarzen Südafrikaner zum Gesetz erhoben hat. Für die Stimme ihres Gewissens ist sie schon lange taub. Sie hofft, die Regierung werde einen Ausweg finden und sie selbst würde ihre Vorrechte behalten können. Jedenfalls redet sie sich ein, daß sie von den Behörden nichts Böses zu gewärtigen habe. Diese Leute stimmen immer für die Regierungspolitik und unterlassen alles, was auch nur den leisesten Schatten auf ihre Loyalität werfen könnte. Mehr als alle anderen fürchten sie die internationalen Wirtschaftssanktionen, die sich, wie sie sehr wohl wissen, unweigerlich auf ihre Einkünfte und ihren Lebensstandard auswirken würden. Selbst in den schlimmsten Zeiten, wenn die ganze Welt über die Grausamkeit Pretorias den Schwarzen gegenüber empört war, schlürften diese Leute seelenruhig ihren Whisky oder jubelten im Stadion ihrer Lieblingsmannschaft zu. Sie schalteten ihre Fernseher nur bei Kurzmeldungen über neuerliche Unruhen ab.

Eine solche Schicht konnte sich infolge jahrzehntelanger "Selektionsarbeit" der rassistischen Ideologen bilden. Das Schulwesen für die Weißen zielt darauf ab, die angehenden Verfechter der Apartheid zum Glauben an ihre Überlegenheit über andere Rassen und Völker und zum Haß gegen "beliebige Erscheinungen des Kommunismus" zu erziehen. Die Weißen, besonders die Afrikaner, müssen politisch "kerngesund" sein, um jede



# Besinnt sich der weiße Mann?

Boris ASSOJAN

Maßnahme der Regierung ohne Zaudern zu unterstützen. Der Afrikaner fühlte sich immer als Teil eines Ganzen, das sein Wohlergehen sicherte. Die blutige Kehrseite der Macht, mit der er sich identifiziert, wollte, ja konnte er nicht sehen.

Man zwang dem Afrikaner den Glauben auf, daß es in der RSA gerecht zugeht, und er glaubte es. Ebenso, daß dort Frieden und Harmonie herrsche und daß die Schwarzen mit ihrem Schicksal zufrieden seien, da es ihnen viel besser als ihren Brüdern in den afrikanischen Nachbarländern gehe. Einer, dem ich in Simbabwe begegnete, sagte hitzig: "Kommen Sie und sehen Sie selbst, daß alles Schlechte, was man der RSA nachsagt, nichts als Propaganda ist!"

Die im Süden Afrikas schnell wechselnde Situation hat dazu geführt, daß der Weiße zeitweise zwischen zwei Stühlen sitzt. Die alten Idole sind zerstört, die neuen drohen ein Chaos und noch größere Zerstörungen an. Ein Bruchteil der weißen Gemeinde, vor allem die Jugend und die Intelligenz, hat sich aus den Fangarmen der offiziellen Propaganda lösen können und sich davon überzeugt, daß es aus der Sackgasse, in die die RSA von der Apartheid hineinmanövriert worden ist, nur einen Ausweg gibt: den Sturz des ungerechten Regimes. Die voll zutage getretene Sittenwidrigkeit des rassistischen Systems peinigt ihr Gewissen und das jener Weißen, die erst dabei sind, ihr auf dieser Sittenwidrigkeit beruhendes Wohlergehen in die Waagschale zu werfen — und gerade das ist ein Hoffnungsschimmer für das Land. Was noch vor 20 Jahren von ewigem Bestand zu sein schien, hat sich plötzlich als verrotten erwiesen. Es hat sich herausgestellt, daß nicht nur das System, sondern auch das ganze Leben seiner Erbauer in seiner jetzigen Form der Vergangenheit angehört. Die Ordnung, an deren Gerechtigkeit sie glaubten, ist nur noch ein Gewirr schwerster, fast schon im Mittelalter entstandener Anomalien.

Dostojewski schrieb in seinem Tagebuch: "Es heißt, daß nur das fest steht, was auf Blut gebaut ist. Man darf aber nicht vergessen, daß es nur für diejenigen fest steht, die das Blut vergessen haben. Das ist das oberste Blutgesetz auf Erden."

Mit dem Blut, das heutzutage in den RSA-Gettos der Schwarzen und bei den Überfällen der RSA auf Simbabwe, Angola und Mocambique vergossen wird, will

man die Weißen zusammenschweißen und in Angst vor der Vergeltung halten.

## Panik

Jahrelang haben die Ideologen der Apartheid die Weißen an die Denkweise Belagerter gewöhnt, und die Weißen haben sie angenommen, bloß nicht mit dem Nutzen für das System, den man sich davon versprochen hatte. Der ständige Gedanke an unausbleibliche Zusammenstöße mit der schwarzen Mehrheit, die, wie die rassistische Propaganda immer wieder behauptet, "mit Unterstützung des Weltkommunismus" vorgehe, mußte sich zerrüttend auf die Mentalität der Weißen auswirken. Die meisten Weißen in der RSA sehen der Zukunft pessimistisch entgegen. Zwar versichern sie noch immer anderen und sich selbst, daß der Weiße unüberwindlich und anderen Menschen haushoch überlegen sei, aber immer öfter werden sie von Zweifeln gepackt. Auch wenn sie schweigen, sind sie nicht von der verzehrenden Angst verschont, die sich weder im Whisky ertränken noch mit dröhnender Musik zum Schweigen bringen läßt.

Man sagt, was einer befürchtet, das trifft ein. Die Schrecken, die dem Afrikaner in allen Winkeln seines Hauses zu lauern scheinen, haben greifbare Gestalt. Die Proteste werden immer vehementer und rücken seiner Schwelle immer näher. Der Feind ist überall. In Warenhäusern können Bomben explodieren, auf dem Lande kann man auf einer Mine hochgehen. Alle Türen und Fenstergitter müssen Tag und Nacht verschlossen bleiben. Ein im Juli 1986 veröffentlichtes Forschungsergebnis besagt, daß jede zweite weiße Familie Waffen besitzt und daß deren Menge bei den Afrikanern viel größer als bei den anderen ist.

Der Wurm des Zweifels und die Angst vor "Verrat" nagt sogar an eingefleischten Afrikanern, denen natürlich nicht entgegen kann, daß das System des zum Gesetz erhobenen Rassismus in der Welt von heute unhaltbar ist und daß man kaum imstande sein wird, es zu behaupten. Die Flammen der Kerzen, die die Mütter der von der Polizei ermordeten Afrikaner in den Kirchen aufstellen, sind ein Zornesfahnen des Volkes, das der Sklaverei müde ist. Selbst das "Fundament" der Apartheid ist ins Wanken geraten.

Die weiße Bevölkerung erkennt immer deutlicher, daß die Apartheid überholt ist, und fragt sich, was sie machen soll. Flüchten? Dem Beispiel derer folgen, die ihre Habe schon verkauft und die Ungevißheit in Australien, Argentinien, Kanada oder — so paradox das auch ist — in Simbabwe gewählt haben? Oder aber bis ans Ende durchhalten? Dann müßte sie sich aber auf einen Krieg vorbereiten oder sich mit den Afrikanern einigen. Beides fürchtet sie.

Die meisten Flüchtlinge sind englischsprachige Weiße. Die Afrikaner lachen verächtlich, wenn sie Annoncen über Rechtsbeistand für Auswanderer lesen. Sie denken dabei an die Kränkungen seitens der Briten. Alte Witze werden aufgewärmt, etwa dieser: "Lieber Gott, ich danke dir für das schöne Land, in dem die Schwarzen für mich arbeiten und die Afrikaner mich schützen!" Es gibt auch neue wie diesen: "Worin besteht der Unterschied zwischen einem Auswanderer und einem Flüchtling? In der Zeit, die er sich für die Flucht aussucht." Oder: "Wer ist ein Patriot? Einer, der sein Haus nicht loswerden kann."

Die Reaktionäre behaupten, daß ihnen die Auswanderung einiger tausend Briten nichts ausmache. Sie sagen: "Das sind lauter Feiglinge. Die Afrikaner bleiben. Wir wußten schon vor 300 Jahren, daß uns ein Kampf bevorsteht. Jetzt ist es soweit." Aber auch mit so pathetischen Sentenzen kann man sich nichts vormachen. Es finden sich immer weniger Afrikaner, die für die Apartheid zu sterben bereit sind. Bei einer Meinungsumfrage im Dezember 1985 antworteten 3 Prozent der Afrikaner (etwa 100 000), daß sie in fünf Jahren nicht mehr da sein werden.

Die Flucht der Weißen ist nicht nur psychologisch ein Schlag gegen die Apartheid. Durch ihre Flucht wird die Wirtschaft schwer geschädigt. Die Flüchtlinge sind Ärzte, Ingenieure, Lehrkräfte und Manager. Noch sind es nicht viele, aber ihre Zahl weist eine steigende Tendenz auf. 1986 wanderten im Monatsdurchschnitt über 1000 Personen — um 33 Prozent mehr als 1985 — aus. Dagegen nimmt die Einwanderung ab, denn die RSA gilt nicht mehr als Land hoher Einkünfte bei geringen Aufwendungen.

Pretoria macht sich aber viel mehr Sorgen über die unter den Weißen gärenden Proteste gegen die Regierungspolitik. Seit zwei Jahren haben sie wie nie zuvor zugenommen. Von den 8000 Verhafteten und den 5000 aktiven Teilnehmern der Bewegung gegen die Apartheid, die nach der am 12. Juni 1986 erfolgten Vorhängung des Ausnahmezustandes in die Illegalität gingen, waren etwa 5 Prozent Weiße, auch Afrikaner. Tausende junge Männer haben den Militärdienst verweigert. Und

noch ein Charakteristikum der jetzigen Situation: Manche Weißen gewähren polizeilich verfolgten Afrikanern Zuflucht, und weiße Ärzte behandeln heimlich bei Schießereien verwundete Schwarze.

Rund 8000 Mitglieder zählen die Organisationen der Weißen, die legal gegen die Apartheid auftreten: die Schwarzen Schais, die Kampagne gegen die Wehrpflicht, die Koalition für das Recht zu wissen, die Frauen für Frieden u. a. Bei aller Uneinheitlichkeit ihrer politischen und sozialen Zusammensetzung widerspiegeln sie die immer tiefere Kluft zwischen den weißen Oberen und den weißen Unteren, das zunehmende Widerstreben, sich an die Dogmen der Nationalpartei zu halten.

Die Behörden haben übrigens gleich deutlich, daß die weiße Hautfarbe keinen Schutz bietet, wenn es um die Rettung des Systems geht. Razzien in weißen Stadtvierteln sind keine Sensationen mehr.

Was Wunder, daß viele Werke von Schriftstellern der RSA von Ablehnung, Protest, Enttäuschung und Zweifeln zeugen. Die Helden dieser Werke verlieren ihren Lebenszweck oder haben ihn schon verloren, sie sind auf der Leidensbahn der RSA irregegangen. Dem Helden des Romans "In Erwartung der Barbaren" von J. M. Coetzee fällt es wie Schuppen von den Augen. Er kommt zu dem Schluß, daß die Henker und die sogenannten Liberalen auf derselben Seite der Barrikade stehen. Auf die Frage nach der Ursache des Übels, das über Südafrika hereingebrochen ist und sogar seine Luft mit Blut schwängert, nennt Coetzee das ungerechte und verrottete System. Er schreibt: "Ein einziger Gedanke beherrscht das benebelte Gehirn des Reiches: wie es sein Ende verhindern und seine Existenz verlängern könnte. Tagsüber verfolgt es seine Feinde. Nachts windet es sich im Alptraum einer Katastrophe, sieht Städte untergehen, Mißhandlungen, Berge menschlicher Gebeine, verheerte Lande."

Der Rassismus in der RSA steht jetzt im Scheinwerferlicht des weltweiten Hasses, und in diesem Licht verblaßt die Propaganda und welkt der "weiße Patriotismus". Das Apartheidssystem steht vor der Welt in seiner abscheulichen Nacktheit da. Die Wut der Rassisten bedroht die weißen wie die schwarzen Afrikaner mit noch größeren Qualen und Gemetzeln. Die Gestalten in Büchern von Nadine Gordimer, Andre Brink und Athol Fugard urteilen ähnlich wie diejenigen Coetzees. Sie sehen die Zeit kommen, wo die Apartheid fällt oder gegen den Willen derer abgeschafft wird, die glauben, sie sei durch die Bibel oder die geschichtlichen Erfahrungen gerechtfertigt. Sie werden nicht allein von dem Bewußtsein der Verantwortung vor den kommenden Generationen geplagt. Sie wissen, daß die Zeit naht, wo das "Nichtgewußthaben" wie im Falle Hitlerdeutschlands kein mildernder Umstand sein wird.

# Die Roosevelt-Ära ging zu Ende

Viktor MALKOW

Über die in geschichtlichen Schriften fälschlich als Berner Zwischenfall bezeichnete Zuspitzung in den Beziehungen der USA und Großbritanniens zu ihrem sowjetischen Verbündeten von Ende März, Anfang April 1945 besteht noch heute keine volle Klarheit. Fälschlich wird sie aus mehreren Gründen genannt. In Wirklichkeit trug sich das Ganze nicht in Bern, sondern in anderen Städten der Schweiz zu und war viel ernster als ein bloßer Zwischenfall.

## Der „Berner Zwischenfall“

Es handelte sich hierbei um Geheimverhandlungen von Vertretern der USA und Großbritanniens mit SS-General Karl Wolff (Unternehmen "Crossword"). Sie wurden nicht seit März 1945 geführt, wie die westlichen Alliierten der Sowjetregierung fälschlich mitteilten, sondern bedeutend früher. Ihnen waren langwierige Geheimkontakte von Agenten des amerikanischen und des britischen Geheimdienstes mit Vertretern der Naziabwehr sowie mit dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) und der SS vorausgegangen. Wie ein Historiker des US-Geheimdienstes bezeugt, ging es dabei um "die Rettung der westlichen Zivilisation" durch Öffnung der Front vor den angreifenden britischen und amerikanischen Truppen und um einen Waffenstillstand mit den Alliierten "ohne die Sowjets". Die Kontakte wurden schon im Dezember 1944 angeknüpft, und am 26. Februar 1945 meldete es Donovan, Leiter des Amtes für Strategische Dienste, in einer Denkschrift dem Oberkommando der US Army. General Marshall und Admiral Leahy wußten von den Kontakten.

Und Roosevelt? Mit fast 100prozentiger Sicherheit muß man das bejahen. Ohne seine Bewilligung hätte General Donovan am 27. Februar nicht aus Washington verschwinden und plötzlich auf dem

europäischen Kriegsschauplatz auftauchen können. Ein willkürliches Vorgehen hätte er schon deshalb nicht gewagt, weil eine Reorganisierung der Geheimdienste bevorstand und seine persönliche Karriere ganz von Roosevelts Wohlwollen abhing.

Schon Anfang März machte sich das Unternehmen Crossword durch eine intensive diplomatische und amtliche Korrespondenz bemerkbar. Mit der Zeit nahm sie immer mehr eine Nuance an, die bei der Sowjetregierung mit Recht den Verdacht erregte, daß die reaktionären Kräfte im Westen erneut versuchten, sich mit den Nazis zu einigen und die Koalition der antifaschistischen Mächte zu torpedieren.

Merkwürdigerweise sind die Kontakte mit General Wolff in den Tagebüchern von Personen aus Roosevelts nächster Umgebung — Leahy, Hassett und Tully — mit keinem Wort erwähnt. Es fragt sich, ob der Präsident rechtzeitig vom Erscheinen SS-General Wolffs und von dessen Geheimverhandlungen mit Dulles informiert wurde. Die Bedingungen für die Kapitulation der Wehrmacht in Italien waren ja schon früher wiederholt von Vertretern des britischen und amerikanischen Oberkommandos mit Sonderbeauftragten der Nazis erörtert worden. In diesem Falle mußten alle Meldungen, die Verhandlungen betrafen, dem Präsidenten über Kommunikationen des Kriegsministeriums, der Vereinigten Stabschefs und Admiral Leahys Apparat zugehen.

Die Sowjetregierung reagierte anfangs ganz ruhig auf die Information über die Kontakte in Bern (vielmehr in Lugano, Zürich und Ascona), die am 12. März aus Washington und London eingelaufen waren. Sie nahm sie zur Kenntnis und stellte nur die folgerichtige Bedingung, daß Vertreter der UdSSR an der Debatte über die Kapitulation der Wehrmacht in Norditalien teilnehmen müßten. Die Bedingung erschien selbst Churchill logisch. Natürlich, wenn es sich nur um die Kapitulation gehandelt hätte...

Plötzlich kam es zu einer (auf den ersten Blick) unbegreiflichen Eskalation des Konflikts. In Moskau trafen aus Wa-

Anfang s. Nr. 15

"NEUE ZEIT" 16.87

shington und London völlig unplausible Erläuterungen ein, und der sowjetische Vorschlag wurde sofort abgelehnt. Harriman als US-Botschafter in der UdSSR und Deane als Oberhaupt der Militärmission in Moskau drückten auf Roosevelt. Deane behauptete, im Endstadium des Krieges sei die militärische Zusammenarbeit mit der UdSSR für die USA nicht mehr lebenswichtig. Leahy und Marshall schlugen vor, man solle erklären, daß es bei den Verhandlungen um rein militärische und nicht politische Probleme gehe, weshalb eine Vereinbarung mit Moskau unnötig sei.

Roosevelt mögen diese Argumente im Augenblick überzeugend geklungen haben, obwohl in den Ausführungen der Verfechter einer "harten Linie" eine Fälschung steckte, die dem Präsidenten nicht entgangen sein konnte. Er war aber schon lange davon überzeugt, daß es in der Politik nicht ohne die Fähigkeit gehe, eine Unkenntnis des Partners auszunutzen. So paradox es ist, richtete Roosevelt am selben Tag, am 24. März, neben dem Brief an Earle, in dem er die von diesem geplante antisowjetische Aktion Verrat nannte, ein Schreiben an Stalin im Zusammenhang mit dem Protest der Sowjetregierung gegen die Verhandlungen mit den Nazis in der Schweiz. Dieses Schreiben war so abgefaßt, daß es das Antisowjetische der Aktion bemäntelte. Darin wurde versucht, die "Kontakte" herunterzuspielen und zu rechtfertigen.

## Konflikt eskaliert

Nach einigen Tagen legte sich die Spannung. Aber vor Roosevelts Abreise

nach Warm Springs traf ein neues Schreiben von Stalin ein, und die Sache nahm plötzlich eine noch unangenehmere Wendung. Stalin wies Roosevelts Hauptargument zurück, die "Berner" Verhandlungen seien nur eine vorläufige und zu nichts verpflichtende "Nachprüfung" der Nachricht, daß eine Kapitulation der Wehrmacht möglich sei. Stalin hatte die Sache auf die politische Ebene versetzt, bei ihm standen nicht Details im Vordergrund, sondern grundsätzliche Momente wie der Grad des Vertrauens der Alliierten zueinander, die Unverletzlichkeit ihrer Verpflichtungen im Falle eventueller Versuche der Nazis, die Koalition zu sprengen, und schließlich der Grad der Geheimhaltung in Angelegenheiten, die die Sicherheit eines jeden der Alliierten betreffen. Das mußte separat überlegt und die zu unternehmenden Schritte mußten sorgfältig erwogen werden. Die Zeit drängte immer mehr.

Am 29. März verbrachte Roosevelt den halben Tag im Weißen Haus mit intensiven Aussprachen mit Beamten des Außenministeriums und mit den Führern der demokratischen und der republikanischen Kongreßfraktion sowie mit dem britischen Botschafter. Die Hauptthemen waren der Stand der Beziehungen zwischen den Alliierten und Fragen, die die Vertretung in der UNO betrafen. Roosevelts Arbeitszeit war sehr gedrängt, und in den kurzen Pausen stellte sich im Zusammenhang mit den immer noch fortdauernden Verhandlungen mit Abgesandten der Nazis jedes Mal eine schlimme Vorahnung ein.

Abends fuhr Roosevelt nach Warm Springs. Nach seiner Abreise bekam er

den von Admiral Leahy (gemeinsam mit General Marshall) abgefaßten und am 31. März fertiggestellten Entwurf der Antwort auf Stalins Schreiben vom 29. März. Der Entwurf enthielt die früheren Gegenargumente. Neu darin war der Vorwurf an die UdSSR, sie sei für "irrig" Informationen zu leichtgläubig, und die durchsichtige Andeutung, daß diese Informationen von Himmlers Agenten stammen könnten, die "Argwohn und Mißtrauen bei den Alliierten wecken" wollten. In dem Entwurf wurden die Berner Kapitulationsverhandlungen geleugnet. Das war unvorsichtig. In Moskau wußte man von den Separatverhandlungen in der Schweiz mehr, als Washington ahnte.

Die Antwort Moskaus ließ nicht auf sich warten. Ihr schroffer Ton war ohne weiteres erklärlich: Die geleugneten Verhandlungen gingen weiter. In einem Schreiben vom 3. April schonte Stalin Roosevelt nicht. Er schrieb:

"Sie behaupten, daß noch keinerlei Verhandlungen stattgefunden hätten. Vermutlich hat man Sie unvollständig informiert... Ich begreife auch das Schweigen der Briten nicht, die es Ihnen überlassen haben, mit mir über die unangenehme Frage zu korrespondieren, selbst aber weiter schweigen, obwohl doch bekannt ist, daß die Initiative zu der Geschichte mit den Berner Verhandlungen von den Briten ausgegangen ist."

Die Polemik flammte erneut auf. Leahy und Marshall faßten jeder für sich einen neuen Briefentwurf ab. Marshalls Entwurf wimmelte von Beschimpfungen und Anschuldigungen gegen die UdSSR. Leahy, der von dem Brief Earles wußte, bemühte sich um eine Milderung des Marshall-Entwurfs, der in Sinn und Wortlaut unhaltbar war. Roosevelt fand den ihm vorgelegten Text ausgewogen: Er drückte sowohl Mißbilligung der "falschen Auslegung" seines Vorgehens oder "desjenigen der mir untergebenen Vertrauenspersonen" als auch die Versicherung seiner (Roosevelts) "persönlichen Verlässlichkeit und Entschlossenheit" aus, "gemeinsam mit Ihnen die bedingungslose Kapitulation der Nazis herbeizuführen".

Ein Schlußsatz des Schreibens vom 4. April zeugt von der Besorgnis, der Konflikt zwischen den Alliierten könne mit ihrem Bruch enden. Da heißt es:

"Schließlich möchte ich noch sagen, daß solcher Argwohn, solches Mißtrauen im Angesicht des nahen Sieges nach den kolossalen Opfern an Menschen und Material der Sache schaden würde, daß es die größte Tragödie der Geschichte wäre."

Die "Flucht" nach Warm Springs benutzte man zum Entwirren des verzwickten Knotens, der sich durch die geheimen Machenschaften des amerika-

Roosevelt und Churchill





nischen und des britischen Geheimdienstes gebildet hatte. Die Intrigen gegen die UdSSR waren nicht zu verkennen: Man wollte möglichst mühelos, unter Ausnutzung der Bereitschaft der verzweifelten Nazis, die Westfront öffnen, weit nach Osten vorstoßen und ganz Mitteleuropa unter Kontrolle nehmen.

Die Mitteilungen aus Moskau von Ende März, daß Molotow nicht zur Eröffnung der Konferenz in San Francisco erscheinen könne, dürften Roosevelt nicht überrascht haben. Die sowjetische Führung hatte niemals ein Hehl daraus gemacht, daß Verstöße gegen die Alliiertenpflicht nicht auf die leichte Schulter genommen werden dürfen. Kurz, die Erfahrungen mit der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit legten Roosevelt die geduldige Suche nach einer für beide Teile annehmbaren Behebung der Krisensituation nahe.

## Eine Wende!

Am 5. April 1945 kündigte die UdSSR den sowjetisch-japanischen Neutralitätsvertrag vom 13. April 1941. In den USA brauchte man niemandem zu erklären, was das bedeutete. Im Gespräch mit seinem Privatsekretär Hassett und mit Dr. Bruenn sagte Roosevelt, das sei "ein mutiger Schritt Stalins". Auf seiner kürzesten, 990. Pressekonferenz für einige wenige beim "kleinen Weißen Haus" akkreditierte Reporter ließ Roosevelt nochmals seine unverändert hohe Meinung von den Jaltaer Vereinbarungen durchblicken.

Am 6. April erhielt er von Botschafter Winant ein Telegramm aus London. Von seinen guten Erfahrungen mit sowjetischen Vertretern in der Europäischen Konsultativkommission ausgehend, schrieb Winant, die sowjetischen Diplomaten seien zu Kompromissen bereit. Ein anderntags eingegangenes Schreiben Stalins ließ überzeugend erkennen, daß man in Moskau von einer Übertreibung des Konflikts nichts hielt, da ja alle Hauptprinzipien für die gemeinsame Kriegführung gegen den gemeinsamen Feind bestätigt und bezeugt waren.

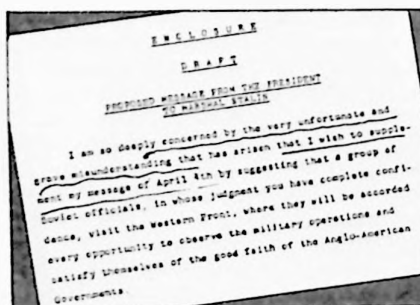
Noch ein Dokument war Roosevelt höchstwahrscheinlich bekannt. Am 5. April erhielt Leahy den Geheimbericht einer Gruppe kompetenter Militäranalysten, betitelt: "Über das Einvernehmen mit den Sowjets". Der Schwerpunkt lautete folgendermaßen:

"Die Aufrechterhaltung des Einvernehmens der Alliierten bei der Kriegführung muß das wichtigste und vornehmste Ziel unserer militärpolitischen Strategie Rußland gegenüber sein."

Der ganze Bericht einschließlich der Empfehlungen und der beigelegte Entwurf zu Roosevelts Schreiben an Stalin war

auf die Behebung der Folgen der durch den "Berliner Zwischenfall" ausgelösten Krise zwischen den Alliierten ausgerichtet. In dem Bericht hieß es ohne alle Umschweife, die Verhandlungen in der Schweiz hätten "ein derart schweres Mißverständnis verursacht, daß man keine Mühe scheuen darf, es möglichst bald zu zerstreuen". Ganz anders als in Roosevelts jüngsten Schreiben an Stalin war im Bericht von der Gefahr für das militärische Zusammenwirken der westlichen Alliierten und der UdSSR die Rede.

Die neuen Empfehlungen der Experten bestanden aus zwei Punkten. Punkt



Roosevelts Schreiben an Stalin, das nicht abging

1 war der Vorschlag, zusätzlich zum Telegramm vom 4. April zwecks Wiederherstellung des Vertrauens ein Sonderschreiben des Präsidenten mit der Aufforderung nach Moskau zu schicken, sowjetische Militärvertreter an die Westfront zu senden. In Punkt 2 wurde vorgeschlagen, von General Deane zu verlangen, er solle im Sinne der "harten" Politik der UdSSR gegenüber keinerlei übereilte Schritte unternehmen. Der dem Bericht beigelegte Entwurf zu Roosevelts Schreiben an Stalin umfaßte nur ein paar Zeilen:

"Ich bin über das bedauerliche Mißverständnis zwischen uns derart besorgt, daß ich meinem Schreiben vom 4. April den Vorschlag hinzufügen möchte, eine Gruppe sowjetischer Vertreter, die Ihr volles Vertrauen besitzen, an die Westfront zu entsenden, wo ihnen jede Möglichkeit geboten sein wird, die Kampfhandlungen zu beobachten und sich von den besten Absichten der Regierungen Großbritanniens und der USA zu überzeugen."

Ein hochinteressantes, früher unbekanntes Dokument! Der Entwurf wurde zwar nicht mitgeschickt, er zeigt aber, wie man ungefähr dachte. Man mußte entscheiden, wie die Antwort an Stalin lauten sollte. Man war sich nicht gleich

darüber schlüssig. Nur eins war klar: Das Schreiben mußte den Schlußstrich unter den Konflikt ziehen. Man kam auf die Idee, mit Dankesworten für die "Offenheit" der Darlegung des sowjetischen Standpunkts zu beginnen und danach, wie es Marshall und Deane vorschlugen, das amerikanische "Beanstandungspaket" gegen die UdSSR in Erinnerung zu bringen. Der Abschluß des Entwurfs war aber sehr bestimmt:

"Wir stehen jetzt vor der wichtigsten Aufgabe, unsere Bemühungen zu vereinen, um den Gegner endgültig zu schlagen. Tun wir das auf vernünftiger Grundlage, als gute Verbündete, im Sinne der Verständigung! Ich bin überzeugt, daß Sie mit mir einverstanden sind, wenn ich sage, daß gerade darin die Hoffnung auf eine bessere Welt begründet ist."

Später fiel die Idee von einem "langen" Schreiben fort. Es blieben nur die skizzenhaften Entwürfe. Am 7. April diktierte Roosevelt ein von ihm selbst aufgesetztes Schreiben an Churchill:

"Ich möchte das von den Russen aufgeworfene Problem möglichst mildern, denn solche Probleme entstehen in der einen oder anderen Form täglich, und die meisten werden gelöst — siehe das Problem des Treffens in Bern. Wir müssen aber fest bleiben. Bisher haben wir uns richtig verhalten."

Nach dem Diktat blätterte Roosevelt im Abreißkalender und sagte zur Stenografistin: "Schicken Sie den Brief nicht heute, sondern erst am Donnerstag nächster Woche, am 12., ab."

## Roosevelts Vermächtnis

Wahrscheinlich wollte Roosevelt die Geschehnisse nochmals ins Auge fassen und den einzig richtigen Schritt unternehmen, der es allen führenden Mächten der Antihitlerkoalition ermöglichen sollte, sich in San Francisco freundschaftlich zu versammeln.

Er legte alles beiseite und ging zu der schon lange durchdachten traditionellen Rede über, die er am 13. April, am Tag des Gedenkens an Jefferson, halten sollte. Die kurze Zeit in Warm Springs hatte ihn erfrischt.

Am 11. April diktierte Roosevelt nachmittags die endgültige Variante seiner Rede und begann mit der bei solchen Anlässen üblichen Würdigung der Rolle Jeffersons als Außenminister, Präsident und Wissenschaftler in der Geschichte der USA. Er erwähnte auch "die besondere Verantwortung der USA" für die Weltlage und die Stärke ihrer Streitkräfte und fuhr fort:

"Wir geben die Entschlossenheit nicht auf, uns darum zu bemühen, daß es zu

Lebzeiten unserer Kinder und Kindeskin-  
der zu keinem dritten Weltkrieg kommt.  
Wir wollen Frieden, einen festen Frieden...  
Der noch unlängst mächtige,  
menschenfeindliche Nazistaat zerfällt. Den  
japanischen Militärklüngel hat auf seinem  
eigenen Boden die Vergeltung ereilt.  
Durch den Überfall auf Pearl Harbor hat er  
sich das selbst zugezogen. Es würde aber  
nicht genügen, unsere Feinde zu besiegen.  
Wir müssen weitergehen und alles  
tun, um die Zweifel und Ängste, die  
Unwissenheit und Habgier, die diesen  
ganzen Schrecken erst ermöglicht haben,  
zu besiegen."

Im nächsten Absatz klingen Gespräche  
mit Frankfurter und Bohr an:

schaffen die Voraussetzungen für einen  
festen Frieden, und nun bitte ich Sie, sich  
den Glauben an den Erfolg zu bewahren.  
Ich bemesse die Leistungen auf diesem  
Feld an Ihrer Treue zur Sache und an Ihrer  
Entschlossenheit. Ihnen allen, allen Ame-  
rikanern, die sich mit uns der Arbeit für  
einen festen Frieden widmen, sage ich:  
'Das einzige Hindernis für das Näher-  
rücken dieser Zukunft ist unser Zweifeln  
am heutigen Tag. Also vorwärts, wohlge-  
wappnet mit einem starken und tatbereiten  
Glauben.'

Man kann sehr wohl sagen, daß das  
Roosevelts politisches Vermächtnis ist. Als  
er den Text noch einmal durchgelesen und  
mit der Hand den letzten Satz hinzuge-

chiffrierte Mitteilung von Harriman mit  
dem Vorschlag, das Wort "unwe-  
sentliches" fortzulassen. Roosevelt ant-  
wortete in einem Ton, der keinen  
Widerspruch duldet: "Ich bin gegen die  
Streichung des Wortes 'unwesentliches',  
weil ich das Berner Mißverständnis als  
einen unwesentlichen Zwischenfall anse-  
he."

Das waren Roosevelts letzte Mitteilun-  
gen und Verfügungen. Am 12. April  
bekam er kurz nach 1 Uhr nachmittags  
plötzlich "furchtbare Kopfschmerzen" und  
verlor das Bewußtsein. Um 3.55 Uhr starb  
er an einem schweren Bluterguß im  
Gehirn.

...

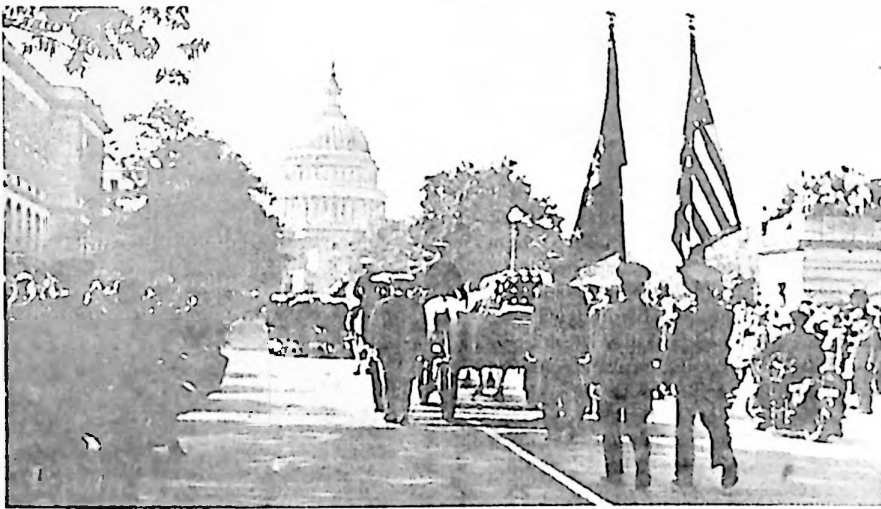
Den Tod Roosevelts unmittelbar vor  
einem entscheidenden geschichtlichen  
Ereignis empfanden alle, denen der  
Frieden auf der Erde am Herzen liegt, als  
schweren Verlust. Sein Tod war ein Schlag  
für das Zustandekommen eines neuen  
Sicherheitsbegriffs angesichts der bereits  
vorhandenen, aber noch nicht restlos  
erkannten globalen Entwicklungsfaktoren —  
der sozialen, wirtschaftlichen, politi-  
schen, nationalen, militärischen, wis-  
senschaftlichen und technischen.

Franklin Roosevelt ging "zum großen  
Teil noch blind und nicht ohne Zwiespalt  
mit sich selbst daran, eine auf seine Art  
geschlossene Konzeption für die  
Nachkriegsregelung zu erarbeiten, die bei  
allen ihren Schwächen eine Grundlage zu  
konstruktivem Handeln hätte werden kön-  
nen. Roosevelt erachtete die Gründung  
einer internationalen Sicherheitsorganisa-  
tion unter Berücksichtigung der Lehren  
aus der Vergangenheit für notwendig,  
ebenso die Aufrechterhaltung der Zusam-  
menarbeit der führenden Mächte der  
Antihitlerkoalition sowie das Prinzip der  
Koexistenz von Ländern un-  
terschiedlicher Gesellschaftsordnung.  
Ausnehmende Bedeutung für gesunde  
internationale Beziehungen maß er einer  
stabilen Entwicklung der sowjetisch-ame-  
rikanischen Beziehungen bei.

Am besten kann man Roosevelts Rolle  
bei der Erhärtung der positiven Tradition-  
en dieser Beziehungen mit Worten von  
Harry Hopkins charakterisieren.

Er sagte beim Moskauer Treffen mit der  
sowjetischen Führung im Mai 1945:  
"Roosevelt ließ nicht aus dem Auge, daß  
die wirtschaftlichen und geographischen  
Interessen der UdSSR und der USA nicht  
kollidieren. Ihm schien, daß beide Seiten  
festen Fußes den Weg eingeschlagen  
haben, der zur Lösung vieler schwieriger  
Probleme unserer beiden Länder und der  
übrigen Welt führt, und ich bin sicher, daß  
Roosevelt davon überzeugt war."

Wie nützlich es ist, sich jetzt, an den  
Roosevelt-Gedenktagen, dieser Worte zu  
erinnern!



Roosevelts Belsetzung

"Heute sehen wir uns der fundamenta-  
len Tatsache gegenüber, daß wir, wenn  
die Zivilisation Bestand haben soll, die  
Wissenschaft der menschlichen Beziehun-  
gen, die Fähigkeit aller Menschen pflegen  
müssen, bei all ihrer Verschiedenheit  
zusammen auf ein und demselben Plane-  
ten in Frieden zu leben und zu arbeiten."

Der Abschluß der Rede sollte so lauten:

"Gestatten Sie mir, Ihnen zu versichern,  
daß bei der Arbeit, die getan werden  
muß, meine Hand nicht zittern wird, daß  
ich fest sein werde in meiner Entschlossen-  
heit, sie zu tun, da ich weiß, daß Sie — die  
Millionen und aber Millionen  
Menschen — mir zur Seite stehen werden,  
um diese Arbeit zu verrichten.

Freunde, diese Arbeit wird für den  
Frieden auf Erden getan. Das Ende dieses  
Krieges wird das Ende aller Versuche  
sein, neue Kriege anzuzetteln, das Ende  
der sinnlosen Methode, Differenzen  
zwischen Regierungen durch Massen-  
mord aus der Welt zu schaffen. Heute sind  
wir gegen dieses grauenhafte Übel —  
den Krieg — zu Felde gezogen und

schrieben hatte, wußte er schon, was er  
Stalin antworten sollte. Er verwarf alle  
Varianten, die auch nur eine Spur von dem  
Wunsch erkennen ließen, die Auseinan-  
dersetzung fortzuführen. Am selben  
Nachmittag übergab Roosevelt Hasset  
den selbstverfaßten Wortlaut des Te-  
legramms an Stalin zur Absendung. Er war  
lakonisch:

"Ich danke Ihnen für Ihre aufrichtige  
Darlegung des sowjetischen Standpunkts  
hinsichtlich des Berner Zwischenfalls, der  
jetzt, wie mir scheinen will, verblaßt und  
vorbei ist, ohne irgendwelchen Nutzen  
gebracht zu haben.

Jedenfalls darf es kein gegenseitiges  
Mißtrauen geben, und ein unwesentliches  
Mißverständnis dieser Art darf in Zukunft  
nicht wieder vorkommen. Ich bin sicher,  
daß die Naziarmeen zerfallen werden,  
sobald wir und Sie in Deutschland Kontakt  
aufnehmen, uns vereinigen und unseren  
Angriff restlos miteinander koordinieren  
werden."

Das Telegramm ging am 12. April aus  
dem Weißen Haus an Harriman nach  
Moskau und gleichzeitig an Churchill nach  
London ab. Der Telegraf funktionierte  
reibungslos. Kurz darauf kam eine



# „DER SARKOPHAG“ IM VOLKSTHEATER

„Ein Mahnstück“ nannten österreichische Massenmedien, wie auch der Autor selbst, Wladimir Gubarjow, das Bühnenstück „Der Sarkophag“ nach seiner Premiere am 5. April d. J. im Wiener Volkstheater. Das Stück war ein Höhepunkt im Kulturleben der Alpenrepublik. „Der Sarkophag“ machte durch die außerordentliche Aktualität der aufgeworfenen Fragen und die akute Problematik von sich reden. Nicht zufällig interessierten sich auf der Pressekonferenz vor der Premiere im überfüllten Saal des österreichischen Presseclubs „Concordia“ Journalisten für die Meinung des Autors und der Theaterleitung über das Stück und über die in ihm angesprochenen politischen und moralisch-ethischen Aspekte.

„Die Arbeit war außergewöhnlich schwer, angespannt, aber enorm fesselnd. Kein einziger unserer Schauspieler, die die Wichtigkeit und die politische Bedeutung des Dramas verstanden hatten, konnte sich seiner Wirkung entziehen“, sagte Volkstheater-Direktor Paul Blaha.

Szenenfoto aus „Der Sarkophag“



Das Stück wurde tatsächlich in sehr kurzer Zeit inszeniert, innerhalb von vier Wochen.

„Anfangs stieß die Idee der Theaterleitung, das Stück außerplanmäßig ins Repertoire der jetzigen Spielsaison aufzunehmen, nicht gerade auf die Begeisterung unserer Truppe“, sagte Blaha, „denn das bedeutete zusätzliche Proben, Belastungen, man mußte verlockende Radio-, Fernseh- oder Filmengagements absagen. Als sich unsere Künstler jedoch mit dem Stück vertraut gemacht hatten und die ersten Arbeiten angelaufen waren, hatte sich ihre Einstellung von Grund auf geändert.“

Seit Jahren entbrennen in Österreich immer wieder Diskussionen über Atomenergie. Eine vor mehreren Jahren durchgeführte Volksabstimmung hatte dazu geführt, daß das einzige österreichische Atomkraftwerk in Zwentendorf nicht in Betrieb genommen wurde. In Wien befindet sich bekanntlich die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA). In eben dieser IAEA wurde nach dem Unfall in Tschernobyl die Frage beraten, wie man ein System internationaler Zusammenarbeit herstellen könnte, um eine

sichere Entwicklung der Atomenergie zu gewährleisten. Hier wurden auf Initiative der Sowjetunion internationale Konventionen ausgearbeitet und angenommen, in denen die Zusammenarbeit der Staaten bei Reaktorunfällen geregelt ist: Vorwarnung und Beseitigung der Folgen. Soviel nur zum bodenständigen Hintergrund des lebhaften Interesses an der Premiere des „Sarkophag“ auf dieser Wiener Bühne.

„Das ist bereits die dritte Inszenierung des Dramas, die ich zu sehen bekomme, nach der ersten im Lunatscharski-Theater Tambow und der zweiten im Dramatischen Theater Belgorod. Alle drei Inszenierungen unterscheiden sich stark voneinander, identisch sind nur der Text und die Reaktionen der Zuschauer“, sagte Wladimir Gubarjow nach der Premiere. „Das bestätigt den im Drama zugrundegelegten Gedanken, daß in der Welt von heute menscheitsübergreifende Probleme bestehen, daß in der atomaren und Weltraumära alle Erdteile miteinander verbunden und voneinander abhängig sind und daß jeder einzelne für ihre Erhaltung verantwortlich ist.“

Wie perfekt die Technik auch immer sein mag, sie wird letztendlich von Menschen gelenkt, und im atomaren Weltraumzeitalter kann sich jeder Fehler, unabhängig davon, wie er entstanden ist, durch Unkenntnis oder Verantwortungslosigkeit, zu einer Weltkatastrophe ausweiten.

Alle, mit denen wir in der österreichischen Hauptstadt über das Stück sprachen, bemerkten, daß es ein sichtbarer Beweis für die Veränderungen sei, die in der Sowjetunion vorgenommen werden, ein Beispiel für die Wahrhaftigkeit, die Transparenz und die Offenheit. Nicht alle sind allerdings damit zufrieden, daß die Sowjetunion jetzt weitaus mehr in der österreichischen Presse, im Radio und im Fernsehen dargestellt wird als noch vor 3 oder 4 Jahren. Ein westlicher Journalist, der die Generalprobe miterlebt hatte, wollte in Gesprächen mit Kollegen die Hand Moskaus hinter dem Interesse sehen, das das Stück in Österreich findet. Er wollte erfahren haben, daß die ausländischen Journalisten mit sowjetischem Geld zur Generalprobe eingeladen worden waren. Und war sichtlich enttäuscht, als er erfahren mußte, daß der Verband der Auslandspresse sie organisiert hatte.

A. KOWRIGIN,  
NZ-Sonderkorrespondent,  
D. FADDEJEW,  
TASS-Korrespondent

Wien, im April

**Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.**

**Telefon: 229-88-72, 209-07-67**

Verlag der Zeitung „Trud“ • Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache • Gedruckt in der Druckerei „Moskowskaja prawda“



## Neue Modelle von Modezeichner Wjatscheslaw Sajzew

Es freut mich, heute wieder Ihr Begleiter durch die Welt der Mode zu sein.

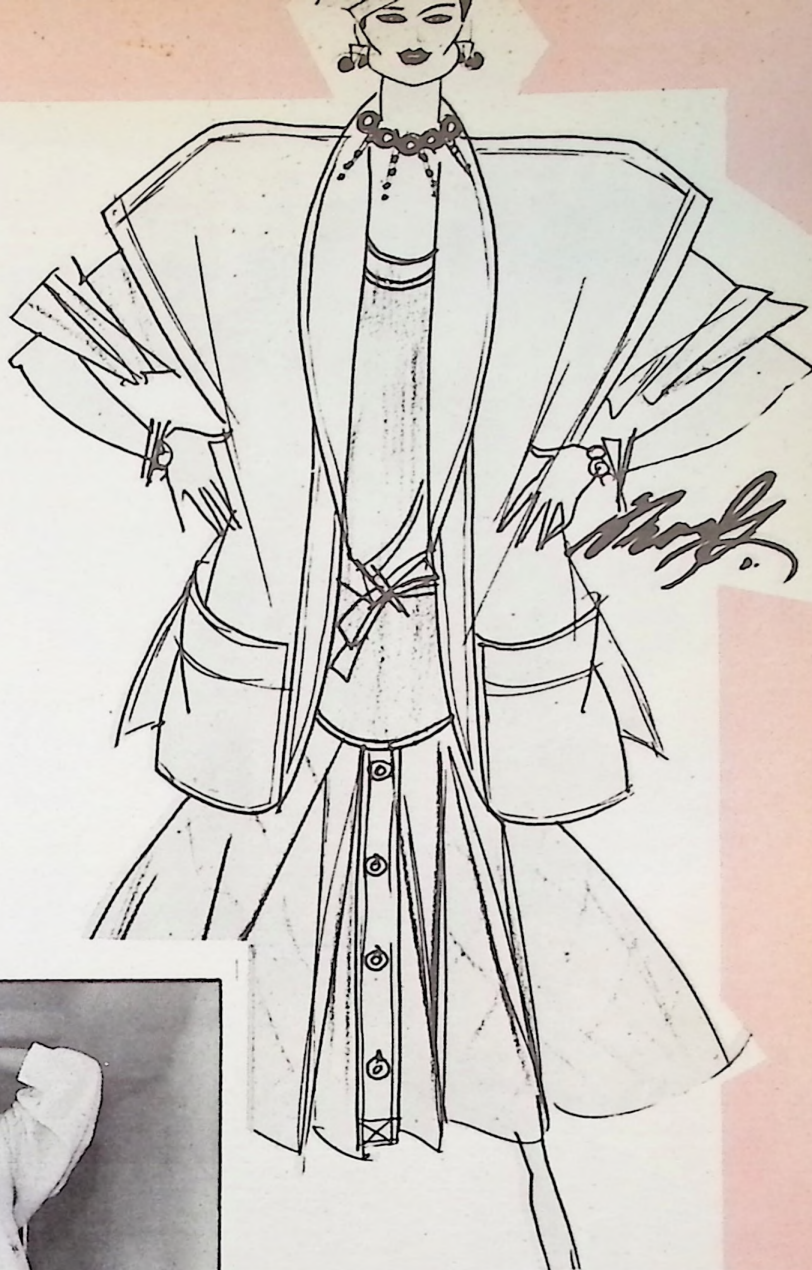
Dieses Mal stelle ich Ihnen Sommermodelle vor, die dem Modeschöpfer sowohl im Hinblick auf Stoffe als auch auf Farben und Linien unbegrenzte Möglichkeiten bieten. Im Sommer ist vieles tragbar, angefangen von kleinen hals- und schulterfreien Kleidern bis zu großen phantasievollen Komplexen.

Natürlich sind wir allemal für Baumwolle, Leinen und Seide, aber eine geringe Beimischung von Kunstfasern emp-

findet sich doch, weil sie die Kleidungsstücke formbeständiger macht.

Jedenfalls ist bei der Wahl der Stoffe folgendes zu beachten: Echtes Leinen ist leicht und knittert, deshalb benutzt man es lieber nicht für enganliegende Kleider. Bei den von mir entworfenen jugendlichen Modellen habe ich an die russische Volkstracht, aber auch daran gedacht, daß wir ja schließlich am Ende des 20. Jahrhunderts leben.

Die Komplexe bestehen aus losen offenen Jacken mit geraden Linien. Die bequemen Ärmel sind im Hemdärmellook in verlängerte Achsellöcher eingesetzt. Diese Jacken werden über kleinen ärmellosen Blousons mit oder ohne Sattel getragen. Die verlängerten Röcke bestehen aus zwei frei fal-



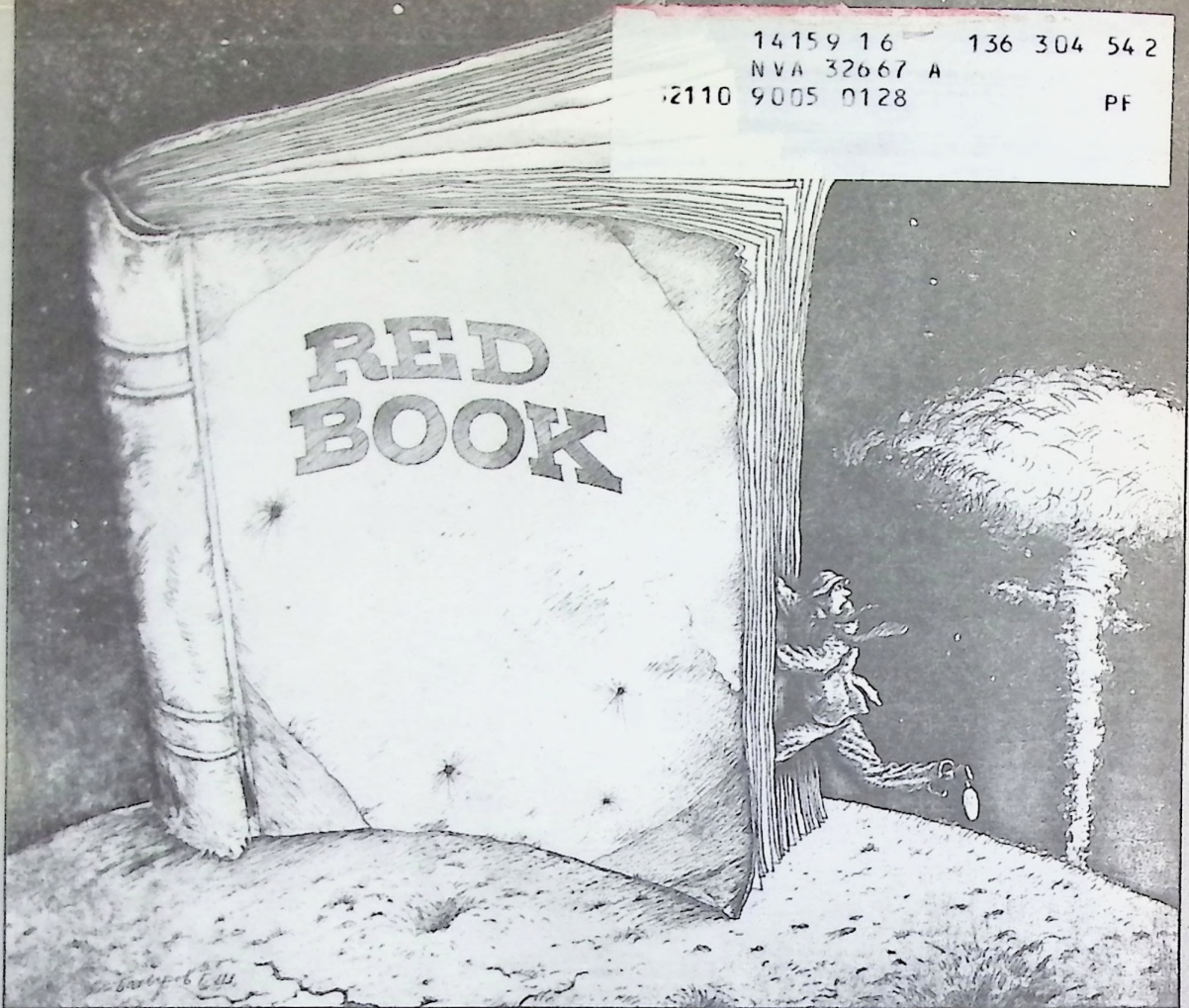
lenden Bahnen mit Falten, von denen die obere Bahn ins Gurtband eingenäht ist. Als Kopfbedeckung dient ein Schal aus demselben Stoff.

Auf den Skizzen sind einige Änderungen vorgenommen, damit die betreffenden Kleider auch in der Stadt getragen werden können. Verlängerte lose Westen über tunikaartigen Blousons werden mit weiten, aus 10 oder 12 Keilen bestehenden Glockenröcken getragen.

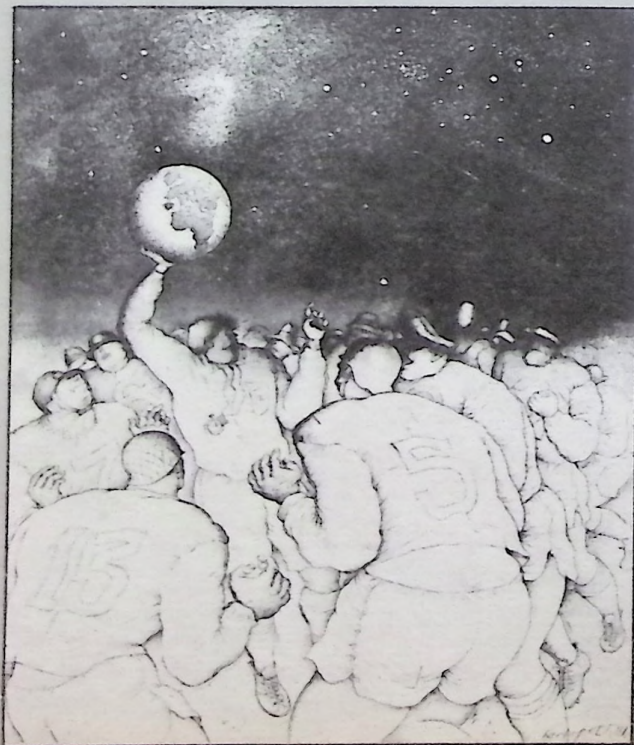
Die hier eingerückten Zeichnungen und Fotos denke ich mir wohlge-merkt nur als Anregungen.



14159 16 136 304 542  
NVA 32667 A  
2110 9005 0128 PF



„Das Rote Buch“



INTERNATIONALER WETTBEWERB

**„MENSCH,  
MENSCHLICHKEIT,  
MENSCHHEIT“**

**Garif Bassyrow (UdSSR)**

Aus der Folge „Gefahr“

„Rugby“

Индекс 70624 НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ